Montag, den 5. Dezember 1921 — Einzelnummer 40 Pf. — 32. Jahrgang — Nr. 284

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.30 Mk., auswärts 1.55 Mk. Anzeigen unter Text 3.50 Mk., auswärts 4.— Mk. Stellengesuche, Familienanzeigen 0.60 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.50 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 58[illegible].

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 19.50 Mk. (einschließlich Zustellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 19.80 Mk.

Zwischen Hoffen und Bangen.

Sechs kritische Wochen.

In Berlin ist am 3. Dezember eine Kreditkommission bei der Reichsregierung gebildet worden, die unter der Leitung des Reichskanzlers ihre Geschäfte führen wird. An der Spitze dieser Kommission steht der Reichsbankpräsident Havenstein. Es folgen Vertreter der größten deutschen Banken: Mendelsohn, Warburg, Diskonto-Gesellschaft und Deutsche Bank, ein Vertreter der Treuhand-Verwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen (durch das die Zahlung der ersten Reparationsmilliarde nach dem Finanzdiktat ermöglicht wurde, und 3 Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Herren Hugenberg, Kraemer und Bücher. Von diesen dreien ist nur einer ein Vertreter jener äußerst rechtsradikalen Richtung im Reichsverbande, die jeder Erfüllungspolitik widerstrebt, und die darum auch das sogenannte Kreditangebot der Industrie an unmögliche Bedingungen geknüpft hat. Dieser eine ist Herr Hugenberg. Von den anderen acht Mitgliedern der Kommission ist ohne weiteres anzunehmen, daß sie ihr Werk mit bestem Willen fördern werden.

Der Umstand, daß an der Spitze der Kreditkommission der Reichsbankpräsident Havenstein steht, läßt den Schluß zu, daß als Träger des Kredites, der gesucht wird, und über den Rathenau (nicht Stinnes) in London unterhandelt hat, die Reichsbank in Betracht kommt. Wäre dies der Fall, so könnte man annehmen, daß auf der anderen Seite ein großes Bankinstitut, das zum englischen Staat in einem ähnlichen Verhältnis steht, wie die Reichsbank zum deutschen, das wäre also die Bank von England, als Kreditgeber auftreten würde. Das heißt natürlich, wenn das Geschäft zustande kommt, und sein Zustandekommen ist durchaus noch nicht sicher.

Der Plan ist bekanntlich, die Januar- und Februarraten durch eine Anleihe zu decken und dann ein Moratorium von einigen Jahren, wenigstens zwei, eintreten zu lassen. Gelingt dieser Plan, so sind die schlimmsten Gefahren für Deutschland überwunden. Wir bekommen dann eine Atempause, in der wir unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Innern ordnen können, und in der man auf beiden Seiten in aller Ruhe überlegen kann, in welcher Weise die Verpflichtungen Deutschlands an die Entente am vernünftigsten und zweckmäßigsten geregelt werden können. Neue Verhandlungen würden in einer vollständig geänderten Atmosphäre stattfinden können, denn niemand kann verkennen, daß der Haß gegen Deutschland überall in raschem Abnehmen ist, und daß sich die nationalistischen Leidenschaften, soweit sie noch vorhanden sind, anderen Zielen zuwenden. In Frankreich hat die, im Jahre 1919 gewählte Kammer, des nationalen Blocks nicht mehr ganz 2 Jahre zu leben, und wenn man auch nicht darauf rechnen kann, daß sich das französische Rentnervolk so leicht als ein großzügiger Gläubiger erweisen könnte, so ist doch auch in Frankreich eine Entwicklung zur wirtschaftlichen Vernunft ein Abebben der militärisch-chauvinistischen Welle, zu erkennen. Man kann also in diesem Fall wirklich sagen: Zeit gewonnen, alles gewonnen, oder wenigstens unendlich viel gewonnen. Kommen wir über den Berg der Reparationsraten von Januar und Februar hinüber, dann hat die so viel umkämpfte „Erfüllungspolitik" alles erreicht, was man durch sie zu erreichen beabsichtigte.

Die Frage ist nur: Kommen wir wirklich über diesen Berg? Und hier ist die Situation wahrlich absonderlich genug. Die Reparationskommission fordert uns in strengem Tone auf, „bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten". Aber ob wir mit unseren Anstrengungen Erfolg haben, das hängt viel weniger als von uns selber, von der Reparationskommission ab und den Mächten, die hinter ihr stehen. Wenn uns zum Beispiel die Bank von England vielleicht mit Unterstützung amerikanischer Geldgeber 600 Millionen Goldmark bewilligt, dann ist die Sache auf dem besten Wege. Wenn sie das aber nicht tut, dann muß die Reparationskommission den Mächten anzeigen, daß wir mit unseren Verpflichtungen im Rückstand geblieben sind. Sie muß ihr Urteil darüber abgeben, ob die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands von Deutschland selbst verschuldet ist oder nicht, und sie muß den Mächten Vorschläge über zu ergreifende Maßnahmen machen. Vernünftigerweise müßte man nun sagen: Da es nicht vom guten Willen Deutschlands, sondern vom guten Willen englischer und amerikanischer Kapitalisten abhängt, ob Deutschland zahlen wird oder nicht, kann im Falle einer Nichtzahlung auch nicht von einem deutschen Verschulden gesprochen werden. So einfach liegen aber in der Wirklichkeit die Dinge nicht, weil in ihr nicht die Logik entscheidet, sondern vielmehr etwas, was nur zu oft ihr gerades Gegenteil ist, nämlich die Politik. Die Frage, ob Deutschland die Anleihe erhält, oder ob es sie nicht erhält, und was geschieht, wenn Deutschland kein Geld erhält und infolgedessen auch nicht bezahlen kann, ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage. Die Gegensätze zwischen Frankreich und England und die, auf neue Besetzungen und Zertrümmerung der deutschen Einheit gerichtete Politik des nationalen Blocks werden dabei ihre Rolle spielen. Was sich in den nächsten 6 Wochen entwickeln wird, das ist nicht nur eine wirtschaftliche Transaktion größten Stils, sondern es ist auch eine diplomatische Angelegenheit von allergrößter Bedeutung.

Innerpolitisch bedeutet es eine Entspannung, daß nun offenbar nicht mehr der Reichsverband der deutschen Industrie als Kreditträger in Betracht kommt. Dieser Umstand wird hoffentlich auch die Erledigung der Steuerarbeit im Reichstag leichter gestalten, die unter den gegebenen Umständen für die auswärtige Politik von äußerster Wichtigkeit ist. Die Reparationskommission wirft der deutschen Regierung vor, daß sie „es versäumt hat, beizeiten die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufes, die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden. Daß in diesem Vorwurf ein Stück Berechtigung liegt, läßt sich nicht bestreiten, und darum läge auch eine Gefahr darin, wenn er am 15. Januar noch mit Recht erhoben werden könnte. Was notwendig ist, um ihn zu entkräften, muß also ungesäumt getan werden.

Der Stand der Kreditverhandlungen.

Der „Soz. Parlamentsdienst" schreibt:

Die Kreditverhandlungen in London sind noch in der Schwebe, ohne daß die deutsche, wie die ausländische Oeffentlichkeit weiß, was eigentlich bisher erreicht ist oder nicht erreicht werden konnte. Dieser Zustand der Ungewißheit beunruhigt die rechtsgerichtete Presse sehr; denn man kann den Zeitpunkt nicht erwarten, wo die Regierung Wirth einen Mißerfolg erlebt und unternimmt inzwischen alles, um diesen Mißerfolg zu sichern. Schon mehrere Tage interessiert sich die Rechtspresse — ohne sich bewußt zu sein, was dieser sonderbare Eifer dem deutschen Volke kostet — dafür, was Deutschland eigentlich am 1. Dezember zu zahlen hat und bereits an die Ententemächte abführte. Einmal sind die 91 Millionen Goldmark, von denen soviel geschrieben wird, bezahlt, das andere Mal wird diese Summe mit dem Clearingverfahren in Verbindung gebracht, und als nicht bezahlt bezeichnet. Man sollte endlich mit diesem Rätselraten Schluß machen und sich der Folgen klar sein, die damit heraufbeschworen werden. Wir haben aus erklärlichen Gründen keinen Anlaß, uns weder mit Rätselraten noch mit den in dieser Beziehung herausgegebenen amtlichen Notizen zu befassen, sondern warten den Zeitpunkt ab, der geboten erscheint, Aufklärung über die umstrittenen Dinge zu geben bezw. zu verlangen.

Inzwischen ist eine angebliche Note der Reparationskommission vom 2. Dezember veröffentlicht worden, die von Deutschland Aufschluß über die Zahlungsmöglichkeiten und über die unternommenen Maßnahmen zur Kreditbeschaffung verlangt. Bisher ist diese Note noch nicht in den Besitz der Reichsregierung gelangt, sodaß die Regierung keine Kenntnis von dem Inhalt haben kann, was die Reparationskommission verlangt und infolgedessen natürlich außerstande ist, Stellung zu nehmen. Die veröffentlichte Note ist nicht das jüngste Schreiben, das von der Reparationskommission an die deutsche Regierung gerichtet wurde. Man muß vorläufig also abwarten, welcher Art die Wünsche der Reparationskommission sind, um die Situation klar überblicken zu können.

Trotz alledem ist es aber Pflicht der Regierung, dem Zwang der Verhältnisse bald zu entsprechen und sich nicht zu sehr auf Mutmaßungen zu verlassen. Es ist höchste Zeit, zu handeln, und das Kabinett darf letzten Endes nicht vor Maßnahmen zurückschrecken, die schließlich die Industrie zur Hergabe von Devisen veranlassen, noch zögern, Wege zu beschreiten, um die Sachwerte zur Deckung evtl. Kredite in Anspruch zu nehmen.

Stresemann.

Herr Stresemann hat seinem nachdenklichen Artikel, den er der neuen volksparteilichen „Zeit" widmete, eine ebenso nachdenkliche Rede auf dem volksparteilichen Parteitag in Stuttgart folgen lassen. Herr Stresemann ist ein sehr geschickter Redner, er spricht besser als er schreibt, und so fiel es ihm nicht schwer, zum Schluß durch ein nationales Bekenntnis im üblichen Stil seine Zuhörer zu gewaltigem Beifall hinzureißen, obwohl sie zuvor vielleicht an manchen Stellen bedenklich mit dem Kopf geschüttelt hatten.

Der Führer der Deutschen Volkspartei hat den Empfindungen seiner Hörer Rechnung getragen, indem er die politisierenden Heerführer gegen die Angriffe der Linken verteidigte, aber er hat das in der klugen Form getan, zu sagen: Der Feldherr führe eben nur dann das Wort im staatsmännischen Kolleg, wenn auf der anderen Seite keine Staatsmänner sitzen. Das war eine äußerst treffende Bemerkung. Sie trifft sogar noch viel weiter, als der Redner es selbst gemerkt hat. Daß Deutschland keine Staatsmänner besaß, war in der Tat der tiefste Grund seiner Tragödie. Aber die Wahrheit gebietet auszusprechen, daß diese Staatsmänner im Parlament ebenso wenig zu finden waren, wie unter den Erkorenen Wilhelms II. Die Sozialdemokraten konnten in ihrer undurchbrechlichen Oppositionsstellung eben nichts anderes als Warner sein. August Bebel, der den Weltkrieg nicht mehr erlebte, war der größte Warner des deutschen Volkes und darum auch sein bester Freund. Seine und der späteren Warnungen wurden von den bürgerlichen Parteien nicht verstanden. Sie sahen wohl das Uebel, aber es fehlte ihnen die Kraft, an seine Heilung heranzugehen. An den Schreiber dieser Zeilen trat einst Bebel ganz aufgeregt heran und sagte ihm, — es war zur Zeit der Marokkokrise — Bassermann, der nationalliberale Führer habe ihm eben erzählt, es sei entsetzlich, bei Hofe gehe wieder einmal alles drüber und drunter und „Er" sei vollkommen kopflos. Sprach aber ein Sozialdemokrat solche Dinge auf der Reichstagstribüne offen aus, dann bebte alles, ganz besonders die Nationalliberalen, vor sittlicher Entrüstung und in einer Kundgebung, in der man sich ersterbend an den Stufen des Thrones niederlegte, besiegte man glänzend „den inneren Feind".

Nachfolger dieses Herrn Bassermann als Führer der Nationalliberalen, später der Deutschen Volkspartei, wurde der kluge, viel unterrichtete und gewandte Herr Stresemann. Er hätte vielleicht Deutschland [illegible] können, wenn er die Kraft besessen hätte, in [illegible] rechtzeitig noch moderne Verfassungsformen durchzusetzen. Diese Kraft hat er aber nicht gehabt. Wie so oft klaffte auch hier ein schmerzlicher Gegensatz zwischen dem Amt und der Meinung. Hätte Herr Stresemann für neuzeitliche Zustände in Deutschland gekämpft, so hätte er vielleich gesiegt, wahrscheinlich wäre er unterlegen, aber bestimmt wäre er dann nicht Führer der Nationalliberalen Partei geworden. Hätte er als solcher den Kampf unternommen, so wäre er es nicht lange geblieben. Herr Stresemann, dem gewiß in vielen Dingen die bessere Einsicht nicht fehlte, zog die Vorsicht als der Tapferkeit besseren Teil vor.

Der Krieg fand ihn dann ganz im Lager der Sieg-Friedensschreier und der Annexionisten. Seine Partei wurde von ihrer Ueberlieferung aus den Jahren 1870/71 unwiderstehlich fortgerissen und ihr Führer machte diesen Kurs, soweit man sehen kann, sogar auch ohne alle inneren Bedenken, mit. Herr Stresemann war so ludendorffisch, wie Ludendorff und so tirpitzisch, wie Tirpitz. Sein Eintreten für den U-Bootkrieg, seine Stellungnahme für die Oberste Heeresleitung gegen Bethmann-Hollweg sind bekannt. Von einer Besinnung darauf, daß der Krieg angesichts der Uebermacht der Gegner nur als Erhaltungskrieg geführt werden konnte, und daß zu seiner erfolgreichen Durchführung die Preisgabe aller politischen Privilegien der herrschenden Klassen notwendig war, davon war keine Spur zu bemerken. Herr Stresemann, der schon damals ein Staatsmann hätte sein müssen, wenn er jetzt den Anspruch darauf erhebt, einer zu sein, war ein gläubiger Nachbeter aller Weisheiten, die aus den Kriegspressequartieren stammten. Und darum klingt die Bemerkung, der Feldherr führe nur dann das Wort im staatsmännischen Kolleg, wenn auf der anderen Seite keine Staatsmänner säßen, aus seinem Munde so seltsam.

War sich Herr Stresemann, als er es sprach, nicht dessen bewußt, daß das die allerschwerste Selbstkritik war?

Nach dem Zusammenbruch Ludendorffs, nach der Bitte um den Waffenstillstand, die den lauten Siegverheißungen unmittelbar folgte, wandte sich auch Stresemann von den Heerführern ab und beklagte sich über sie mit bitteren Worten. Sie auf dem Stuttgarter Parteitag zu wiederholen und damit der Wahrheit die Ehre zu geben, hat er aber wiederum nicht den Mut gefunden. Er verteidigte diese Heerführer genau so, wie einst Bassermann Wilhelm II. öffentlich verteidigt hatte, aus taktischen Gründen.

Man kann darum eben erst recht die Stuttgarter Rede Stresemanns als das Maximum dessen bewerten, was der Deutschen Volkspartei unter den gegenwärtigen Umständen an Linksgesinnung geboten werden kann. Man darf auf einem volksparteilichen Parteitag gegen die deutschnationale Torheit protestieren, die so tut, als brauchte Deutschland keinen Pfennig zu bezahlen. Man darf sagen, daß wir bis an die Grenze unserer Kraft geben müssen, was wir können. Man darf vor monarchistischen Experimenten warnen, die an die Einheit des Deutschen Reiches die Axt legen würden. Man darf sagen, daß die Arbeiter, die vaterlandslosen Gesellen von einst, für das Land ihre volle Pflicht getan haben.

Stresemanns Rede zeigt das Bestreben, gegen den Uebernationalismus, den Putschmonarchismus, die schimpfliche Opposition von ganz rechts einen deutlich sichtbaren Trennungsstrich zu ziehen. Aber was man an ihr beim besten Willen nicht finden kann, das ist irgend eine Art von positivem Programm. Herr Stresemann lehrt die Seinen, sich in dieser schlechten Welt zurechtzufinden, aber er weist keinen Weg in eine bessere Zukunft. Aehnlich wie er, hätte übrigens ein Zentrumsmann oder ein bürgerlicher Demokrat auch reden können. Die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien vermischen sich mehr und mehr.

Die bürgerlichen Parteien scheinen dazu bestimmt, im Laufe ihrer weiteren Entwicklung die Konservativen der Republik zu werden, die zwar nicht mehr zurück aber auch nicht vorwärts wollen. Und für einen solchen Block konservativen Republikanertums ist Herr Stresemann vielleicht der berufene Führer. —r.

Der Parteiausschuß einberufen.

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuß für den 12. Dezember nach Berlin berufen. Für die Tagung des Parteiausschusses sind 3 Tage vorgesehen.

Die Reichstagsfraktion einberufen.

Berlin, 3. Dezember. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist für Mittwoch zu einer Sitzung nach Berlin berufen worden. Zweck der Sitzung ist eine Aussprache über die politische Lage und die künftige Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Steuerfragen.

Dr. Wirth vor der Berliner Presse.

Der gelinde Empfang des Vereins Berliner Presse im Reichstag nahm den hohen Verlauf. An der Spitze der amtlichen Welt waren Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Reichsverkehrsminister Groener, der preußische Ministerpräsident Braun und die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, Dr. Hieber und Dr. Hommel, erschienen. Um 8 Uhr versammelten sich die Teilnehmer im großen Sitzungssaal des Reichstages, wo der Vorsitzende Georg Bernhard die Ehrengäste begrüßte. Hierauf hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er zunächst auf die Bedeutung der Presse für das politische und kulturelle Leben des Landes zu sprechen kam. Der zunehmenden Rechtsentwicklung und Militarisierung des politischen Lebens in Deutschland müsse die Presse entgegenwirken. Das Reich bedürfe wie seiner materiellen Kräfte ebenso seiner geistigen Kräfte. Politisch stehe sich jetzt als Hauptfrage dar: Wie kommen wir über den Winter hinweg? Dazu sei die vertrauensvolle Mitarbeit aller Volksschichten notwendig. Soll erspriessliche Arbeit gemacht, insbesondere die Lösung aller Probleme, das Reparationsproblem zunächst, näher gerückt und Lösungen auf allen Gebieten vollzogen werden, so müsse in Deutschland jeder politische Wirrwarr unmöglich gemacht werden. Die Regierung will auch heute noch die übernommenen schweren Verpflichtungen erfüllen. Sie habe bei Annahme des Ultimatums die weitreichendsten Folgerungen denen zugeschoben, die Deutschland dazu zwangen. Hat jemand in der Welt geglaubt, daß man ein Volk, wie das deutsche, isoliert herausheben könnte aus den vor dem Weltkriege so tief wirtschaftlich und finanziell verschuldeten Nationen, und daß man dieses isolierte Volk auspressen könne wie eine Zitrone? Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, befolgen. Darüber, ob es Geldgeber gibt, die ihr Geld in den bodenlosen Topf der Reparation hineinstecken, entscheidet nicht die deutsche Regierung, auch nicht allein die deutsche Industrie und Bankwelt, sondern die Geldgeber, die nicht in Deutschland wohnen. Ob der Erfolg, ob die Möglichkeit für uns gegeben ist, über den Januar und Februar hinwegzukommen, das ist noch nicht die einzige Entscheidung, sondern daß überall der wirtschaftliche Niedergang des Ostens und Südostens, namentlich aber Deutschlands, als eine Weltgefahr erkannt wird. Diese Erkenntnis und die Notwendigkeit, daraus politische Folgerungen zu ziehen, auch wenn sie mit den harten Buchstaben des Versailler Friedensvertrages nicht übereinstimmen, die Notwendigkeit, die Völker einander zu nähern, ist im Sommer und gerade jetzt gewachsen. Unsere Aufgabe ist es, die wirtschaftlichen Probleme fern von jeder Polemik der leitenden Staatsmänner in ihrer wirklich großen Tragweite endlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Der Reichskanzler richtete an die Presse die Aufforderung, bei der Lösung der großen auswärtigen und inneren Probleme mitzuwirken. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Albert Thomas in Berlin.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, weilt zurzeit in Berlin, um bei der Regierung wegen der Durchführung des Washingtoner Abkommens vorzusprechen. Thomas ist der Auffassung, daß die deutsche Regierung weit eher in der Lage ist, wenigstens einen großen Teil der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz durchzuführen als das in gewissen anderen Ländern der Fall ist. Gelegentlich seines Besuches in Berlin verhandelte Thomas auch mit dem Vorsitzenden des ADGB., dem Genossen Leipart. Insbesondere lenkte der Leiter des internationalen Arbeitsamtes die Aufmerksamkeit Leiparts auf die Bedrohung des Achtstundentages nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Von den Industriellen der verschiedensten Länder werden im Augenblick Angriffe gegen den Achtstundentag unternommen, sodaß Gegenaktionen der Gewerkschaften notwendig erscheinen. Es wäre angebracht, wenn auch der ADGB. bald zu den Angriffen des Kapitals Stellung nehmen würde, um gegen eventuelle Pläne der Industriellen gewappnet zu sein.

Die Ueberschichtenfrage im Ruhrbergbau.

Am heutigen Montag beginnen in Dortmund neue Verhandlungen über ein Ueberschichten-Abkommen im Ruhrbergbau. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Abkommen bald zustande kommt. Jedenfalls besteht auf beiden Seiten die Erkenntnis, daß ein Ueberschichten-Abkommen nur im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt. Es wird von den Unternehmern abhängen, ob das Abkommen zustande kommt.

Oppau wieder in Betrieb.

Wie die „V. V. A." von unterrichteter Seite hören, wird das im September durch die schwere Explosionskatastrophe heimgesuchte Stickstoffwerk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik in diesen Tagen wieder seinen Betrieb aufnehmen und Anfang Januar bereits wieder voll im Betriebe sein.

Gewerkschaften und Beamtengehälter.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit Ausnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich) haben am Sonnabend ihre Beratungen über Erhöhung der Beamtengehälter abgeschlossen und der Regierung eine Eingabe überreicht, die auf folgende Punkte aufgebaut ist:

1. Aenderung der Grundgehälter im Sinne einer Verringerung der Abstände insgesamt, sowie zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen.
2. Aenderung der Höhe des Teuerungszuschlages, stärkere Anpassung des Einkommens an die Teuerung, um damit der Notlage der unteren und mittleren Einkommensgruppen gerecht zu werden.

Entsprechende Forderungen sind für die Angestellten und Arbeiter im Staats- bezw. Gemeindedienst aufgestellt worden. Die Gewerkschaftsorganisationen verlangen die Neuregelung mit Wirkung ab 1. Oktober. Die Höhe der durch die Forderungen entstehenden Neuausgaben wird vorläufig auf 7—10 Milliarden Mark geschätzt.

Das Beamtenrätegesetz im Reichstags-Ausschuß.

Der Beamtenausschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die Beratung des Beamtenrätegesetzes fort. Der Zentrumsabgeordnete Allekotte erklärte gelegentlich einer Petition, daß den Beamten nur die Vereinigungsfreiheit zustehe, sie aber nicht das Koalitionsrecht hätten. Das Wort Koalitionsrecht sei für sie ausdrücklich in der Verfassung umgestaltet worden, die Verfassung bringe den Beamten nichts neues. Der Abg. Steinkopf (Soz.) tritt dieser Auffassung unter Zustimmung der Vertreter des Reichsministeriums des Inneren entgegen. Bei der dann einsetzenden Aussprache über das Beamtenrätegesetz erklärt Abg. Steinkopf (Soz.), daß er mit Rücksicht auf die Erklärung der sächsischen Regierung, daß sie einen Schlichtungsausschuß mit bindender Entscheidungsbefugnis nicht anerkennen könne, noch einmal auf diese Frage zurückkommen müsse. Nach seiner Ansicht gehe der ganze Entwurf von dem Willen aus, an die Stelle des absoluten Autoritätsgedankens das Recht der Mitwirkung der Beamten zu setzen. Er gebe zu, daß das freie Ermessen des Ministers eingeschränkt werde, jedoch komme dies auch schon in anderen Fällen vor, z. B. in Fällen des förmlichen Disziplinarverfahrens und bei gerichtlichen Entscheidungen, und schließlich auch bei Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse der Staatsangestellten und Arbeiter. Wenn er auch die Fälle des Disziplinarverfahrens und der gerichtlichen Entscheidung den Schiedssprüchen des Schlichtungsausschusses nicht gleich stellen wolle, bleibe doch die Tatsache der Einschränkung der Beschlußfreiheit der Minister bestehen. Er sei persönlich der Ansicht, daß man ebenso wie im Betriebsrätegesetz vorgehen könne und den Schlichtungsausschüssen der Beamten wie in dem Betriebsrätegesetz in den in Frage kommenden 4 Fällen, bindende Kraft geben könne. Im übrigen wäre der Reichskanzler diejenige Stelle, die den Sprüchen der Schlichtungsausschüsse der Beamten bindende Kraft geben könne. Oberregierungsrat Dr. Gaertner erklärt namens der sächsischen Regierung, daß die Beamten und Arbeiter nicht vergleichbar seien, daher auch nicht gleiche Rechte haben könnten. Er will das freie Ermessen des Ministers unbeschränkt gewahrt wissen. Er habe den Auftrag, zu bitten, von den Schlichtungsausschüssen abzusehen, da die sächsische Regierung aus der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse Konflikte befürchte. Ministerialrat Dr. Roser vom Verkehrsministerium wendet sich gegen den Abg. Steinkopf und erklärt, daß die 4 Fälle des Betriebsrätegesetzes, in denen die Schlichtungsausschüsse bindende Urteile fällen könnten, auf die Beamten nicht anzuwenden seien. Die persönliche Erklärung des Ministerialrates Daniels vom Reichsministerium des Inneren über die Möglichkeit der Einrichtung von Schlichtungsstellen, habe im Reichsverkehrsministerium schwere Bedenken ausgelöst: selbst wenn sie nur Sprüche ohne bindende Entscheidung fällen könnten. Dr. Triloff vom Reichspostministerium betont, daß es durchaus nicht gesagt sei, daß die letzte Entscheidung des Ministers vom Spruche des Schlichtungsausschusses abweiche und der Minister gegen die Interessen der Beamten einschreiten würde. Man müßte in den letzten Instanzen politisch freie Entscheidung haben. Der Sozialdemokrat Binder erklärt, daß er die Rede der Regierungsvertreter schon als Erklärung der Generaldirektoren gegenüber den Arbeitern bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes gehört habe. Er sei nicht in der Lage, die Beamten schlechter zu stellen, als die Arbeiter und Angestellten des Reiches. Von einer automatischen Uebertragung des Betriebsrätegesetzes auf die Beamten könne keine Rede sein. Abg. Schuldt (Dem.) bedauert, daß nicht alle Ressortvertreter eine gleiche Erklärung abgegeben haben, wie Ministerialrat Daniels vom Reichsministerium des Inneren und betont nochmals, daß die Demokratische Partei von dem Gedanken der Schlichtungsstellen nicht abgehen könne. Eine Bindung darf aber der Spruch des Schlichtungsausschusses nach keiner Seite hin haben. Die letzte Entscheidung über Streitfragen zwischen Beamten und Ministern liegt schließlich im Parlament. Abg. Zietz (USPD.) betont, daß die Frage der Schlichtungsausschüsse für sie eine Kernfrage sei. Die Regierungsvertreter haben sich in Gedanken einen Popanz zurechtgemacht, um den sie jetzt kämpfen. In politischen Fragen will niemand die Verantwortung des Ministers einschränken. Sie verlangt, daß die Sprüche der Schlichtungsausschüsse der Beamten in bestimmten Fällen bedingt seien. Ministerialrat Dr. Roser erklärt, daß er bisher immer nur verstanden habe, daß die Beamten bisher keine bindenden Befugnisse und dergleichen verlangten, er sei überrascht, das Gegenteil zu hören. Eine Ablehnung der Schlichtungsstellen durch den Reichsverkehrsminister sei nicht erfolgt. Er habe nur auf die Bedenken aufmerksam gemacht, die im Reichsverkehrsministerium erhoben worden sind. Die Entscheidung der Regierung über die Schlichtungsstellen hänge davon ab, wie diese Stellen aussehen sollen. Abg. Vogel (deutschnational) erklärt, daß er zu der Ablehnung der Mitbestimmung deshalb gekommen sei, weil er das Vorgesetztenverhältnis nicht antasten wolle. Er glaube nicht, daß es möglich sei, die Fälle zu begrenzen, in denen der Beamtenrat des Schlichtungsausschusses ein Mitwirkungsrecht habe. Bloße passive Mitwirkung sei seiner Ansicht nach keine Mitbestimmung. Ministerialrat Daniels sucht den Begriff Mitbestimmungsrecht dahin zu definieren, daß dann eine Mitbestimmung vorliegt, wenn der Dienstvorgesetzte behindert wird, allein eine Entscheidung zu treffen. Abg. Morath (Dt. Vpt.) fragt die Regierung, ob die Mitbestimmung im Ortsbeamtenrat etwa so gedacht sei, daß der Ortsbeamtenausschuß über die Entscheidung des Vorgesetzten durch einen Mehrheitsbeschluß bestimme. Er könne sich denken, daß ein Mitbestimmungsrecht den Hauptbeamtenrat z. B. in Uniformfragen und bei der Neueinstellung von Beamtenanwärtern, die nicht den Vorbedingungen entsprechen, gegeben sei. Diese Anfrage des Abg. Morath beantwortet Ministerialrat Daniels dahin, daß diese Definition, ein Mit-

---

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

38] (Nachdruck verboten.)

Im ganzen wurden sieben Leute verhaftet, und da am folgenden Morgen ersichtlich ward, welche Begeisterung dieses Vorgehen bei den Zeitungen hervorgerufen hatte, beschloß man, noch weiter zu gehen. Ein Dutzend von Gaffeys Leuten überfielen zusammen mit einem Dutzend Leuten des Staatsanwaltes die Redaktion der „Trompete", warfen das Redaktionspersonal die Treppe hinunter oder aus dem Fenster, zerschlugen die Maschinen, schleppten die Druckmaschinen und eine Unzahl Schriften in den Hof, um sie dort zu verbrennen. Auch das Hauptquartier der sozialistischen Partei wurde überfallen, sieben Mitglieder des Exekutivkomitees verhaftet, die Kaution für jeden auf fünftausendzweihundertfünfzig Dollars festgesetzt. Zwei Tage darauf ist der Wacht unter die „Times" einen Angestellten nach Gaffeys Agentur, nach Gaffey übergab ihm einen Fetzen von Material, das Peter zusammengestohlen hatte und das Tag und deutlich bewies, daß imperialistische Propaganda bei gleichzeitiger mit Terrorismus und Mord.

Jetzt unternahm Peter seinem Vaterland einen besonderen Dienst. Er entdeckte die geheime Druckerei der I. W. Ws.; der Ort wurde gestürmt, die Druckmaschine beschlagnahmt, ein halbes Dutzend Agitatoren ins Gefängnis gesteckt. Diese Männer errichteten einen Hauptquartier, verhalten sich als Protest gegen die erlittenen Mißhandlungen verhungern zu lassen. Es folgte hysterische Weiber versammelten sich bei Mr. Mack, forderten ein Todesurteil ab. Peter erfuhr, wann die Leichen zur Ruhe gegeben würden, die Leichen wurden auf dem Friedhof beschlagnahmt; dann war abermals eine Verschwörung vereitelt. Die Gefängnisse beschäftigten man besonders eifrige Leute auf dem Friedhof, daß die Polizei der Agitatoren, Verwundeten. Trotzdem wurde bei Nacht entdeckt, einer verdächtigen Person eine Tasche zu bringen zu lassen.

Und die „Trompete" wurde auf der Polizei sehr beschäftigt. Eifrige Gaffeyleute übernahmen es, die Zeitung in Amerika wieder in die Nachrichtenbüro zu schicken. Peter wurde benachrichtigt, die herrlichen Gaffeyleute kommen zu lassen, einen Rechts Sonnen Gaffeys Leute die Garage, mißhandelten die Garagenarbeiter, zerstörten den Wagen, so daß sich der Fahrer am folgenden Tag fast das Genick brach. Derart ward abermals eine Verschwörung vereitelt.

LXIX.

Peter fühlte sich glücklich; nun endlich sind die Autoritäten erzürnt worden, er hat ihnen neue Daten verschafft, sieht mit Genugtuung, daß etwas geschieht. Offiziell wurde von Seiten der Regierungsagenten, der Staatsanwaltschaft oder der städtischen Polizei vorgegangen, doch wußte Peter genau, hinter den Kulissen ziehen er und die übrigen Agenten Gaffeys an den Schnüren. Gaffey hatte Geld, arbeitete für Männer, die in American-City etwas bedeuten, Gaffey war der wahre Herr. Im ganzen Lande ereignete sich das gleiche: die Roten wurden von den Geheimagenten der Handelskammern, der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigungen verfolgt, sowie von der „Liga zur moralischen Hebung Amerikas".

Diese Agenten konnten handeln, wie es ihnen beliebte. Das Reich befand sich im Krieg, die Kriegserregung ergriff das ganze Land wie ein Feuerfieber. Man brauchte bloß einen Menschen „Bombenjuß" oder „Bolschewik" zu heißen, dabei genügend zu spitzen, und schon war der Mob bereit, ihn zu verprügeln, zu lynchen, ihn mit Teer und Federn zu bestreichen. Seit vielen Jahren suchten die großen Geschäftsleute die Agitatoren, jetzt endlich war für sie eine günstige Gelegenheit gekommen; in jeder Stadt, in jedem Geschäft, in jeder Fabrik, in jedem Bergwerk arbeiteten die Peter Gaffeys, die „Jennie Higgins" der Weißen, spionierten die „Jennie Higgins" der Roten aus. Ueberall leiteten Mr. Gizmeys und Gaffeys die Arbeit, hatten starke Männer mit Revolvern, mit Sheriffs- und anderen Abzeichen auf der Innenseite des Rockes, die ihnen das unbegrenzte Recht gaben, das Land vor den Verrätern zu schützen.

In den Exerzierlagern geb es drei bis vier Millionen Leute, allmählich verließen gewaltige Dampfer die östlichen Häfen, mit Truppen für „dort drüben" beladen. Munition für Millionen Dollars, Nahrungsmittel und alle patriotischen Schmäuse des Landes wurden ebenfalls nach „dort drüben" verschifft. Peter las wieder Reden, Predigten und Leitartikel, fühlte sich hoch und hoch, wissend, daß auch er in seiner bescheidenen Art an dem großen Wunderwerk teilnahm. Wie konnte er über seine zwanzig Dollars die Woche warren, wenn er las, daß die größten Industrie- und Finanzkapitäne für einen Dollar das Jahr dem Land ihre Dienste verkauften? Wenn die Roten auf Versammlungen oder in Zeitschriften behaupteten, diese Industrie- und Finanzkapitäne fänden an der Spitze von Gesellschaften, die ungeheure Geschäfte mit der Regierung machten, etwa zehnmal so viel einnahmen, wie vor dem Krieg, so wußte Peter genau, er lausche den Aussprüchen eines äußerst gefährlichen Bolschewiks, notierte sich den Namen des Redners, brachte ihn Mr. Gizmey, der dann an geheimen Schnüren zog. Plötzlich verlor der Betreffende seine Arbeit, oder wurde von der städtischen Polizei belangt, weil er eine Mülltiste ohne Deckel auf die Straße gestellt hatte.

Nach einer hartnäckigen Agitation war es den Roten gelungen, den Richter zu veranlassen, Mr. Cormick und die übrigen Verschwörer gegen Erlegung einer Kaution von fünfzigtausend Dollars pro Kopf auf freien Fuß zu setzen. Dies empörte Peter, es war doch klar, daß der Einfluß eines Roten, indem er ins Gefängnis geworfen, zum Märtyrer gemacht ward, vergrößert wurde. Kam er dann frei, so wirkte seine Agitation zehnmal mehr, als zuvor. Aber die Richter sahen das nicht ein, hatten den Kopf mit Gesetzesparagraphen vollgestopft, ließen sich von David Andrews und den anderen roten Advokaten narren. Auch Herbert Ashton und seine Anhänger wurden gegen Kaution freigelassen, die „Trompete" erschien noch immer, wurde ganz öffentlich in den Zeitungskiosken verkauft. Zwar wagte die Zeitung nicht mehr, gegen den Krieg zu schreiben, doch veröffentlichte sie alles erdenkliche Infultierende gegen die „ungeheure Handelsgesellschaft", die auch unter dem Namen britisches Reich geht, gegen die „französischen Bankers" und die „italienischen Imperialisten". Sie forderte für Irland, Aegypten und Indien die „Demokratie", verteidigte auf schamlose Art die Bolschewiki, diese prodeutschen Verschwörer und Nationalisierer der Frauen.

Peter sammelte weitere Beweise gegen die Redaktion der „Trompete" und gegen die I. W. Ws. Eines Tages las er die freudige Nachricht, die Regierung habe im ganzen Land etwa zweihundert I. W. W.-Führer verhaften lassen, sowie etliche Sozialistenführer; alle waren der Verschwörung angeklagt. Dann kam der Prozeß gegen Mr. Cormick, Gud, Henderson und die übrigen. Eines Morgens las Peter in der „Times" etwas, das ihm den Atem verschlug. Joe Engel, einer der Mitverschwörer, war Staatszeuge geworden! Er hatte dem Distrikt-Staatsanwalt nicht bloß gestanden, welche Rolle er in der Bombenverschwörung gegen Nelse Ackermann gespielt habe, sondern auch, woher das Dynamit genommen worden, wie die Bomben verfertigt worden waren, und auf welche führenden Persönlichkeiten der Stadt man es noch abgesehen hatte. Peter las, keuchend, atemlos; da er fertig war, rollte er sich lachend auf dem Bett. Peter hatte Gaffeys Angestellten in eine Schwindelverschwörung verwickelt, und Gaffey hatte natürlich seinen Angestellten nicht ins Gefängnis werfen lassen. Deshalb mußte er Staatszeuge werden und wurde nur zur Belohnung für seinen Verrat freigelassen. (Fortsetzung folgt.)

bestimmungsrecht durch Mehrheitsbeschluß des Ausschusses herbeizuführen, niemals zur Sprache gekommen sei. Einen derartigen Gedanken könne man ruhig fallen lassen. Abg. Steinkopf (Soz.) betont, daß auch die Wirksamkeit der Schlichtungsausschüsse nicht in den Erfordernissen des Dienstes und den verfassungsmäßigen Rechten des politischen Parlaments seine Grenzen finde. Allerdings denke er sich das Mitbestimmungsrecht der Beamten anders als z. B. der Abg. Morath. Nach einer Bemerkung des Abg. Allekotte, daß er sich Schlichtungsausschüsse mit weitgehenden Rechten denkt und er einen lediglich moralischen Druck für nicht genügend halte, die Beamtenkammer aber besser als der Schlichtungsausschuß sei, wird die allgemeine Aussprache über das Beamtenrätegesetz geschlossen. Am Dienstag nachmittag soll in die einzelnen Beratungen eingetreten werden.

Die Justiz der deutschen Republik.

Am Beisetzungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin, am 19. April, hatte die Deutsche Volkspartei in Düren am Hause ihres Parteibureaus die alte Reichsflagge gehißt. Die Fahne wurde am selben Tage heruntergerissen. Die Strafkammer verurteilte deswegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten und Redakteur Rademacher und zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je drei Monaten Gefängnis.

Auch Ludendorff vom Stamme Juda.

Wir finden im „Berliner Tageblatt" folgende Zuschrift:

„Sie veröffentlichten kürzlich eine Meldung Ihres Prager Korrespondenten, wonach der Prager Studentenverein „Germania" Ludendorff zum Ehrenmitglied erwählt, Stinnes aber abgelehnt habe, weil dessen Rassenreinheit angeblich nicht einwandfrei festzustellen war. Darf ich Sie darauf hinweisen, daß, wie aus einem Artikel der „Familiengeschichtlichen Blätter", das Organ des deutschen Familienarchivs in Leipzig hervorgeht, einer der Vorfahren Erich Ludendorffs, der Stettiner Kaufmann Karl, Otto Ludendorff die Tochter eines Seidenhändlers Abraham Weilandt in Stettin geheiratet hat."

Armer Ludendorff! Was werden die Deutsch-Völkischen jetzt erst sagen? Neben v. Graefe jetzt auch Ludendorff und v. Westarp jüdischer Abstammung!

„Seine Majestät" läßt reisen.

Frau Anna Harms, geb. Lanz, reist seit längerer Zeit im Auftrage des Hauses Hohenzollern fast jede Woche von Doorn (Holland) nach Berlin mit folgender Bescheinigung:

„Hofmarschallamt
Seiner Majestät
des Kaisers und Königs
Wilhelm II.

Bescheinigung.

Frau Anna Harms, geb. Lanz, reist heute nach Deutschland und kehrt danach wieder hierher zurück. Es wird gebeten ihr auf der Hin- und Rückreise bei der Grenzkontrolle tunlichste Erleichterung zu gewähren."

Sie genießt bei ihren Reisen eine weitgehende Bevorzugung gegenüber anderen Reisenden, da die Zollkontrolle nur oberflächlich und im Zuge ausgeführt wird, während die übrigen Reisenden sich einer eingehenden Kontrolle in der Revisionsstelle unterziehen müssen.

Der Abgeordnete Bubert (Soz.) hat deshalb die Staatsregierung gefragt, ob sie bereit ist, darauf hinzuwirken, daß jede Bevorzugung des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern unterbleibt und welchen Zweck diese Reisen, bei denen ständig viel Gepäck mitgeführt wird, haben.

Daß Wilhelm von Hohenzollern sich noch immer „Majestät" nennt, ist schließlich seine Sache, dringend verlangen müssen wir aber, daß seine Beauftragten von den republikanischen Behörden nicht anders behandelt werden, als alle anderen Sterblichen.

Der internationale Gerichtshof im Entstehen

Genf, 4. Dezember. Ein Mitglied des Völkerbundssekretariats begab sich kürzlich nach dem Haag, um die Errichtung des internationalen Gerichtshofes im Friedenspalast vorzubereiten. Der Gerichtshof ist auf den 30. Januar 1922 nach dem Haag einberufen worden. Die Richter werden sich vorerst mit den Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen haben. Es ist indessen sehr wahrscheinlich, daß der Gerichtshof sich in seiner Session auch mit juristischen Angelegenheiten befassen wird, sofern ihm vom Völkerbundsrat entsprechende Fälle unterbreitet werden.

Aus der Partei.

Aufwärtsentwicklung in Schleswig. Unsere Genossen in Schleswig hielten kürzlich ihren diesjährigen Bezirksparteitag ab. Wie aus dem Bericht zu ersehen war, kann der Bezirk mit der Entwicklung im letzten Jahr durchaus zufrieden sein. Die Mitgliederzahl ist von 82 061 auf 86 287 gestiegen. Die Ortsvereine haben sich von 282 auf 304 vermehrt. 7 Ortsvereine wurden außerdem an die dänische Bruderpartei abgetreten. Sehr bemerkenswert ist es, daß gerade in den Landbezirken die Stimmenzahl erheblich gewachsen ist, so daß das Land heute die Hauptstärke der Arbeiterbewegung in Schleswig ist. Die Schleswiger Arbeiterjugend vermochte ihre Mitgliederzahl von 1600 auf 2105 zu steigern. Mit Genugtuung wurde die Mitteilung des Vorstandes aufgenommen, daß gegen einen zweiten Putsch nach dem Muster Kapps alle Abwehrmaßregeln getroffen sind.

Die Werbewoche im Bezirk Hannover-Braunschweig brachte nach den bisher gemeldeten Ergebnissen eine Zunahme von rund 3400 männlichen und 1000 weiblichen Mitgliedern. Außerdem wurden noch gewonnen 3500 neue Zeitungsleser. Von vielen Ortsvereinen ist eine Meldung bisher nicht eingelaufen. Es wird sich also die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder und Zeitungsleser noch erheblich erhöhen. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zurzeit die Arbeiterschaft besonders auch in den größeren Orten dieses Bezirks bedrücken und trotz der Hetze, die besonders von den ganz Linksradikalen gegen uns geführt wurde, ist dieser schöne Erfolg errungen. Die Genossen im Bezirk Hannover-Braunschweig dürfen stolz sein auf dieses Ergebnis. Möge es ein Ansporn zu weiterer pflichtgetreuer Arbeit in der Partei sein.

In der Werbewoche des Bezirks Niederrhein, die in der Zeit vom 13. bis 20. November stattfand, veranstaltete die Partei 62 öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Drei Jahre Republik", die in den Unterbezirken Elberfeld, Solingen, Düsseldorf, Essen, Duisburg und dem Bezirk Krefeld stattfanden. Es referierten die Berliner Genossen Otto Braun, H. Lüdemann, Ernst Heilmann, Dr. Richard Lohmann, Franz Krüger und der Genosse Leinert; Polizeipräsident Runge-Köln, Reichstagsabg. Sollmann und eine Anzahl Abgeordneten und Sekretäre des Bezirks. Die Versammlungen waren allgemein gut besucht und zeitigten überall agitatorische Erfolge. Die USP. trat in der Diskussion überhaupt nicht mehr in Erscheinung, während hier und da ein Kommunist die bekannten Phrasen drosch, jedoch nirgends Anklang fand. Alle Versammlungen verliefen ungestört, ein Zeichen dafür, daß der Gesundungsprozeß in der Arbeiterbewegung sich in dem bisher sehr stark unabhängig und kommunistisch durchsetzten industriellen Westen zu unseren Gunsten vollzogen hat.

Aus aller Welt.

Einer umfangreichen Aktienfälschung ist die Münchener Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Die Hauptbeteiligten, die sich bereits in Haft befinden, sind ein Banklerssohn und ein Versicherungsagent, beide aus München. Sie haben im Dezember 1919 in Berlin eine Sitzung zusammenberufen, in der sie phantastische Angaben über große Erdölfelder in Rumänien und deren Ausbeutung machten. Im April 1920 ließen sie in München für 15 Millionen Lei Aktien herstellen und brachten sie in Umlauf. Sie führten die Bezeichnung Teja-Erdöl-Aktiengesellschaft, Zürich-Bukarest. Bei der Festnahme des Versicherungsagenten wurde amerikanische Kriegsanleihe im Werte von 4000 Dollars vorgefunden, die dieser von einem Berliner Ingenieur zum Zweck der Hinterziehung der Stempelgebühren erhalten hatte. Der Versuch, die Papiere einzulösen, konnte vereitelt werden. Der Berliner Ingenieur stellte darauf eine größere Anzahl Schecks in bedeutender Höhe aus, ferner Anteilscheine einer angeblichen Amsterdamer Gesellschaft, die einen Nennwert von 900 000 holländischen Gulden darstellen. Die Wertpapiere wurden beschlagnahmt und dem Finanzamt überwiesen. Der Ingenieur ist nach Hinterlegung einer Kaution vorläufig aus der Haft entlassen worden.

Stark im Glauben. In Milspe bei Dortmund hat ein Schildbürger auf Grund von Weissagungen innerhalb einer kleinen Sektengemeinschaft sich bewogen gefühlt, keine Kartoffeln einzukellern, sondern im Spätherbst zu pflanzen. Er ist des festen, unerschütterlichen Glaubens, daß im Dezember eine neue Hitzeperiode (!) über den Kontinent kommen wird, die seine Kartoffeln aufgehen und vielfältige Frucht bringen lassen wird. — Die Hitzeperiode scheint bei dem Manne schon jetzt gewirkt zu haben.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Freitag, den 2. d. Mts., fand im Gewerkschaftshause eine Sitzung des erweiterten Vorstandes statt, in welcher von 43 Ortsgruppen 30 vertreten waren.

Zu Punkt 1, die politische Lage, hielt Genosse Srowig einen wohldurchdachten Vortrag und würdigte insbesondere die Gründe, die unsere Genossen der Landtagsfraktion bewegten, ihre Zustimmung zu geben zum Eintritt in die preußische Regierung. Zur Reichspolitik übergehend, stellte Genosse Srowig bei seinen Betrachtungen die Reparationsfrage in den Vordergrund. Leider sind wir gezwungen, die nächste Rate zu zahlen. Hieraus ergibt sich für die Regierung die Notwendigkeit, die Gelder zu besorgen, da das Reich selbst nicht Geldwerte genügend besitzt, ist es gezwungen, Anleihen aufzunehmen. Die Industrie erbot sich zu einer Kreditanleihe, die jedoch für uns, so lange sie ihre Gegenforderung auf Privatisierung der Eisenbahn aufrecht erhält, unannehmbar ist. Die Regierung wird dann gezwungen sein auf die Vorschläge der Sozialdemokratie, Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, zurückzugreifen. Dagegen sträuben sich allerdings alle bürgerlichen Parteien, so daß wir mit der Möglichkeit von Neuwahlen zum Reichstage rechnen müssen. Jedenfalls gilt es für uns, allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein.

Zu Punkt 2 erstattete Genosse Kleinert Bericht vom Bezirksparteitag und ging insbesondere auf die Frage der Beitragserhöhung näher ein. Nach den Beschlüssen des Bezirksparteitages beträgt der Beitrag ab 1. Januar 1922 für Männer 1 Mark und Frauen 50 Pf. pro Woche.

In eingehender sachlicher Aussprache wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkannt. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Der heute hier versammelte erweiterte Parteivorstand der S. P. D. von Breslau-Land-Neumarkt erkennt die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge an und versprechen die Versammelten mit allen Kräften für die Durchführung des Beschlusses Sorge tragen zu wollen."

Ferner wurde beschlossen, für die Hinterbliebenen des durch schweren Unglücksfall verstorbenen Genossen Tscherner aus Saara Kreis Neumarkt, in allen Ortsgruppen eine Sammlung zu veranstalten und sind die Erträge alsbald dem Sekretariat einzusenden.

Nach Erledigung mehrerer interner Fragen wurde vom Genossen Srowig die Sitzung gegen 10 Uhr geschlossen.

Kommunisten auf der Reis' . . .

Zog da am Donnerstag, den 1. Dezember d. Js., ein Kommunist namens Ulbrich und sein Versammlungsleiter aus Breslau nach Grünhübel, um der dortigen Bevölkerung das Heil zu predigen. Andächtig harrte die Menge der Dinge, die da kommen sollten. Punkt sieben Uhr setzte Herr Ulbrich mit seinem Volksgenossen ein und entschuldigte gleich zu Anfang seine Partei für die Verbrechen, die ihr böse Zungen zur Last legen.

Sie seien keine Mörder und Verbrecher, sie wollen auch den Bauern keine Kuh aus dem Stalle holen. Die Leute von Grünhübel sollen unbesorgt sein, sie gehen so wieder weg, wie sie gekommen sind. Die weitere Litanei des kommunistischen Evangeliums, die der Redner noch vom Stapel ließ, war ganz nach den Worten Radeks ein konfuses Zeug, wie Kraut und Rüben durcheinander. Ueberhaupt hatte man den Eindruck, einen richtig gehenden Kunst- und Gemüse-Kommunisten zu hören. Zum Schluß forderte Ulbrich die Landarbeiter auf, im Deutschen Landarbeiterverband zu bleiben, und die Führer für das Verbrechen an den Landarbeitern beim Streik zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Flugblatt, das die Jünger des Heils verbreiteten, hatte denselben Inhalt.

Herr Ulbrich wollte aber nicht unwidersprochen bleiben und so forderte der Versammlungsleiter nach Schluß der Predigt zur Diskussion auf, wovon Genosse Kleinert auch ausgiebigen Gebrauch machte. Zur ersten Behauptung, sie seien keine Mörder und Verbrecher, war es dem Genossen Kleinert an Hand der Zetkin-Protokolle ein leichtes, ihnen zu beweisen, daß sie zu den Mordbrennern zu zählen sind. Auf die Menge machte das Vorlesen der Protokolle tiefen Eindruck, und es verspürte niemand im Saale Lust, sich unter die Evangelisten Moskaus zu begeben. Zur Frage des Landarbeiterstreiks wurden die Ausführungen des Genossen Kleinert von den anwesenden Landarbeitern kräftig unterstützt. Die Landarbeiter sagten Herrn Ulbrich in Zwischenrufen ganz deutlich, daß sie mit ihren führenden Kollegen sehr zufrieden sind und keinerlei Anlaß zu Klagen haben.

Es scheint so, als wenn die Kommunisten von der Zentrale Anweisung erhalten haben, überall auf die Landarbeiterführer zu schimpfen, denn in allen Versammlungen leiert jeder Moskaujünger dieselbe Walze über die Landarbeiterführer ab. Nun hat ja „leider" Herr Ulbrich keine Gelegenheit mehr gefunden, im Schlußwort den Landarbeitern die „wirkliche Wahrheit" sagen zu können, denn die Volksgenossen zogen es vor, nach Hause zu gehen.

Wir würden Herrn Ulbrich empfehlen, nach Honolulu zu gehen, wo das Thermometer vornehmer ist, und sich in wesentlich höheren Graden bewegt. Vielleicht ist es ihm dort möglich, unter der Bevölkerung willigere Ohren für seine Heilsbotschaft zu finden.

Poblanowitz. Wiederaufbau oder Staatsbankerott und Bürgerkrieg. Am letzten Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche von den Genossen aus Poblanowitz und den umliegenden Ortschaften besucht war. In der Versammlung sprach Genosse Schneidewind aus Breslau über das Thema: „Wiederaufbau oder Staatsbankerott und Bürgerkrieg". Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wandten sich einige Kommunisten gegen die Tätigkeit der SPD., welche aber im Schlußwort des Referenten widerlegt wurden. Die Versammlung hatte einen sehr guten Verlauf. Hoffen wir, daß in Zukunft die Sache des Volkes weiter in die Herzen der dortigen Arbeiter getragen werde.

Aus der Provinz Schlesien.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt sendet uns für die Zeit vom 17.—23. November folgenden Wochenbericht:

Wesentliche Aenderungen in der Arbeitsmarktlage brachte die Berichtswoche nicht. Im großen ganzen kann das Gesamtbild des Arbeitsmarktes noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, abgesehen von den Berufen, in denen die Arbeitsgelegenheit vom Wetter abhängig ist sowie von den Zuckerfabriken, in denen nach Beendigung der Kampagne schon jetzt größere Entlassungen stattgefunden haben oder in allernächster Zeit zu erwarten stehen. Ein Teil der zur Entlassung gekommenen Arbeitskräfte konnte in der Forstwirtschaft oder bei sonstigen Arbeiten Beschäftigung zugewiesen erhalten.

Die Oderschiffahrt hat noch nicht in dem erwarteten Maße eingesetzt.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend geringer. Gesucht wurden lediglich junge Burschen und Mägde.

Im Bergbau bestand Nachfrage nach Arbeitskräften fast gar nicht.

In der Ziegelindustrie hält die Stillegung von Ziegeleien weiter an. Die Glasarbeiter in der Oberlausitz sind in einen Lohnstreik getreten, dessen Ausgang sich zurzeit noch nicht übersehen läßt.

Der Bedarf an gelernten Arbeitskräften in der Metallindustrie konnte nur unvollkommen gedeckt werden, dagegen besteht zum Teil ein Ueberangebot an Hilfsarbeitern.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der chemischen Industrie war gering. Die Textilindustrie ist voll beschäftigt. Im Reichenbacher Bezirk konnten eine Anzahl Neueinstellungen vorgenommen werden. Ein Teilstreik in diesem Bezirk zu Beginn der Woche wurde auf dem Verhandlungswege beigelegt. Neu errichtet wurde in Neu-Bertelsdorf eine Filiale der Weberei Max Brettschneider in Lauban. Es sollen dort ungefähr 30 Webstühle Aufstellung finden.

Die günstige Lage in der Papierindustrie hält weiter an. In Brieg arbeiten einige Betriebe mit Ueberstunden.

Auch in der Holzindustrie ist die Lage zurzeit noch günstig. Gesucht werden in Liegnitz (Städtisches Arbeitsamt, Fernsprecher 2110 und 2113) Tischler für die dortigen Möbelfabriken sowie Kastenmacher und Helfer für Karosseriebau. In Haynau hat die dortige Möbelfabrik ihren Betrieb wieder aufgenommen; es fanden eine Zahl Neueinstellungen statt. Ebenso haben die Weidenschälfirmen Strauß und Stütze Söhne in Brieg ihren Betrieb vergrößert. Es fanden etwa 110 Arbeitskräfte dort Einstellung.

Zum Teil nicht ungünstig ist die Arbeitsmarktlage in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Einige Neueinstellungen wurden in den Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken vorgenommen. Auch fanden eine Zahl von Neueinstellungen von Fleischern statt. Dagegen macht sich eine geringe Einschränkung in der Tabakindustrie bemerkbar, namentlich in Oberschlesien, wo in Ratibor eine größere Firma etwa 130 Arbeitskräfte entlassen mußte.

Im Bekleidungsgewerbe herrscht noch Mangel an gelernten Schneidern und Näherinnen, wogegen der Nachfrage nach Schuhmachern seitens der Schuhfabriken genügt werden konnte.

Im Baugewerbe mußten die Arbeiten infolge des Frostwetters zum Teil eingestellt werden, doch macht sich ein starkes Angebot an Arbeitskräften hier noch nicht bemerkbar.

Im Handelsgewerbe ist die Lage des Arbeitsmarktes unverändert. Außer tüchtigen männlichen und weiblichen Fachkräften herrscht Mangel an Stenotypistinnen.

Gehoben hat sich das Angebot an Arbeitskräften für die Hauswirtschaft. Trotzdem konnte der Bedarf an erfahrenen Mädchen nicht gedeckt werden. Für ungelernte Arbeitskräfte waren Arbeitsmöglichkeiten geringer als in der Vorwoche.

Im übrigen ist aus Oberschlesien zu berichten, daß im großen ganzen die Industrie gut beschäftigt ist, jedoch einen Bedarf an neuen Arbeitskräften nicht aufweist. Nachfrage nach Arbeitskräften war am größten für ungelernte Lohnarbeit und häusliche Dienste (456 Beuthen, Kattowitz, Hindenburg), geringer für die chemische Industrie, Steinindustrie und sonstige Fabrikarbeit (187 Hindenburg, Ratibor, Tarnowitz) und unbedeutend für den Bergbau (97 Hindenburg, Tarnowitz).

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt meldete sich Dienstpersonal reichlich, so daß die offenen Stellen sämtlich besetzt werden konnten.

Neudorf-Dittersdorf. Ein Einbruch wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember auf dem Bahnhofe verübt. Den Dieben fielen 135 Mark bares Geld, 3 Fahrräder und 2 gefüllte Reisekörbe in die Hände. Allem Anschein nach handelt es sich um eine Diebesbande, die schon mehrere schwere Diebstähle in der Umgegend verübt hat.

Wünschelburg. Streik. Seit dem 24. Oktober streiken die Rolleauxweber und Jalousiearbeiter in zwei Betrieben wegen Aufbesserung der Löhne. Mit der Firma Brehmer & Weißer ist am 26. Oktober eine Einigung erfolgt. Recht halsstarrig erweist sich jedoch noch die Firma C. Klemt (Inhaber Hoffmann). Neuerdings stellt Herr Hoffmann sich selber hin in den Betrieb und versucht mühsam, die Rolleaux zusammenzuflicken, unterstützt durch Frau Hoffmann, welche einem jungen Menschen von 17 Jahren, der sonst in der Schre[illegible] verwendet wurde und einem Bruder der Frau H[illegible]n, einem Lehrer, der also vom Staate sein [illegible] bezieht, und gleichzeitig Streikbrecherdienste leisten. Am Montag, den 28. November, als nachmittags die Streikposten den Betrieb verlassen hatten, schaffte Herr Hoffmann selber, dann der „streikbrechende Lehrer" und der junge Mann aus der Schreibstube, eine ganze Fuhre Pakete zur Post. Einige Streikende hatten dies doch erfahren und gingen gleich selber zur Post, um sich zu überzeugen. Als sie zur Post kamen, wurden gerade die Pakete hineingeschafft. Die Streikenden stellten sich gleich dazu, da sagte der Bruder der Frau Hoffmann, der „streikbrechende" Lehrer: „Ja, seht Euch die Pakete nur an, es sind ungefähr 50 Stück, das machen wir alles alleine." Die Streikenden antworteten darauf: „Das ist ja sehr schön, daß sich ein Lehrer zu solchen Arbeiten hergibt." — Wir wir weiter erfahren, ist der Bruder von Frau Hoffmann als Lehrer in O.-S. tätig gewesen. Er bezieht also sein Gehalt vom preußischen Staate weiter. Wenn ihm das zu wenig ist, soll er das Gehalt ganz verweigern und sich eine andere Arbeit suchen, aber nicht sich vom preußischen Staate Gehalt bezahlen lassen und daneben sich einen Judaslohn als Streikbrecher verdienen. Er muß sich doch sagen, daß zu seinem Gehalte auch die Steuergroschen der Streikenden mitverwendet werden. Die Streikenden verlangen deshalb von der vorgesetzten Behörde des Lehrers, insbesondere dem Kreisschulinspektor, daß hier eingegriffen wird und fragen, was gedenkt die vorgesetzte Behörde in diesem Falle zu tun.

An solchen Vorkommnissen ist aber auch zu sehen, daß dem Firmeninhaber kein Mittel zu schlecht ist, um es gegen die Arbeiter anzuwenden. Die Streikenden werden deshalb noch fester zusammenstehen in dem Bewußtsein, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter ihnen steht und daß sie für eine gerechte Sache kämpfen. — Die Bevölkerung ersuchen wir jedoch dringend, solange wie der Streik dauert, jeden Einkauf von Holzrolleaux und Jalousieen zu unterlassen, auch wenn ihnen von Reisenden oder Geschäftsinhabern vorgetäuscht werden sollte, daß die Ware aus anderen Betrieben herrührt. Helft also alle, auch den Rolleauxwebern, ein menschlicheres Dasein zu erringen.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Bezirksleitung Bunzlau.

Oberpeilau. Ein geschlachtetes Kalb wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember dem Schlächtermeister Baumgart gestohlen.

Neuteichau. Beim Langholzfahren verunglückten die Wagenlenker August Eisenberger und Bruno Friedrich aus Warmbrunn, die beide Beinbrüche erlitten und dem Krankenhause in Warmbrunn zugeführt werden mußten.

Ruba-Seife
Beste Hauswaschseife.
Rudolph Balhorn
Seifen- und Parfümerien-Fabrik.

Stadt-Theater.
Montag 7½ Uhr:
Hoffmanns Erzählungen
Dienstag 7½ Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
Mittwoch 7½ Uhr: Schauspiel.

Schauspielhaus.
Lessingstraße. Tel. Ring 2545.
Montag und Donnerstag 7½ Uhr:
Das Holländerweibchen.
Dienstag, Mittwoch, Freitag 7½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male
Die Tanzgräfin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Förster-Christel.
Sonntag 7½ Uhr:
Die Tanzgräfin.

Zeltgarten
Variété.
Täglich 7½ Uhr:
Der vollständig neue Spielplan. 9596

Dominikaner!!!
Täglich 7½ Uhr Täglich:
Das Kircherliche Weihnachtsfieber
mal jedenfalls etwas!
Zeitig kommen gut Platz

Großes Weihnachtsfest
TONIE
4479

Frauen-Artikel
Spülspritzen
Irrigatoren 9557
Leib- und Mutterbinden
Gummiwaren
für Damen und Herren.
Katalog frei gegen 10 Pfg.-Marke.
Fr. Barthel Breslau 7, V. Seitenstraße 67

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen
auch Einzelstücke
Kasse evtl. Teilzahlung
Karausky & Co.
Kaiserstraße 21.
9589

Hochmoderne
Anzüge von 375 Mk.
Ulsters von 475 Mk.
Mäntel von 400 Mk.
jetzt und nach Maß, reiner Schurz u. beste Verarbeitung, kaufen Sie direkt vom Fabrikanten
Gebr. Hänel
Herrenkleiderfabrik und Maßschneiderei
Neumarkt 13, 1 Tr.,
Eingang Sandstraße.

Bettfedern
noch sehr preiswerte Sorten empfiehlt
Herzig,
Ruthiesstr. 100, I.
a. Winterbahnhof. Beim Bad.

Bitte bei allen Einkäufen Bezug Bezugnahme auf unsere Zeitung zu berücksichtigen

SCHAUBURG
VIKTORIA-THEATER
Beginn ½5 Uhr
DK

Heute letzter Tag: Erstaufführung!
Eddi Polo und **Harry Piel**
in **Der geheimnisvolle Dolch**
36 Akte 4944

Der Sturz ins Verderben — Grausame Hände — Raubgierige Feinde — 6 Akte
Wenn London schläft — Schottlandflucht — 6 Akte

Varietéschau:
Pia- und Coco-Truppe
Fliegende Musik

Heute letzter Tag: Der
Riesen-Amerikaner:
Das Panzergeschoß
36 Akte

Verrat über Verrat — 6 Akte
Im Wasser und unter der Erde — 6 Akte

Varietéschau:
Persönliches Gastspiel
das Original-Yellowstone-Indianerhäuptlings
Chief Hallstorm: Kriegstänze
und Indianer-Gebräuche.

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barnay.
Lobe-Theater. Thalia-Theater.
Montag, den 5. Dezember, abends 7½ Uhr:
Sonntagsmarke Serie G.
3. Vorstellung
„Liliom“ | Erwachsene Preise **„Gretchen“**

Konzerthaus
Wappenhof
Inh.: Felix Rust. Telefon Ring 8907.
Heute Montag:
Wappenhof-Ball
Breslauer Tonkünstler-Orchester
Dirigent: Willi Neumann
Dienstag, den 6. Dezember:
Groß. Lieder-Abend
Mittwoch, den 7. Dezember:
9596 **Walzer-Abend**
Donnerstag, den 8. Dezember:
Auf vielseitigen Wunsch:
Operetten-Abend

Bei hoher Feuchtigkeit
Schimmelbildung
verdunsten Kamen mit nicht löschbarer Kalk.
Billigste Preise
in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülspritzen, Leib- und Mutterbinden.
Katalog gegen 30 Pfg.-Marke.
Frau B. Zander,
Malerei
Breslau 9.
Gabitzstraße 28, 1. Etage
Ecke der Kriegerstraße.

Unglaublich billig!!
Kinderwagen, Sportwagen, Kinder-Metallbettstellen
Polster- und Federwagen
Kinderstühle
Eisen-Möbel
Kinderwagenhaus
Breite Straße 11.

Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülspritzen
Irrigatoren
Leib- und Mutterbinden
in jeder Ausführung
Frauenartikel
Katalog gegen Einsendung von 1.— Mark
Frau L. Heinzer
Breslau IV, Schweidnitzer 1, II.
Ecke Zweibrücken-Wilhelmstraße 36.

Zu kaufen gesucht.
Alt-Metalle
kauft zu stets höchst. Preis
Otto, Kaiserstr. 8.

Trockenschleifer, Betten
Kinderwagen aller Art,
Matratzen, Bücher, Nähmaschinen
kauft sofort
Wolfes, Schweidnitzerstraße 11.

Achtung! günstig
verkaufen Sie
zu höchsten Preisen
Altmetalle
(Messing, Kupfer, Messing, Blei usw.) an
Breslauer Metall- u. Eisen-Verwertung
Poiserstraße 2.

Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Klingling, Sonnenstraße 4.

Zum Verkauf
Goldene Trauringe
verkauft billig
Juwelier, Neumarkt 18, Ecke Schmiedebrücke.

Anzüge
Schlüpfer
in noch ganz einzelner Auswahl und billigen Preisen, die Selbstkosten.
Nicht zu verwechseln
heute u. morgen
Wilh. Gr. Schulstraße
Nickelsdorf

Sachen erschienen:
Vorwärts-Almanach
der
Arbeiter-Familien-Kalender
1922
reich illustriert.
Preis 4.— Mark
Buchhandlung Volkswacht,
Breslau, Neue Graupenstraße 5.

Handelskammer Breslau.
Vortrag
Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr,
im großen Börsensaal, Graupenstraße 15.
Reichstagsabgeordneter Kolmsch, über:
„Reichsfinanzen und Reichssteuern.“
Eintrittskarten zum Preise von 5 Mk., für die ganze Vortragsreihe 20 Mk., sind im Büro der Handelskammer, Graupenstraße 15, erhältlich. 4943

Noch billige, praktische
Weihnachtsgeschenke
in
Glas, Porzellan u. Haushaltungsartikeln.
Berthold Gensert,
Klosterstraße 42. 9597

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von Georg Schmidt
Preis nur 60 Pfg.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Arbeitsmarkt

4—6 gute Tischler
auf Zeichnung, für nur reinen Möbel, bei höchstem Lohn sofort gesucht. 9621
Erich Steinmüller, Breslau, Posener Straße 46.

AWB
Wir suchen
Schneider
auf gute Sakkos und Schlüpfer
bei höchsten Löhnen.
Meldungen mit Ausweis und Probearbeit von 8—4 Uhr.
Aktiengesellschaft für Oberwaren und Bekleidung
Gartenstraße 7

Monteure
für Heizungs- und sanitäre Anlagen
sofort, schleunigst stellt, zuverl., sofort gesucht.
Schleptizki & Co., Neue Taschenstr. 19

Mädchen 9597
zum Mitlaufen u. Besorgungen, auf Sonntag-Mittag und Montag
L. Mikel
Neumarkt 11
2. Hof, I. Etage.

Lehrling 4947
für kaufmänn. Büro, event. eigener Schreibtisch, gesucht.
K. A. Lindner,
Höfchenstraße 108.

Die Auszahlung des Mitgliedersparrabatts
erfolgt in den Warenabgabestellen, wo die Rabattmarken abgeliefert wurden und zwar am
Dienstag, den 6. u. Mittwoch den 7. Dezember,
und
Dienstag, den 13. u. Mittwoch, den 14. Dezember,
in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und ½3—5 Uhr nachmittags.
Nach 5 Uhr findet keine Auszahlung statt.
Das Mitgliedsbuch ist bei Abhebung des Geldes vorzulegen. Ohne dem erfolgt keine Auszahlung.
Diejenigen Mitglieder, die durch unsere Mitarbeiter Einzahlungen auf den Geschäftsanteil geleistet haben, und noch im Besitze von Quittungen sind, haben diese Quittungen ebenfalls mit vorzulegen.
Diejenigen Mitglieder, die den Geschäftsanteil noch nicht voll eingezahlt haben, verweisen wir auf § 42 Abs. II des Statuts.
Es liegt im eigenen Interesse der Mitglieder, die Rückvergütung möglichst vormittags abzuheben. 9606

Friedens-Limonaden
nahrhaft und bekömmlich
nur mit Zucker gesüßt, werden von unterzeichneten Fabrikanten wieder hergestellt.
Zuckerlimonaden sind durch ein besonderes Etikett gekennzeichnet.
A. Braun. B. Czaya. Ph. Deinert. H. Engel. Gesundbrunnen, Herm. Heinze. Herm. Hamm. Joh. Konopka. C. G. Müller, Deutsch Lissa. **P. Niepel. Dr. Struve & Soltmann. Speck & Säring. Reinh. Thomas. Otto Wendorff.**

Nachdem der Beschluß der Generalversammlung vom 10. November 1921 betr. die Erhöhung des Geschäftsanteils auf Mk. 1000.— durch gerichtliche Eintragung rechtswirksam geworden ist, machen wir bekannt, daß wir von **jedem Mitgliede** Einzahlungen auf **Geschäftsanteil**
bis zur Höhe von Mark 5000.— annehmen.
Wir bemerken hierbei, daß die auf unsere Geschäftsanteile entfallende **Dividende** von der **Kapitalsertragsteuer** befreit ist.
Breslau, im Dezember 1921
Handels- und Gewerbebank Breslau
e. G. m. b. H.
(vorm. Vorschuß-Verein).

Im ersten Drittel des Monats Oktober d. J. veröffentlichten wir in den Tageszeitungen, daß wir unsere Abnehmer nach der Explosion im Kraftwerk Tschechnitz wieder voll mit elektrischer Arbeit beliefern könnten **mit Ausnahme des Bedarfes für Getreidedrusch.**
Wir haben ab 15. Oktober d. J. den Getreidedrusch derart rationiert, daß das Dreschen in den Kreisen **Neurode, Reichenbach, Frankenstein, Nimptsch** und **Oels** in den **ersten drei Tagen jeder Woche,** dasjenige in den Kreisen **Strehlen, Ohlau, Brieg** und **Breslau** in den **letzten 3 Tagen jeder Woche** erlaubt wurde.
Diese Einschränkungsbestimmungen werden von dem weitaus größten Teil der Abnehmer elektrischer Arbeit für Getreidedrusch nicht beachtet, wodurch unser gesamter Betrieb infolge starker Ueberlastung unserer Anlagen stark gefährdet wird.
Wir bitten die Abnehmer elektrischer Arbeit für Getreidedrusch im allgemeinen und auch
im eigenen Interesse dringend,
in der jetzigen Zeit der großen Ansprüche, die an unser Unternehmen gestellt werden, sich an obige Vorschriften zu halten und bitten gleichzeitig die Gesamtheit aller unserer Abnehmer, an den Wochentagen in den Zeiten von **vormittags 7—11 Uhr** und von **nachmittags 1—5 Uhr ihren Bedarf nach Möglichkeit einzuschränken.**
Breslau, den 3. Dezember 1921. 4942
Elektrizitätswerk Schlesien Akt.-Ges.

Sinalco
mit Zucker
Familiengetränk.
nicht allein wohlschmeckend und bekömmlich, sondern da gesüßt, auch nahrhaft, daher das vollendete, alkoholfreie Lassen Sie sich aber beim Verlangen von „SINALCO“ nicht andere Getränke vorsetzen oder verabreichen. 9586

Verantwortlicher Redakteur Emil Jannas. — Schriftleiter: Hinrich L. — Anzeigenleiter: Hinrich L. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Breslau in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. Dezember.

Sozialdemokratischer Verein.

Morgen Dienstag, den 6. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Exner, Mauritiusplatz 2,

Partei-Funktionär-Versammlung.

1. Genosse Dr. Hamburger spricht über: **Das Reparationsproblem.**
2. Die Beitragserhöhung.

Parteifunktionäre sind: Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirkskassierer, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Betriebsvertrauensleute, Pressekommission, Bildungsausschuß, Stadtverordneten. Parteimitgliedsbuch und Ausweis ist an der Türkontrolle vorzuzeigen.

* * *

Post- und Telegraphenbeamte und -Beamtinnen!

Heut abend 8 Uhr

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal.

Reichstagsabgeordneter Max Seppel spricht.

* * *

Donnerstag, den 8. Dezember,

6 Volksversammlungen.

Alles nähere in morgiger Nummer.

* * *

Distrikt 4 und 5. Heut Montag, abends 7½ Uhr, bei Metzke, Siebenhufener Straße 19. Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Fräulein Erna Münz.

Unterschleife in der Schutzpolizei!

Aus Polizeikreisen wird uns geschrieben:

Wie wir hören, sind bei der Luftfahrt-Ueberwachungsabteilung hier größere Unterschlagungen aufgedeckt worden, an denen in der Hauptsache ein technischer Oberbeamter beteiligt sein soll. Der Führer der Abteilung, der aus den Kapp-Putschtagen, namentlich in Berlin, sattsam bekannte Polizeimajor Zimmer-Vorhaus, einer von den Herren, die der von dem damaligen Leiter der Schutzpolizei Preußens, Geheimrat von Priesdorff, zur Untersuchung der gegen Polizeioffiziere erhobenen Anschuldigungen auf Beteiligung an dem Kappverbrechen aufgestellte Untersuchungsausschuß weißgewaschen hat, soll sich nun veranlaßt gesehen haben, dem Unterbeamten, der an der Aufdeckung der Unterschleife regen Anteil nahm, anstatt ihm dankbar zu sein, jugendlichen Unverstand und andere derartige Liebenswürdigkeiten an den Kopf zu schleudern, nur einzig und allein deswegen, weil er die Angelegenheit nicht ihm, sondern an vorgesetzter Stelle zur Kenntnis brachte. Ein Zeichen besonderen Vertrauens ist das Vorgehen allerdings nicht. Major Zimmer-Vorhaus wird aber wohl wissen, warum der Beamte diesen Weg eingeschlagen hat.

Wie wir hören, soll bei der Luftfahrt-Ueberwachungspolizei noch manches faul sein und vielleicht ist es ratsam, auch in diesen Winkel, wo es noch königlich preußische Majore, Hauptleute usw. geben soll, mit einem republikanischen Scheinwerfer einmal hineinzuleuchten, und, wenn notwendig, dann mit einem eisernen, demokratischen Besen auszufegen.

Die letzte demokratische Tat des Ueberdemokraten Dominicus.

Vor längerer Zeit haben wir an dieser Stelle gegen eine Befehlsmaßnahme des hiesigen Kommandeurs der Schutzpolizei, Oberst de le Roi, Stellung genommen. Es handelte sich damals um eine von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten der Polizei einberufene Versammlung, die Oberst de le Roi kurzer Hand unter einem Erlaß des damaligen Polizeiministers oben angegebenen Namens, unseligen Angedenkens, fallen ließ, der den Polizeibeamten das Besuchen von parteipolitischen Versammlungen in Uniform außerdienstlich verbietet. Gestützt auf diesen Erlaß, verbot Oberst de le Roi den Polizeibeamten seinerzeit, auch diese nur für Polizeibeamte zugängige Versammlung, in Uniform zu besuchen. Unsere Ansicht, die fragliche Versammlung falle nicht unter den Erlaß des Ministers, wurde damals auch von maßgebender Stelle geteilt.

Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amte hat es nun Herr Dominicus fertig gebracht, einen neuen Erlaß herauszugeben, der darin gipfelte, daß auch solche Spezialversammlungen von den Polizeibeamten in Uniform außerdienstlich nicht besucht werden dürfen. Interessant wäre es, zu hören, was der unmittelbare Anlaß zu diesem letzten Erlaß war. Geradezu haarsträubend ist aber die Begründung für dieses neue Vorgehen. Die Kameradschaft unter den Polizeibeamten würde durch die Parteipolitik in ihren Reihen untergraben, die allgemein gewünschte und unbedingt notwendige Entpolitisierung der Schutzpolizei würde durch derartige Versammlungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Ist die Polizei überhaupt jemals unpolitisch gewesen, Herr Dominicus? Sie glauben es ja wohl selbst nicht und Ihr Eingehen auf diese Forderung der Gegner der Republik — die nur gestellt ist, um der Republik auch die letzte Stütze zu nehmen — beweist nur den hohen Grad Ihrer Naivität.

Minister Severing weiß hoffentlich, daß die sozialdemokratische Polizeibeamtenschaft in dem letzten Erlaß seines Amtsvorgängers ein Ausnahmegesetz gegen sie erblickt mit dem Ziele, sie ihres Vereins- und politischen Rechts in einer der Verfassung widersprechenden Weise zu berauben, und sie erwartet von ihm, daß er diesen, der Demokratie hohnsprechenden Willkürakt, unverzüglich außer Wirkung setzt.

* **Sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte.** Heute Montag, den 5. Dezember, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause: **außerordentlich wichtige Sitzung.** Beschlußfassung über die Forderung der Gemeindearbeiter. Das Erscheinen aller Stadtverordneten und Stadträte ist unbedingt erforderlich.

* **Straßenunfälle durch Kraftfahrzeuge,** die in letzter Zeit wiederholt infolge rücksichtslosen, unvorschriftsmäßigen Fahrens dieser Fahrzeuge hervorgerufen wurden, veranlassen den Polizeipräsidenten, die Führer solcher Fahrzeuge erneut und mit allem Nachdruck auf die Beachtung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, hinzuweisen, wonach auf unübersichtlichen Wegen, bei Dunkelheit, Straßenkreuzungen, scharfen Straßenkrümmungen, beim Durchfahren enger Brücken und Tore, sowie schmaler oder abschüssiger Wege, der Lenker des Fahrzeuges so langsam und vorsichtig zu fahren verpflichtet ist, daß das Fahrzeug sofort und jederzeit zum Halten gebracht werden kann. Der Polizeipräsident bemerkt zum Schluß, daß er die ihm unterstellten Außenbeamten zur strengen Aufsicht über die Beachtung dieser Vorschriften angewiesen und angeordnet hat, Zuwiderhandelnde unnachsichtlich anzuzeigen.

Sport am Sonntag.

Fußballsport.

Stern I — Süd I 0:0.

Nach Anstoß entwickelt sich ein schönes, schnelles Spiel, welches Stern zunächst in Angriff sah. Ein Elfmeter für Stern wird von Höhne blendend gehalten. Nach Halbzeit ist Süd mehr im Angriff. Beiden Parteien ist es nicht vergönnt, etwas Zählbares zu erreichen. Schiedsrichter Treske war dem Spiel ein einwandfreier Leiter, und dürfte dieses Spiel dem Arbeiter-Sport wieder neue Anhänger geschaffen haben.

Britannia I — Sturm I 3:0 (0:0).

Mit dem Anstoß von Britannia, bringen diese den Ball gut vor, der Schuß aber sitzt daneben. Es entwickelt sich ein schönes Mittelfeldspiel, das Sturm zunächst etwas mehr in Angriff sieht. Mit 0:0 ging es in die Pause. Nach Halbzeit übernahm Britannia durch Elfmeter die Führung. Ein scharfer Schuß des Rechtsaußen bringt den zweiten Erfolg. Sturm läßt merklich nach, und verlegt sich nur auf einzelne gefährliche Durchbrüche, welche von der guten Britannia-Verteidigung erledigt werden. Nach guter Kombination schießt der Mittelstürmer von Britannia Nummer 3, und dabei bleibt es bis zum Schluß. Der Sieger stellte eine gute Mannschaft, aus der besonders Mittelläufer und Halblinks hervorragen.

Sturm fiel durch schnelle Flankenläufe angenehm auf, nur müßte der Linksaußen schneller abgeben. Der Schiedsrichter war einwandfrei.

Sparta I — Silesia I 7:0 (2:0).

Das Spiel nimmt anfangs einen schönen schnellen Verlauf und wird bis Halbzeit offen gehalten. Nach Halbzeit übernimmt Sparta das Kommando und Silesia läßt merklich nach, zuletzt sah es eher einem Kaffeekränzchen ähnlich, aber keinem Fußballwettspiel. Wenn auch Protestgründe mitsprechen sollten, deswegen braucht man nicht die Hände in das Jersey einwickeln und denken, daß das übrige eine große Wurst ist.

F. T. Brieg I — F. T. Oels I 1:1.

Beide Turnermannschaften brachten ein schnelles, flüssiges Spiel zu Tage. Brieg in ihrer bekannten Draufgängerweise, dem Oels nicht viel nachstand. Oels brachte eine schnelle Mannschaft mit, welche sich in dieser Serie wohl noch etwas heraufarbeiten wird.

Diana I — F. T. Ohlau I 6:2 (1:2).

Diana tritt mit nur 9 Mann an, Ohlau vollständig und ist auch die erste Zeit überlegen, kann aber nichts erzielen. Diana hat sich vervollständigt und das Spiel wird ausgeglichen. Ohlau findet zuerst den Kasten, Diana läßt aber prompt den Ausgleich erfolgen. Ohlau erreicht noch einen Erfolg, dann geht Diana aus sich heraus. Bis Halbzeit ändert sich aber nichts an dem Resultat. Nach Halbzeit ist Diana ständig im Angriff und Ohlau beschränkt sich mehr auf die Verteidigung. In kurzen Abständen erzielt Diana noch 5 Tore, dem Ohlau nichts entgegensetzen kann. So bleibt es bis zum Schluß.

Freie Sportfreunde I — Union I 2:2 (2:0).

Nach Anstoß zieht Union mächtig los, aber Sportfreunde ist auf der Hut. Beide Torleute bekommen mächtig Arbeit, die sie aber gut bewältigen.

Von einer Ecke heraus erzielt Sportfreunde das erste Tor und bald darauf aus einem Gedränge das zweite Tor.

Nach Halbzeit hat Union mehr vom Spiel und kann bis Schluß das Resultat auf 2:2 stellen, wobei das 2. Tor für Union das schönste des Tages war.

Möve I — Falke I 6:0.

Der jüngste Verein unserer Bewegung, Möve, weilte in Neukirch, um gegen Falke ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Möve stellte eine gute ausgeglichene Mannschaft, welche bis Halbzeit dreimal erfolgreich ist. Nach Halbzeit verlegt sich Falke auf Durchbrüche, die aber von der guten Hintermannschaft von Möve erledigt werden. Möve kann noch 3 Tore anbringen, während Falke, dem ein Ehrentor vergönnt gewesen wäre, leer ausgeht.

Gesellschaftsspiele.

Möve II	gegen	Süd III	8:2
Sturm III	„	West III	4:1
„ II Jgd.	„	„ II Jgd.	4:1
Falke I Sch.	„	West I Sch.	6:0

Weitere Resultate: Serienspiele.

Vorwärts I	gegen	Wacker I	4:0
Kickers I	„	Strehlen I	4:0
Stern II	„	Süd II	kampfl. f. Stern
Britannia II	„	Sturm II	1:2
Sparta II	„	Silesia II	4:1
Brieg II	„	Oels II	3:2
Diana II	„	Ohlau II	7:1
Wacker II	„	Vorwärts II	kampfl. f. Wacker
Silesia I Jgd.	„	Sparta I Jgd.	0:0
Britannia I „	„	Brieg I Jgd.	1:1
Sturm I Jgd.	„	Diana I Jgd.	2:0
West I Jgd.	„	Union I Jgd.	3:0 kpfl. f. West
Fr. Sportfr. II	„	Union II	kampfl. f. Fr. Sp.

Wochenzettel der Arbeiterjugendheime.

Vom 4. bis 11. Dezember.

Heim 1. Bis auf weiteres geschlossen.

Heim 2: Ofenerstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Gesangsabend. — Freitag: Spiel- und Uebungsabend. — Sonntag: Geselligkeit.

Heim 4: Yorckstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Einüben neuer Volkstänze. — Freitag: Frageabend. — Sonntag: Halbtagswanderung. Das Heim ist von 5 Uhr nachmittags ab geöffnet.

Heim 5: Andersenstraße, Schulhaus. Dienstag, den 6. Dezember: Mitgliederversammlung. — Freitag: Frageabend. — Sonntag: Spielabend. — Für Nichtmitglieder der Arbeiterjugend bleibt das Heim bis auf weiteres geschlossen.

Heim 6: Krischkestraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Generalprobe bei Bräuer, Pöpelwitzstraße. — Freitag: Heim-Weihnachtsfeier.

Heim 7: Steinstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Geselligkeit. — Sonntag: Ausflug nach dem Kirschberg. Näheres im Heim.

Allgemeines: Die Heime 8, 9 und 10 haben nichts gemeldet. — Die Jugendbibliothek im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ist jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends geöffnet.

Meldungen für den nächsten Wochenzettel müssen bis Dienstag abgegeben werden, sonst finden sie keine Berücksichtigung.

30502 Wohnungssuchende.

Mit Bezug auf die Verhandlungen in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erhalten wir folgende Mitteilung: Im Laufe des November gingen beim Wohnungskommissariat 329 Meldungen über frei gewordene Wohnungen ein, die restlos vermittelt werden konnten. Im gleichen Zeitraum wurden 965, insgesamt, seit Bestehen des Wohnungskommissariats bis zum 30. November 51 384 Wohnungssuchende eingetragen. Zugewiesen wurden, gleichfalls insgesamt, 15327 Wohnungen; nach allen Vermittelungen, Wohnungstausch- und anderen Maßnahmen waren am 30. November noch 30 502 Wohnungssuchende vorhanden.

* **Zum Bau des Krematoriums in Breslau** sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß eine gemeinsame Kommission aus einem größeren Teil von Magistratsmitgliedern und der Friedhofsdeputation jetzt gebildet worden ist, die bereits ihre Arbeiten aufgenommen hat und sich der Frage energisch annehmen wird. Gedacht ist die Anlage in einem Anbau an die auf dem Friedhof in Gräbschen befindliche Gierth'sche Kapelle.

* **Gewerbelegitimationskarten.** Die Anträge auf Erteilung solcher für 1922 werden zweckmäßig schon jetzt gestellt. Hier wohnhafte Reisende überreichen den schriftlichen Antrag ihres Geschäftsinhabers selbst im zuständigen Polizeirevier; für auswärts wohnende stellen die Inhaber der Geschäfte die Anträge (für jeden einzelnen Reisenden besonders) schriftlich beim Polizeipräsidium, Abteilung IV. G.

* **Die Volksberatungsstelle im Rathaus,** eine Treppe, (Ratszimmer) wurde im Monat November von 595 Personen, 321 Männern, 274 Frauen besucht. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedener Art 297, Arbeiterversicherung 26, Angestelltenversicherung 3, Arbeits- und Dienstvertrag 23, bürgerliches Recht 158, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 53, Strafrecht 30, Privatversicherung 2, Handels- und Gewerbesachen 2, Diverses 1. Außerdem wurden 31 Schriftsätze angefertigt und in 118 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfrage erteilt.

* **Tödlich abgestürzt!** In der Nacht zum 3. d. Mts. ist der Berliner Straße 39 wohnhafte Kraftwagenführer Karl Feller, ein 37 Jahre alter Mann, der in der zweiten Morgenstunde heimkehrte von der Haustreppe über das Geländer abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden. Die Leiche wurde in das Schauhaus verbracht.

* **Erschossen** hat sich am 3. d. Mts., vormittags, in einem Gasthof der Siebenhufener Straße der Soldat Paul Krause. Er stammt von auswärts, soll schwer geschlechtskrank gewesen sein und sich ein Zimmer im Gasthof gemietet haben, um ungehindert seinem Leben ein Ende zu machen. Die Leiche ist in das Schauhaus überführt worden.

Gerichtliches.

Die vergrabenen Selbstschutzwaffen.

Einem Breslauer Kommunisten wurden im August d. J. von zwei jungen Leuten eine größere Menge Waffen angeboten. Da ihm mitgeteilt wurde, die Waffen seien in der Nähe von Falkenberg vergraben, kam ihm die Sache bedenklich vor und er machte der Kriminalpolizei Mitteilung. Diese versah nun zwei Beamte mit Geld und Ausweisen als Kommunisten, und diese erklärten nun den jungen Leuten, die Waffen kaufen zu wollen. Sie fuhren zusammen nach Falkenberg, und an einem entlegenen Ort wurden die Waffen ausgegraben und von den Beamten bezahlt. Auf dem Wege zur Bahn wiesen sich die Beamten dann aus und verhafteten beide Burschen. Es waren die früheren Selbstschutzleute, der Schauspieler Bockhacker und der Schlosser Viehhoff. Nun sollte das Verfahren wegen Landesverrat gegen sie eingeleitet werden. Das war aber nicht möglich, weil der Selbstschutz keine staatliche Einrichtung, sondern ein Privatunternehmen ist. Gegen beide wurde nun die Anklage wegen Diebstahl erhoben. Das Schöffengericht erkannte gegen jeden auf drei Monate Gefängnis.

Eine Vertrauensstellung beim Freikorps Kühne.

Der Oberjäger Robert Remy aus Wattenscheid, Kreis Gelsenkirchen, genoß beim Freikorps Kühne in Carlowitz großes Vertrauen. Er wurde in der Propagandaabteilung beschäftigt, wo er eifrig den Gedanken propagierte, ein Jägerheim zu bauen. Die übrigen stimmten ihm zu, und es wurden ihm auch 2000 Mark als Grundstock ausgehändigt. Zur Aufbringung des übrigen Geldes wurde ein Vergnügen veranstaltet, dessen Ausführung fast vornehmlich in den Händen des Remy lag. Dieser verkaufte die Eintrittskarten und nahm auch das sonst vereinnahmte Geld von noch 1975 Mark an sich und verschwand dann. Zuvor stahl er einem Kameraden aber noch den Paß, einem Leutnant den Koffer mit Kleidungsstücken und einem Gefreiten den Gummimantel.

Als die Polizei dann seiner habhaft wurde, stellte es sich heraus, daß er ein ziemlich schwerer Junge ist. Obwohl der Sohn eines begüterten Ritterguisbesitzers, ist er in Berlin bereits wegen Raubes zu zwei Jahren Gefängnis und wegen Diebstahls zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Jetzt stand Remy vor dem Breslauer Schöffengericht, um sich wegen Unterschlagung und Diebstahl zu verantworten. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Der Sicherheitsdienst im Gericht.

Vor einigen Tagen kam ein Herr Rühl in das Justizwachtmeisterzimmer des Amtsgerichts und verlangte den Vormundschaftsrichter zu sprechen, hierbei ließ er die Aeußerung fallen, daß er den Richter niederknallen würde, wenn er seinen Wünschen nicht nachkäme. Die Justizwachtmeister Baudner und Bauch führten den Mann dem zuständigen Richter, Amtsgerichtsrat Werner vor. Kaum hatten sie das Zimmer betreten, als Rühl einen Revolver zog und ihn auf den Amtsgerichtsrat mit den Worten richtete: „Herr Richter, ich bin hierher gekommen, daß Sie mir helfen; wenn nicht, dann knalle ich Sie nieder". Die Justizwachtmeister entrissen dem Tobenden die Waffe. Eine Prüfung derselben ergab, daß sie geladen und entsichert war.

Auch dieser Vorfall zeigt, daß eine Bewaffnung der Justizwachtmeister mit neuzeitlichen Waffen und eine Ausbildung im Jiu-Jitsu ein Gebot der Stunde ist. Unverständlich ist das lange Zögern der Justizverwaltung, diesen Wünschen der Justizwachtmeister nachzukommen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Vereinigte Theater. Heute, Montag, findet als dritte Vorstellung für Serie G der Kunstgemeinde, Molnars „Liliom" statt. Dieses Werk gelangt am Montag zum letzten Male zur Aufführung. Am Dienstag hat die Serie A der Kunstgemeinde ihre vierte Vorstellung, Schillers „Maria Stuart".

Im Thalia-Theater wird Montag und Dienstag abend die Groteske „Gretchen" wiederholt.

Vereinskalender.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands. 1. Bezirk. Sonntag, den 11. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr: Kreissitzung bei Geltrich, Langegasse 62, Sportlind Hexe 1910. Die Delegierten und Vereinskassierer treffen sich Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr, im gleichen Lokal. Bezirkskassierer anwesend. Wichtige Tagesordnung. Wolff.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine neue Korruptions-Zentrale.

Wer schon vor dem Kriege im politischen Leben stand, erinnert sich noch des Treibens des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der im Volksmunde allgemein kurz „Reichslügenverband" genannt wurde. Dieser „Reichslügenverband" hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften durch Flugblätter, Agitations-Versammlungen usw., zu vernichten. Der Erfolg war, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften immer stärker wurden und an Einfluß gewannen. Der „Reichslügenverband" hat mit Beginn des Krieges offiziell seine Tätigkeit eingestellt und ist auch unter diesem Namen nicht wieder in die Erscheinung getreten. Jetzt betreibt man ein anderes System der Bekämpfung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Die Groß-Industrie — unter der Führung Stinnes — reitet eine der bürgerlichen Zeitungen nach der anderen an sich und die Hunderttausende von Lesern aus den Arbeiter- und Angestelltenschichten erfahren gar nicht, daß sie eine im Sinne der Unternehmerkreise zurechtgemachte Lektüre vorgesetzt bekommen.

Soeben gelangen wir in den Besitz eines Schnellbriefes, den eine „Propagandastelle zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums" — ges. Henry Seifert, Hamburg, Schanzenstraße 75 — am 22. September 1921 an eine große Masse von Firmen versandt hat. Das Schreiben und die Richtlinien sind so bedeutungsvoll, daß wir sie im Wortlaut wiedergeben:

Arbeitsmethode der Werbestelle.

Aufklärung durch den Schriften-Vertrieb an Angestellte und durch Auslage in Gastwirtschaften, Kaffees usw.
Aufklärung durch Werbebilder an Angestellte und Arbeiter.
Aufklärung durch Vorträge (siehe Sonderdruck).
Aufklärung durch das Kino (auch Haus- und Wanderkino).
Aufklärung durch die rationelle Verbreitung eingekleideter Unternehmerzeitungen und -Zeitschriften.

Die Kontrolle

erfolgt durch einen beeidigten Bücherrevisor und die, die Propaganda empfehlenden Arbeitgeber-Verbände werden zur Prüfung gebeten. Jedem Förderer wird Einblick in alle Bücher und Abrechnungen gewährt.

Auch auswärtige Firmen bitten wir, ihre Hamburger Vertreter oder befreundete Hamburger Firmen zu beauftragen, Einblick in unsere Bücher und Abrechnungen zu nehmen.

Die Werbestelle legt Gewicht darauf, nicht nur den Beweis zu erbringen, daß die Abrechnungen zahlenmäßig stimmen, sondern sie ist in der Lage, nachzuweisen, daß durch die prozentuarisch bezahlten Werbe-Agenten und durch die Klein-Kolportage die Schriften wirklich in die Kreise kommen, für welche sie bestimmt sind.

Richtlinien.

1. Rationelle, planmäßige Verbreitung von eingekleideten Unternehmerblättern. — Die Blätter werden nicht nur an Unternehmer gesandt, sondern dienen auch zur Auslage in Restaurants, Kaffees, Hotels, Lesehallen usw. als Gegengewicht gegen die dieses auslegenden sozialistischen Schriften. Aufklärungsschriften an Angestellte und Arbeiter mit der Aufforderung, zum Abonnement dem neutralen Verlag und Bezug derjenigen Zeitungen, die bereits in ihre Firma kommen, die Redaktionen geschickt bekommen haben, um sie durch persönliche Unterhaltung zum Abonnement zu bringen.

2. Außer diesen Flugschriften kommen als Werbemittel zur Versendung:
eine Wochenschrift „Die soziale Frage",
eine Halbmonatsschrift „Die Brücke",
und eine Monatsschrift „Hamburger Mappe" (in Vorbereitung).

Ferner Artikel aus der Wochenschrift für Erziehung „Der Aufbau". Diese Zeitschrift ist besonders wichtig, weil die Schullehrer, die noch nicht hoffähig geworden sind, gewonnen werden müssen durch rationelle Propaganda; denn die Lehrer haben nicht nur in ihrer Eigenschaft als Schulmeister große Bedeutung, sondern durch die viele freie Zeit, über die sie verfügen, die diese Herren und Damen in Vereinen und Verbänden als Geschäftsführer usw. übrig sind.

3. Dauernde Fühlungnahme mit der Zeitschrift „Der leitende Angestellte", Organ der Vereinigung der leitenden Angestellten. Hierdurch ist dafür Gewähr gegeben, daß eine Brücke geschlagen wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gerade die leitenden Angestellten sind die gegebenen Vermittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Angaben der führenden Köpfe der Angestellten und Arbeiter erbeten.

4. Gründung einer Zeitschrift für die Neudeutschen (Wandervögel). Dieser Zeitschrift wird ein längerer Anhang aus der „Sozialen Frage" in jeder Nummer beigegeben.

5. An solche Personen, welche durch Anfragen Abonnement usw. zu erkennen geben, daß ein besonderes Interesse vorhanden ist, werden „Extraschriften" versandt, nicht ganz kostenlos, sondern unter besonderen Gründen und Hinweisen.

6. Romanvertrieb. Der Vertrieb von sogenannten Unternehmer-Romanen ist bisher ganz dem Zufall überlassen gewesen. Die von uns ausgewählten Romane werden von uns ganz planmäßig verbreitet und durch volkstümliche Bibliotheken, nicht durch Versand an die Angestellten direkt. Ueber die Einzelheiten dieses Spezialvertriebs geben wir nur unseren bisherigen Förderern in einem eingeschriebenen Brief Auskunft.

7. Werbebilder werden in solchen Fällen verschickt, wo anzunehmen ist, daß Schriften keine Beachtung finden.

8. Vorträge. Veranstaltungen von Vorträgen durch politische oder gar parteipolitische Vereine ist meistens ein Drehen im Kreise. Es kommen gewöhnlich nur die Freunde und Anhänger derselben — und doch will man ja eigentlich durch die Vorträge gerade die Gleichgültigen und bisherigen Gegner überzeugen. — Deswegen werden Vorträge veranstaltet in Form von Unterhaltungsabenden, durch Verbindung von Ernstem und Heiterem. Das Neue unserer Werbearbeit liegt nur darin, in dem ersten Teil anstatt dramatische Vorträge, ernste Lieder usw., einen Professorvortrag über die sozialen Fragen der Zeit, natürlich unter volkstümlichen Titel, zu bringen, der zweite Teil unseres Programms Humoristisches.

Die Werbestelle veranstaltet nicht nur Vorträge, sondern vor allem hilft sie berufsmäßigen, bekannten ersten Künstlern im ganzen Reiche bei der Zusammenstellung der Programme und der Ueberwindung der Schwierigkeiten aller Art, die sich den Veranstaltungen von Vorträgen und Herstellung von Drucksachen entgegenstellen.

9. Kino. Gewinnung von Einfluß auf die Herstellung und den Vertrieb der Filme, sowie Sicherstellung der Aufführungen solcher Filme, die zu obigem Programm passen.

Zweck der Propaganda ist, den Glauben an die Unfehlbarkeit der sozialistischen Theorien zu zerstören.

* * *

Die Arbeiter und Angestellten müssen also die Augen offen halten. In Gastwirtschaften, Kaffees, bei Vorträgen und im Kino, im Buchhandel und beim Einkauf von Romanen und Schriften, überall wird ihnen die verkappte Propaganda der Werbestelle zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums entgegentreten.

Es gilt, diesen kauberen Unternehmerplan in den weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft zu verbreiten. Nur dann ist Aussicht vorhanden, daß auch dieser neue Plan zur Korrumpierung der öffentlichen Meinung zerschellt.

Verkehrsbeamtenversammlung.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat in Erkennung der Tatsache, daß eine Bewegung auf Regierung und Parlament nur dann Eindruck machen kann, wenn sie eine gewaltige Masse hinter sich hat, den Deutschen Verkehrsbund gegründet, in dem sämtliche Verkehrsbeamten, -angestellten und -arbeiter organisiert sind. Durch ein solches Zusammenarbeiten werden die Grenzstreitigkeiten aufhören und die Arbeit wird eine ersprießliche sein.

Die hiesige Beamtenabteilung des Deutschen Verkehrsbundes hatte die Beamten der Eisenbahn, Post, Telegraphen, Straßen- und Kleinbahn am Sonntag vormittag nach den Zentral-Sälen zu einer Verkehrsbeamten-Versammlung eingeladen, in der Reichstagsabgeordneter Theodor Kaznr-Berlin, Vorstandsmitglied des Deutschen Verkehrsbundes, das Referat übernommen hatte. Redner beschäftigte sich zunächst mit der allgemeinen Lage der Beamten und ging dann auf die letzten Forderungen der Beamtengewerkschaften ein. Als ein Erfolg muß es bezeichnet werden, daß die Regierung nun endlich dem Wunsche der Breslauer Beamten Rechnung tragen und sie in die Ortsklasse A einreihen wird. Bedauerlich aber ist die Zerfahrenheit in der Beamtenbewegung. Ehe Verhandlungen zustande kommen, entwickeln sich erst stundenlange Debatten über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission, und diese Zerrissenheit macht sich dann auch bei allen Verhandlungsfragen bemerkbar, die natürlich auf das Resultat keinen günstigen Einfluß haben können. Das sollten sich auch alle Beamten sagen und sich nur dem Verkehrsbund anschließen; denn die Zukunft gehört der freien Gewerkschaftsbewegung.

Der Referent wies sodann darauf hin, daß die Beamten gerade jetzt alle Ursache hätten, sich um ihre Interessen zu kümmern und die Versammlung zu besuchen. Ist man doch jetzt daran, ein Arbeitszeitgesetz für Reichs- und Privatbetriebe auszuarbeiten. Auch das Beamtenrecht ist noch ein wunder Punkt. Sieht doch das vorliegende Gesetz nicht Beamtenräte, sondern Beamtenausschüsse vor. Die Grundlage einer gesunden Besoldungsordnung aber ist nur das Beamtenrätegesetz. Darum sollten die Beamten nun endlich aufwachen und sich einer Organisation anschließen, die ihre Interessen voll und ganz vertritt und das ist für die Verkehrsbeamten der Deutsche Verkehrsbund.

Kollege Fuhrmeister wies zum Schlusse noch darauf hin, wie klein die Schar 1916 war, als sie den Deutschen Eisenbahner-Verband gründete, die aber nun zu einem gewaltigen Faktor im Wirtschaftsleben angewachsen ist. Genau so wird es mit dem Verkehrsbund sein, er wird groß und mächtig werden; denn der Weg, den man als richtig erkannt at, soll man auch gehen.

Verschmelzungsbestrebungen bei den Textilarbeitern in den Vereinigten Staaten.

Wie Newyork Call berichtet, sind unter den organisierten Textilarbeitern in den Vereinigten Staaten Bestrebungen im Gange, alle unabhängigen und fortschrittlichen Gewerkschaften in einer einheitlichen Organisation zu vereinigen, die den Namen Vereinigte Verbände der Textilarbeiter Amerikas (Federated Textile Unions of America) führen soll. Außer den Vereinigten amerikanischen Textilarbeitern (Amalgamated Textile Workers of America) und dem Nationalverband der Textilarbeiter (American Federation of Textile Operatives) haben acht andere Verbände diesem Plan bereits zugestimmt. Neun anderen Verbänden ist der Plan zur Abstimmung unterbreitet worden. Von diesen Verbänden gehört nach der letzten Jahresliste keiner dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund an.

Auf dem dritten Kongreß der Vereinigten Textilarbeiter, der am 15. Oktober in Newyork eröffnet wurde, wurden die Satzungen der geplanten Einheitsorganisation angenommen und den Lokalverbänden zur Annahme empfohlen. Die Delegierten gaben in einer Resolution ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Zusammenschluß mit den Vereinigten Bekleidungsarbeitern von Amerika (Amalgamated Clothing Workers of America) nicht erfolgt sei und sprachen die Hoffnung aus, daß es doch noch zu einem mächtigen Industrieverband der Textil- und Bekleidungsarbeiter kommen werde.

Der Kongreß sprach sich gegen Akkordarbeit und für eine Arbeitswoche von 44 Stunden aus.

Generalstreik im slowakischen Buchdruckgewerbe. In der Slowakei ist wegen Lohnforderungen der Generalstreik der Setzer und Drucker ausgebrochen. Alle Druckereibetriebe außer den staatlichen sind lahmgelegt.

Wasserstand

vom 5. Dezember 1921.

Ratibor	1,04	Breslau (Ober-Pegel)	4,10
Krappitz	0,79	(Unter-Pegel)	—2,36
Kosel	—	Treschen	0,62
Brieg (Mastenkran)	1,42	Ransern (Ober-Pegel)	3,04
Kottwitz	0,26	(Unter-Pegel)	1,64
Neissemündung (Ober-Pegel)	2,05	Treschen	0,02
Neissemündung (Unter-Pegel)	0,32	Dyhernfurth	+1,23

Wasserwärme: + 0°

Schicke Herrenkleidung nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider wenden und wenden lassen. Telefon 1557. 9561
Militär-Mäntel werden bei uns in tadelloser Ausführung zu billigen Spezialpreisen über Leisten angefertigt. Reichhaltiges Stofflager in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen. Enge Beziehungen kürzester Tage. Kostenlose Anfrage werden umgehend erledigt.
Jaschonek & Kleiner, Schneidermeisterhaus, Graubstraße 2.

Briefmarken-Spezialhaus mit Prüfungsstelle, Schuhbrücke 7
einziges Spezialgeschäft in Breslau kauft, verkauft, tauscht, vermittelt und übernimmt Abschätzungen
Briefmarkenfreunde erhalten bereitwilligst jede Auskunft. 7322

Feldgraue Hosen 9270
aus la schwerem Militärtuch, sowie Manchesterhosen und la Stoff-Anzüge, sehr modern, gibt noch billig ab
Nur an Händler und Wiederverkäufer
Igra, Breslau, Piastenstr. 8, pt.

„Der wahre Jakob" Heft 1 Mark.

Praktische Weihnachtsgeschenke.
Volkswäschehaus Paulstraße 16/18.
Selbstangefertigte Barchenthemden und Hosen für Frauen, Männer und Kinder in guten Qualitäten zu zeitgemäß billigen Preisen. Fabrikation von Stickerei-Wäsche zu konkurrenzlos billigen Preisen. Trikotwäsche und Strümpfe in großer Auswahl und preiswert. Handtücher, Tisch- und Bettwäsche in bekannter Güte. Anfertigung ohne Kundenwäsche. Günstiger Einkauf für Wiederverkäufer.
Bitte um Beachtung unserer Schaufenster.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 4 mal monatlich. — Den Lesern bei Einkäufen empfehlen.

Cosel
Lebrecht, Gust., Parfümerie
Vogel, Walter, Ring 34
Rechtsanwalt, Lechleiter
Stein, Adolf, Ring Nr. 3

Cosmalen
Gastwirtschaft
J. Siegel, Inh. T. Kutsche
Meyers Hotel Garten-Café

Dyhernfurt
Lebensmittel, Drog., Farben
Weinrich, Fritz, Telephon 23
Uhren, Goldwaren
Fröhlich, Oskar, Nr. 30
H. Hanz, Stahlstiche, Radierungen, Feldmeßinstrumente
Arbeiter-Bekleidung, Schuhwaren
Bramer, Breitestraße
Buchdruckerei
Friedrich, R., Breitestraße 13
Günther, Carl, Sattlerei, Ring
Lange, Lucie, Lampenstraße 23
Leder I. Hut, Ring Hutgeschäft
Eisen- und Stahlwaren
Kuch, Paul, Breitestraße 27
Fahrräder, Nähmaschinen, Instrumente
Hans Jendrich, Poststraße
Gastwirtschaften
Kowatsch, Otto, Deutsche Eiche
Lehnes Restaurant
Inhaber: J. H. Lemmer
Rittergutsgarten Inhaber Fritz Lehmann
Jeden Sonntag: Tanz
Bettfedernreinigung
Müller, E. A., Breitestraße

Kolonialwaren
Hoffmann, J., Breitestraße 29
Kramer, E., Breitestraße 37
Mitt, Carl, Kirchstraße 2
Uhren, Goldwaren
Gerstmann, R., Breitestraße 36
Otto Oszar, Breitestraße 3
Tuch-, Woll-, Kurz-, Spezialwaren
Willsch, R., Ring 2

Frankenstein i. Schl.
Haus- und Küchengeräte
Spar- Schlachtgeräte und Mehl
Schneider, Max Ring 22
Kolonialwaren, Weine, Liköre, Schlesische
L. Seibt, Inhaber H. Seibt
Buchdruckerei, Walter, Rudolf
H. Kästner, Ring
Schuhmacherei, Reparatur, Bürstenmacherei, Reparatur
Mier, Carl, Ring-Ecke
Schuhmacherei
Reichenberg, Salomon, Ring
Tapeten, Lack-, Wall-, Wachstuch, Gummi, Z., Inhaber A. Bunde
Uhren, Goldwaren, Optik, Reparatur
Mier, Carl, Ring-Ecke

Glatz
Photograph v. Ansichtspostkarten
Semmer, E., Wienerstraße 3
Herrengarderobe u. Tuch, Maßlager
Klein, Jul., Wilhelmstraße Nr. 2
Kaffeehaus
G. Gibrzisman
Lederwaren, Lederhandel, Reparatur
Gebrüder Philipp, Jakobstraße 8

Leder, Paul Inhaber Max Leder, Breite Straße 31
Lederwaren, Reparaturwerkstätte, Sattlerei, Reparaturen
Besuch, Th., Mühlstraße 6
Spezialgeschäft für Beleuchtungskörper und Installation
J. Feldmann jun., Ring
Buchhandlung, I. Buchdruckerei, Kunstgewerbliche Artikel, Bandagen
Musik-Instrumente, Saitenspiele
Spezialgeschäft für Herren-, Damen- und Kinderwäsche
Leidenfrost, J., Breitestraße Nr. 1
Uhren, Goldwaren, Reparatur
Rampel, Franz, Schmiedebrücke 8

Grottkau
Gastwirtschaft
Jungen, Emanuel, u. Fremdenzimmer

Herrnstadt
Bäckerei
Wagner, Julius, Amtsstraße
Kolonialwaren, Eisen, Farben, Schlosserei
Reik, Jul., Ringer Zeichner

Herrnprotsch
Fleischerei
Walter, Emil
Gastwirtschaften
Stadthalter, Inh. G. Fenzik
Gastwirtschaft und Fleischerei
Gerl, Magdl.
Gastwirtschaften
Mentzer, Hermann

Hum-Jakobsdorf
Bäckerei u. Konditorei
Vogt, Julius, Breitestraße 17
Fleischerei u. Wurstfabrik
Fudlick, Alois, Nr. 3
Gastwirtschaften
Reinsch, E., Trebnitzer Str. 21
Gastwirtschaften
Stopka's Mr., Oder Str. 4
Kolonialwaren
Preisch, Fritz, Garten
Hertel, Jul., Hauptstraße 8. Gemischtwaren
Gastwirtschaften
Hauptkirch, Inh. G. Mengel, Dr. Sonnt. Tanz
Kaffeehaus Garten Garten-Café, Inh. P. Schulz
Wasser's Festsäle Jeden Sonntag Tanzkränzchen

Kobersdorf
Bäckereien
Langer, Siegfr.
Bäckerei, Kolonialwaren
Weigel, G., Hauptstraße bei Kobersdorf
Gastwirtschaften
Steinberg, Wilhelm

Lindenfelz-Kreisau
Bäckerei
Zitzrich, Gust.

Pitschen
Bäckereien
Grunder, Robert

Kolonialwaren, Eisenwaren
Klodex, Fritz
Lederwaren, Pelz- und Schuhwaren
Neumann, D., Kaufhaus

Margareth
Gastwirtschaften
„Jägerheim", R. Hoffmann
Gastw. Zum Pfarr, Inh. Max Hoffmann
Maria-Marchau
Gastwirtschaften
Müller's Gasthaus Jeden Sonntag: Tanz
Gemischtwaren
Tilge, Luise

Kl.-Mochbern
Gastwirtschaften
Ullrich's Gasthaus Jeden Sonntag: Tanz

Neumarkt
Fahrradhandlung, Schlosserei
Reinwald, Gustav
Fahrräder u. Nähmaschinen
Langner, Julius, Breitestraße 6
Leder- und Kunstwaren
Herr, Max, Breitestraße 38, Telephon 188
Schuhwaren, Schuhwaren
Lehmann, Walter, Ring 46

Neukirch
Fleischereien
Geisler, R.
Gastwirtschaften
Gastwirtsch. „Zur Eisenbahn"
„Weißes Roß"
„Deutsches Haus"
Gemischtwaren
Zeisch, Max
Schneider, Reinhold
Kolonialwaren
Tischler Hans, Inhaber: Br. Gutsche.

Obernigk
Gastwirtschaften
„Harmonie", Villenstraße 34

Oppeln
Eisenwaren, Werkzeuge
L. J. Herzog, m. Reparaturwerkst. Inhaber Ia
Spezialhaus für Kinderwagen und Kinderwagen
Göhreier, Anton Carlstraße Nr. 6
Polizei-Gasthaus
Lebens-, Wall-, Wollwaren, Kunstschaft
Klinkert, Heinrich, Gnadenfrei
Uhren, Goldwaren, Optik
Hentze, Julius, Gnadenfrei
Rathaus b. Stadt.-Liegn.
Bäckerei
Klingle, Paul, Nr. 22

Gastwirtschaften
J. Waldesgrund, Inh. Richter
Reichenbach
Klempnerei, Installation
Krause, Adolf, Trenkstr. 6
Mode-Bazar
Danziger, Ludw., Ring, Tel. 323
Modewaren, Damenkonfektion, Pelzwaren, Wäsche
Rothsürben
Bäckerei
Igel, Reinhold
Gemischtwaren
Eisner, Paul, Nr. 58
Saal- u. Garten-Betrieb
Deutsches Haus, Gasthof
Schmolz
Bäckerei- und Gemischtwaren
Alder, Paul
Gastwirtschaft
Rabig, Otto
Kolonialwaren- u. Schlachtereibedarf
Ritter, Paul
Steine
Bäckerei
Scholzer, Alfred
Gemischtwaren
Bernagert, Max
Zimmermann, Richard
Gastwirtschaft
Paul Grocholl
Steinau a. d. Oder
Bäckerei
Thomy, Richard
Sprechapparate
Korenz, Curt
Gastwirtschaft, Tanzsaal
Kaisergarten, Inh. Schippke

Trachenberg
Destillat. Likörstube, Kolonialwaren
Rohdeutscher, R. Telephon 56
Eisenhandlung, Baumaterialien, Haus- und Küchengeräte
Berger, Ernst Ring 18
Groß-Destillation
Rißmann, Erich
Kolonialwaren, Zigarren
Tittler, Max, Langestr. 38
Modewarenhaus
Jung, H. Nachflg. Inh. L. Reichel
Modewaren u. Konfektion
Müller, H.
Schuhwaren
Schegulla, Max

Trebnitz
Groß-Destillation
Hiller, W., Langestraße 45
Gastwirtschaften
Konzerthaus, Inh. Kaus
Streng solides Familienetablissement
Jeden Sonntag: Glitz-Ball
Modewaren, Konfektion
Bergel, R., Langestr. 38
Karbe, E., Inh.: Reippert

Wohlau
Musikinstrumente aller Art
Zobel-Stelle, Reparaturwerkstätte
Hirsig, Bernh., Gingestr. 30
Zubehör, Garten, Sportbedarf
Gastwirtschaften
Oberlich, Paul, Gasthof
Kolonialwaren, Delikatessen, Drogen
Jaeckel, R. E.

Montag, den 5. Dezember 1921 — Einzelnummer 40 Pf. — 32. Jahrgang — Nr. 284

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 Mk., auswärts 1.50 Mk. Anzeigen unter Text 3.50 Mk., auswärts 4.— Mk. Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.80 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5854.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 19.50 Mk. (einschließlich Zustellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 19.80 Mk.

Zwischen Hoffen und Bangen.

Sechs kritische Wochen.

In Berlin ist am 3. Dezember eine Kreditkommission bei der Reichsregierung gebildet worden, die unter der Leitung des Reichskanzlers ihre Geschäfte führen wird. An der Spitze dieser Kommission steht der Reichsbankpräsident Havenstein. Es folgen Vertreter der größten deutschen Banken: Mendelsohn, Warburg, Diskonto-Gesellschaft und Deutsche Bank, ein Vertreter der Treuhand-Verwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen (durch das die Zahlung der ersten Reparationsmilliarde nach dem Finanzdiktat ermöglicht wurde, und 3 Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Herren Hugenberg, Kraemer und Bücher. Von diesen dreien ist nur einer ein Vertreter jener äußerst rechtsradikalen Richtung im Reichsverbande, die jeder Erfüllungspolitik widerstrebt, und die darum auch das sogenannte Kreditangebot der Industrie an unmögliche Bedingungen geknüpft hat. Dieser eine ist Herr Hugenberg. Von den anderen acht Mitgliedern der Kommission ist ohne weiteres anzunehmen, daß sie ihr Werk mit bestem Willen fördern werden.

Der Umstand, daß an der Spitze der Kreditkommission der Reichsbankpräsident Havenstein steht, läßt den Schluß zu, daß als Träger des Kredites, der gesucht wird, und über den Rathenau (nicht Stinnes) in London unterhandelt hat, die Reichsbank in Betracht kommt. Wäre dies der Fall, so könnte man annehmen, daß auf der anderen Seite ein großes Bankinstitut, das zum englischen Staat in einem ähnlichen Verhältnis steht, wie die Reichsbank zum deutschen, das wäre also die Bank von England, als Kreditgeber auftreten würde. Das heißt natürlich, wenn das Geschäft zustande kommt, und sein Zustandekommen ist durchaus noch nicht sicher.

Der Plan ist bekanntlich, die Januar- und Februarraten durch eine Anleihe zu decken und dann ein Moratorium von einigen Jahren, wenigstens zwei, eintreten zu lassen. Gelingt dieser Plan, so sind die schlimmsten Gefahren für Deutschland überwunden. Wir bekommen dann eine Atempause, in der wir unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Innern ordnen können, und in der man auf beiden Seiten in aller Ruhe überlegen kann, in welcher Weise die Verpflichtungen Deutschlands an die Entente am vernünftigsten und zweckmäßigsten geregelt werden können. Neue Verhandlungen würden in einer vollständig geänderten Atmosphäre stattfinden können, denn niemand kann verkennen, daß der Haß gegen Deutschland überall in raschem Abnehmen ist, und daß sich die nationalistischen Leidenschaften, soweit sie noch vorhanden sind, anderen Zielen zuwenden. In Frankreich hat die, im Jahre 1919 gewählte Kammer, des nationalen Blocks nicht mehr ganz 2 Jahre zu leben, und wenn man auch nicht darauf rechnen kann, daß sich das französische Rentnervolk so leicht als ein großzügiger Gläubiger erweisen könnte, so ist doch auch in Frankreich eine Entwicklung zur wirtschaftlichen Vernunft ein Abebben der militärisch-chauvinistischen Welle, zu erkennen. Man kann also in diesem Fall wirklich sagen: Zeit gewonnen, alles gewonnen, oder wenigstens unendlich viel gewonnen. Kommen wir über den Berg der Reparationsraten von Januar und Februar hinüber, dann hat die so viel umkämpfte „Erfüllungspolitik" alles erreicht, was man durch sie zu erreichen beabsichtigte.

Die Frage ist nur: Kommen wir wirklich über diesen Berg? Und hier ist die Situation wahrlich absonderlich genug. Die Reparationskommission fordert uns in strengem Tone auf, „bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten". Aber ob wir mit unseren Anstrengungen Erfolg haben, das hängt viel weniger als von uns selber, von der Reparationskommission ab und den Mächten, die hinter ihr stehen. Wenn uns zum Beispiel die Bank von England vielleicht mit Unterstützung amerikanischer Geldgeber 600 Millionen Goldmark bewilligt, dann ist die Sache auf dem besten Wege. Wenn sie das aber nicht tut, dann muß die Reparationskommission den Mächten anzeigen, daß wir mit unseren Verpflichtungen im Rückstand geblieben sind. Sie muß ihr Urteil darüber abgeben, ob die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands von Deutschland selbst verschuldet ist oder nicht, und sie muß den Mächten Vorschläge über zu ergreifende Maßnahmen machen. Vernünftigerweise müßte man nun sagen: Da es nicht vom guten Willen Deutschlands, sondern vom guten Willen englischer und amerikanischer Kapitalisten abhängt, ob Deutschland zahlen wird oder nicht, kann im Falle einer Nichtzahlung auch nicht von einem deutschen Verschulden gesprochen werden. So einfach liegen aber in der Wirklichkeit die Dinge nicht, weil in ihr nicht die Logik entscheidet, sondern vielmehr etwas, was nur zu oft ihr gerades Gegenteil ist, nämlich die Politik. Die Frage, ob Deutschland die Anleihe erhält, oder ob es sie nicht erhält, und was geschieht, wenn Deutschland kein Geld erhält und infolgedessen auch nicht bezahlen kann, ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage. Die Gegensätze zwischen Frankreich und England und die, auf neue Besetzungen und Zertrümmerung der deutschen Einheit gerichtete Politik des nationalen Blocks werden dabei ihre Rolle spielen. Was sich in den nächsten 6 Wochen entwickeln wird, das ist nicht nur eine wirtschaftliche Transaktion größten Stils, sondern es ist auch eine diplomatische Angelegenheit von allergrößter Bedeutung.

Innerpolitisch bedeutet es eine Entspannung, daß nun offenbar nicht mehr der Reichsverband der deutschen Industrie als Kreditträger in Betracht kommt. Dieser Umstand wird hoffentlich auch die Erledigung der Steuerarbeit im Reichstag leichter gestalten, die unter den gegebenen Umständen für die auswärtige Politik von äußerster Wichtigkeit ist. Die Reparationskommission wirft der deutschen Regierung vor, daß sie „es versäumt hat, beizeiten die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufes, die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden. Daß in diesem Vorwurf ein Stück Berechtigung liegt, läßt sich nicht bestreiten, und darum läge auch eine Gefahr darin, wenn er am 15. Januar noch mit Recht erhoben werden könnte. Was notwendig ist, um ihn zu entkräften, muß also ungesäumt getan werden.

Der Stand der Kreditverhandlungen.

Der „Soz. Parlamentsdienst" schreibt:

Die Kreditverhandlungen in London sind noch in der Schwebe, ohne daß die deutsche, wie die ausländische Oeffentlichkeit weiß, was eigentlich bisher erreicht ist oder nicht erreicht werden konnte. Dieser Zustand der Ungewißheit beunruhigt die rechtsgerichtete Presse sehr; denn man kann den Zeitpunkt nicht erwarten, wo die Regierung Wirth einen Mißerfolg erlebt und unternimmt inzwischen alles, um diesen Mißerfolg zu sichern. Schon mehrere Tage interessiert sich die Rechtspresse — ohne sich bewußt zu sein, was dieser sonderbare Eifer dem deutschen Volke kostet — dafür, was Deutschland eigentlich am 1. Dezember zu zahlen hat und bereits an die Ententemächte abführte. Einmal sind die 91 Millionen Goldmark, von denen soviel geschrieben wird, bezahlt, das andere Mal wird diese Summe mit dem Clearingverfahren in Verbindung gebracht, und als nicht bezahlt bezeichnet. Man sollte endlich mit diesem Rätselraten Schluß machen und sich der Folgen klar sein, die damit heraufbeschworen werden. Wir haben aus erklärlichen Gründen keinen Anlaß, uns weder mit Rätselraten noch mit den in dieser Beziehung herausgegebenen amtlichen Notizen zu befassen, sondern warten den Zeitpunkt ab, der geboten erscheint, Aufklärung über die umstrittenen Dinge zu geben bezw. zu verlangen.

Inzwischen ist eine angebliche Note der Reparationskommission vom 2. Dezember veröffentlicht worden, die von Deutschland Aufschluß über die Zahlungsmöglichkeiten und über die unternommenen Maßnahmen zur Kreditbeschaffung verlangt. Bisher ist diese Note noch nicht in den Besitz der Reichsregierung gelangt, sodaß die Regierung keine Kenntnis von dem Inhalt haben kann, was die Reparationskommission verlangt und infolgedessen natürlich außerstande ist, Stellung zu nehmen. Die veröffentlichte Note ist nicht das jüngste Schreiben, das von der Reparationskommission an die deutsche Regierung gerichtet wurde. Man muß vorläufig also abwarten, welcher Art die Wünsche der Reparationskommission sind, um die Situation klar überblicken zu können.

Trotz alledem ist es aber Pflicht der Regierung, dem Zwang der Verhältnisse bald zu entsprechen und sich nicht zu sehr auf Mutmaßungen zu verlassen. Es ist höchste Zeit, zu handeln, und das Kabinett darf letzten Endes nicht vor Maßnahmen zurückschrecken, die schließlich die Industrie zur Hergabe von Devisen veranlassen, noch zögern, Wege zu beschreiten, um die Sachwerte zur Deckung evtl. Kredite in Anspruch zu nehmen.

Stresemann.

Herr Stresemann hat seinem nachdenklichen Artikel, den er der neuen volksparteilichen „Zeit" widmete, eine ebenso nachdenkliche Rede auf dem volksparteilichen Parteitag in Stuttgart folgen lassen. Herr Stresemann ist ein sehr geschickter Redner, er spricht besser als er schreibt, und so fiel es ihm nicht schwer, zum Schluß durch ein nationales Bekenntnis im üblichen Stil seine Zuhörer zu gewaltigem Beifall hinzureißen, obwohl sie zuvor vielleicht an manchen Stellen bedenklich mit dem Kopf geschüttelt hatten.

Der Führer der Deutschen Volkspartei hat den Empfindungen seiner Hörer Rechnung getragen, indem er die politisierenden Heerführer gegen die Angriffe der Linken verteidigte, aber er hat das in der klugen Form getan, zu sagen: Der Feldherr führe eben nur dann das Wort im staatsmännischen Kolleg, wenn auf der anderen Seite keine Staatsmänner sitzen. Das war eine äußerst treffende Bemerkung. Sie trifft sogar noch viel weiter, als der Redner es selbst gemerkt hat. Daß Deutschland keine Staatsmänner besaß, war in der Tat der tiefste Grund seiner Tragödie. Aber die Wahrheit gebietet auszusprechen, daß diese Staatsmänner im Parlament ebenso wenig zu finden waren, wie unter den Erkorenen Wilhelms II. Die Sozialdemokraten konnten in ihrer undurchbrechlichen Oppositionsstellung eben nichts anderes als Warner sein. August Bebel, der den Weltkrieg nicht mehr erlebte, war der größte Warner des deutschen Volkes und darum auch sein bester Freund. Seine und der späteren Warnungen wurden von den bürgerlichen Parteien nicht verstanden. Sie sahen wohl das Uebel, aber es fehlte ihnen die Kraft, an seine Heilung heranzugehen. An den Schreiber dieser Zeilen trat einst Bebel ganz aufgeregt heran und sagte ihm, — es war zur Zeit der Marokkokrise — Bassermann, der nationalliberale Führer habe ihm eben erzählt, es sei entsetzlich, bei Hofe gehe wieder einmal alles drüber und drunter und „Er" sei vollkommen kopflos. Sprach aber ein Sozialdemokrat solche Dinge auf der Reichstagstribüne offen aus, dann bebte alles, ganz besonders die Nationalliberalen, vor sittlicher Entrüstung und in einer Kundgebung, in der man sich ersterbend an den Stufen des Thrones niederlegte, besiegte man glänzend „den inneren Feind".

Nachfolger dieses Herrn Bassermann als Führer der Nationalliberalen, später der Deutschen Volkspartei, wurde der kluge, viel unterrichtete und gewandte Herr Stresemann. Er hätte vielleicht Deutschland [illegible] können, wenn er die Kraft besessen hätte, in [illegible] rechtzeitig noch moderne Verfassungsformen durchzusetzen. Diese Kraft hat er aber nicht gehabt. Wie so oft klaffte auch hier ein schmerzlicher Gegensatz zwischen dem Amt und der Meinung. Hätte Herr Stresemann für neuzeitliche Zustände in Deutschland gekämpft, so hätte er vielleich gesiegt, wahrscheinlich wäre er unterlegen, aber bestimmt wäre er dann nicht Führer der Nationalliberalen Partei geworden. Hätte er als solcher den Kampf unternommen, so wäre er es nicht lange geblieben. Herr Stresemann, dem gewiß in vielen Dingen die bessere Einsicht nicht fehlte, zog die Vorsicht als der Tapferkeit besseren Teil vor.

Der Krieg fand ihn dann ganz im Lager der Sieg-Friedensschreier und der Annexionisten. Seine Partei wurde von ihrer Ueberlieferung aus den Jahren 1870/71 unwiderstehlich fortgerissen und ihr Führer machte diesen Kurs, soweit man sehen kann, sogar auch ohne alle inneren Bedenken, mit. Herr Stresemann war so ludendorffisch, wie Ludendorff und so tirpitzisch, wie Tirpitz. Sein Eintreten für den U-Bootkrieg, seine Stellungnahme für die Oberste Heeresleitung gegen Bethmann-Hollweg sind bekannt. Von einer Besinnung darauf, daß der Krieg angesichts der Uebermacht der Gegner nur als Erhaltungskrieg geführt werden konnte, und daß zu seiner erfolgreichen Durchführung die Preisgabe aller politischen Privilegien der herrschenden Klassen notwendig wär, davon war keine Spur zu bemerken. Herr Stresemann, der schon damals ein Staatsmann hätte sein müssen, wenn er jetzt den Anspruch darauf erhebt, einer zu sein, war ein gläubiger Nachbeter aller Weisheiten, die aus dem Kriegspressequartier stammten. Und darum klingt die Bemerkung, der Feldherr führe nur dann das Wort im staatsmännischen Kolleg, wenn auf der anderen Seite keine Staatsmänner säßen, aus seinem Munde so seltsam.

War sich Herr Stresemann, als er es sprach, nicht dessen bewußt, daß das die allerschwerste Selbstkritik war?

Nach dem Zusammenbruch Ludendorffs, nach der Flucht um den Waffenstillstand, die den lauten Siegverheißungen unmittelbar folgte, wandte sich auch Stresemann von den Heerführern ab und beklagte sich über sie mit bitteren Worten. Sie auf dem Stuttgarter Parteitag zu wiederholen und damit der Wahrheit die Ehre zu geben, hat er aber wiederum nicht den Mut gefunden. Er verteidigte diese Heerführer genau so, wie einst Bassermann Wilhelm II. öffentlich verteidigt hatte, aus taktischen Gründen.

Man kann darum eben erst recht die Stuttgarter Rede Stresemanns als das Maximum dessen bewerten, was der Deutschen Volkspartei unter den gegenwärtigen Umständen an Linksgesinnung geboten werden kann. Man darf auf einem volksparteilichen Parteitag gegen die deutschnationale Torheit protestieren, die so tut, als brauchte Deutschland keinen Pfennig zu bezahlen. Man darf sagen, daß wir bis an die Grenze unserer Kraft geben müssen, was wir können. Man darf vor monarchistischen Experimenten warnen, die an die Einheit des Deutschen Reiches die Axt legen würden. Man darf sagen, daß die Arbeiter, die vaterlandslosen Gesellen von einst, für das Land ihre volle Pflicht getan haben.

Stresemanns Rede zeigt das Bestreben, gegen den Hohenzollernnationalismus, den Putschmonarchismus, die kompromißlose Opposition von ganz rechts einen deutlich sichtbaren Trennungsstrich zu ziehen. Aber was man an ihr beim besten Willen nicht finden kann, das ist irgend eine Art von positivem Programm. Herr Stresemann lehrt die Seinen, sich in dieser schlechten Welt zurechtzufinden, aber er weist keinen Weg in eine bessere Zukunft. Aehnlich wie er, hätte übrigens ein Zentrumsmann oder ein bürgerlicher Demokrat auch reden können. Die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien verwischen sich mehr und mehr.

Die bürgerlichen Parteien scheinen dazu bestimmt, im Laufe ihrer weiteren Entwicklung die Konservativen der Republik zu werden, die zwar nicht mehr zurück aber auch nicht vorwärts wollen. Und für einen solchen Block konservativen Republikanertums ist Herr Stresemann vielleicht der berufene Führer. —r.

Der Parteiausschuß einberufen.

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuß für den 19. Dezember nach Berlin berufen. Für die Tagung des Parteiausschusses sind 2 Tage vorgesehen.

Die Reichstagsfraktion einberufen.

Berlin, 8. Dezember. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist für Mittwoch zu einer Sitzung nach Berlin berufen worden. Zweck der Sitzung ist eine Aussprache über die politische Lage und die künftige Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Steuerfragen.

Dr. Wirth vor der Berliner Presse.

Der gestrige Empfang des Vereins Berliner Presse im Reichstag nahm den besten Verlauf. An der Spitze der amtlichen Welt waren Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Reichsverkehrsminister Groener, der preußische Ministerpräsident Braun und die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, Dr. Hieber und Dr. Hommel erschienen. Um 5 Uhr versammelten sich die Mitglieder im großen Sitzungssaal des Reichstages, wo der Vorsitzende Georg Bernhard die Versammlung begrüßte. Hierauf hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er zunächst auf die Bedeutung der Presse für das politische und kulturelle Leben des Landes zu sprechen kam. Der zunehmenden Verschlechterung und Nervenzerrüttung des politischen Lebens in Deutschland müsse der Presse entgegenwirken. Das Reich bedürfe wie seiner wirtschaftlichen Kräfte ebenso seiner geistigen Kräfte. Politisch heute die Frage: „Wie kommen wir über den Winter hinweg?“ Dazu sei die zusammenfassende Mitarbeit aller Volksschichten notwendig. Soll erspriießliche Arbeit gemacht, insbesondere die Lösung aller Probleme, das Reparationsproblem zunächst, näher gekommen und verfolgen auf allen Gebieten vorgegangen werden, so müsse in Deutschland jeder politische Wirrwarr unmöglich gemacht werden. Die Regierung will auch heute noch die übernommenen schweren Verpflichtungen erfüllen. Sie habe bei Annahme des Ultimatums die unabsehbaren Folgerungen daraus gezogen, die Deutschland dazu zwingen. Hat jemand in der Welt geglaubt, daß man ein Volk, wie das deutsche, isoliert herausheben könnte aus den vor dem Weltkriege so tief wirtschaftlich und finanziell verschuldeten Nationen, und daß man dieses isolierte Volk auspressen könne wie eine Zitrone? Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, befolgen. Darüber, ob es Geldgeber gibt, die ihr Geld in den bodenlosen Topf der Reparation hineinstecken, entscheidet nicht die deutsche Regierung, auch nicht allein die deutsche Industrie und Bankwelt, sondern die Geldgeber, die nicht in Deutschland wohnen. Ob der Erfolg, ob die Möglichkeit für uns gegeben ist, über den Januar und Februar hinwegzukommen, das ist noch nicht die einzige Entscheidung, sondern daß überall der wirtschaftliche Niedergang des Ostens und Südostens, namentlich aber Deutschlands, als eine Weltgefahr erkannt wird. Diese Erkenntnis und die Notwendigkeit, daraus politische Folgerungen zu ziehen, auch wenn sie mit den harten Buchstaben des Versailler Friedensvertrages nicht übereinstimmen die Notwendigkeit, die Völker einander zu nähern, ist im Sommer und gerade jetzt gewachsen. Unsere Aufgabe ist es, die wirtschaftlichen Probleme fern von jeder Polemik der leitenden Staatsmänner in ihrer wirklich großen Tragweite endlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Der Reichskanzler richtete an die Presse die Aufforderung, bei der Lösung der großen auswärtigen und inneren Probleme mitzuwirken. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Albert Thomas in Berlin.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, weilt zurzeit in Berlin, um bei der Regierung wegen der Durchführung des Washingtoner Abkommens vorzusprechen. Thomas ist der Auffassung, daß die deutsche Regierung weit eher in der Lage ist, wenigstens einen großen Teil der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz durchzuführen, als das in gewissen anderen Ländern der Fall ist. Gelegentlich seines Besuches in Berlin verhandelte Thomas auch mit dem Vorsitzenden des ADGB., dem Genossen Leipart. Insbesondere lenkte der Leiter des internationalen Arbeitsamtes die Aufmerksamkeit Leiparts auf die Bedrohung des Achtstundentages nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Von den Industriellen der verschiedensten Länder werden im Augenblick Angriffe gegen den Achtstundentag unternommen, sodaß Gegenaktionen der Gewerkschaften notwendig erscheinen. Es wäre angebracht, wenn auch der ADGB. bald zu den Angriffen des Kapitals Stellung nehmen würde, um gegen eventuelle Pläne der Industriellen gewappnet zu sein.

Die Ueberschichtenfrage im Ruhrbergbau.

Am heutigen Montag beginnen in Dortmund neue Verhandlungen über ein Ueberschichten-Abkommen im Ruhrbergbau. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Abkommen bald zustande kommt. Jedenfalls besteht auf beiden Seiten die Erkenntnis, daß ein Ueberschichten-Abkommen nur im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt. Es wird von den Unternehmern abhängen, ob das Abkommen zustande kommt.

Oppau wieder in Betrieb.

Wie die „P. P. K.“ von unterrichteter Seite hören, wird das im September durch die schwere Explosionskatastrophe heimgesuchte Stickstoffwerk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik in diesen Tagen wieder seinen Betrieb aufnehmen und Anfang Januar bereits wieder voll im Betriebe sein.

Gewerkschaften und Beamtengehälter.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit Ausnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich) haben am Sonnabend ihre Beratungen über Erhöhung der Beamtengehälter abgeschlossen und der Regierung eine Eingabe überreicht, die auf folgende Punkte aufgebaut ist:

1. Aenderung der Grundgehälter im Sinne einer Verringerung der Abstände insgesamt, sowie zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen.
2. Aenderung der Höhe des Teuerungszuschlages, stärkere Anpassung des Einkommens an die Teuerung, um damit der Notlage der unteren und mittleren Einkommensgruppen gerecht zu werden.

Entsprechende Forderungen sind für die Angestellten und Arbeiter im Staats- bezw. Gemeindedienst aufgestellt worden. Die Gewerkschaftsorganisationen verlangen die Neuregelung mit Wirkung ab 1. Oktober. Die Höhe der durch die Forderungen entstehenden Neuausgaben wird vorsichtig auf 7—10 Milliarden Mark geschätzt.

Das Beamtenrätegesetz im Reichstags-Ausschuß.

Der Beamtenausschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die Beratung des Beamtenrätegesetzes fort. Der Zentrumsabgeordnete Allekotte erklärte gelegentlich einer Petition, daß den Beamten nur die Vereinigungsfreiheit zustehe, sie aber nicht das Koalitionsrecht hätten. Das Wort Koalitionsrecht sei für sie ausdrücklich in der Verfassung umgestaltet worden, die Verfassung bringe den Beamten nichts neues. Der Abg. Steinkopf (Soz.) tritt dieser Auffassung unter Zustimmung der Vertreter des Reichsministeriums des Inneren entgegen. Bei der dann einsetzenden Aussprache über das Beamtenrätegesetz erklärt Abg. Steinkopf (Soz.), daß er mit Rücksicht auf die Erklärung der sächsischen Regierung, daß sie einen Schlichtungsausschuß mit bindender Entscheidungsbefugnis nicht anerkennen könne, noch einmal auf diese Frage zurückkommen müsse. Nach seiner Ansicht gehe der ganze Entwurf von dem Willen aus, an die Stelle des absoluten Autoritätsgedankens das Recht der Mitwirkung der Beamten zu setzen. Er gebe zu, daß das freie Ermessen des Ministers eingeschränkt werde, jedoch komme dies auch schon in anderen Fällen vor, z. B. in Fällen des förmlichen Disziplinarverfahrens und bei gerichtlichen Entscheidungen, und schließlich auch bei Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse der Staatsangestellten und Arbeiter. Wenn er auch die Fälle des Disziplinarverfahrens und der gerichtlichen Entscheidung den Schiedssprüchen des Schlichtungsausschusses nicht gleich stellen wolle, bleibe doch die Tatsache der Einschränkung der Beschlußfreiheit der Minister bestehen. Er sei persönlich der Ansicht, daß man ebenso wie im Betriebsrätegesetz vorgehen könne und den Schlichtungsausschüssen der Beamten wie in dem Betriebsrätegesetz in den in Frage kommenden 4 Fällen, bindende Kraft geben könne. Im übrigen wäre der Reichskanzler diejenige Stelle, die den Sprüchen der Schlichtungsausschüsse der Beamten bindende Kraft geben könne. Oberregierungsrat Dr. Gaertner erklärt namens der sächsischen Regierung, daß die Beamten und Arbeiter nicht vergleichbar seien, daher auch nicht gleiche Rechte haben könnten. Er will das freie Ermessen des Ministers unbeschränkt gewahrt wissen. Er habe den Auftrag, zu bitten, von den Schlichtungsausschüssen abzusehen, da die sächsische Regierung aus der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse Konflikte befürchte. Ministerialrat Dr. Roser vom Verkehrsministerium wendet sich gegen den Abg. Steinkopf und erklärt, daß die 4 Fälle des Betriebsrätegesetzes, in denen die Schlichtungsausschüsse bindende Urteile fällen könnten, auf die Beamten nicht anzuwenden seien. Die persönliche Erklärung des Ministerialrates Daniels vom Reichsministerium des Inneren über die Möglichkeit der Einrichtung von Schlichtungsstellen, habe im Reichsverkehrsministerium schwere Bedenken ausgelöst; selbst wenn sie nur Sprüche ohne bindende Entscheidung fällen könnten. Dr. Triloff vom Reichspostministerium betont, daß es durchaus nicht gesagt sei, daß die letzte Entscheidung des Ministers vom Spruche des Schlichtungsausschusses abweiche und der Minister gegen die Interessen der Beamten einschreiten würde. Man müßte in den letzten Instanzen politisch freie Entscheidung haben. Der Sozialdemokrat Binder erklärt, daß er die Rede der Regierungsvertreter schon als Erklärung der Generaldirektoren gegenüber den Arbeitern bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes gehört habe. Er sei nicht in der Lage, die Beamten schlechter zu stellen, als die Arbeiter und Angestellten des Reiches. Von einer automatischen Uebertragung des Betriebsrätegesetzes auf die Beamten könne keine Rede sein. Abg. Schuldt (Dem.) bedauert, daß nicht alle Ressortvertreter eine gleiche Erklärung abgegeben haben, wie Ministerialrat Daniels vom Reichsministerium des Inneren und betont nochmals, daß die Demokratische Partei von dem Gedanken der Schlichtungsstellen nicht abgehen könne. Eine Bindung darf aber der Spruch des Schlichtungsausschusses nach keiner Seite hin haben. Die letzte Entscheidung über Streitfragen zwischen Beamten und Ministern liegt schließlich im Parlament. Abg. Ziez (USPD.) betont, daß die Frage der Schlichtungsausschüsse für sie eine Kernfrage sei. Die Regierungsvertreter haben sich in Gedanken einen Popanz zurechtgemacht, um den sie jetzt kämpfen. In politischen Fragen will niemand die Verantwortung des Ministers einschränken. Sie verlangt, daß die Sprüche der Schlichtungsausschüsse der Beamten in bestimmten Fällen bedingt seien. Ministerialrat Dr. Roser erklärt, daß er bisher immer nur verstanden habe, daß die Beamten bisher keine bindenden Befugnisse und dergleichen verlangten, er sei überrascht, das Gegenteil zu hören. Eine Ablehnung der Schlichtungsstellen durch den Reichsverkehrsminister sei nicht erfolgt. Er habe nur auf die Bedenken aufmerksam gemacht, die im Reichsverkehrsministerium erhoben worden sind. Die Entscheidung der Regierung über die Schlichtungsstellen hänge davon ab, wie diese Stellen aussehen sollen. Abg. Vogel (deutschnational) erklärt, daß er zu der Ablehnung der Mitbestimmung deshalb gekommen sei, weil er das Vorgesetztenverhältnis nicht antasten wolle. Er glaube nicht, daß es möglich sei, die Fälle zu begrenzen, in denen der Beamtenrat des Schlichtungsausschusses ein Mitwirkungsrecht habe. Bloße passive Mitwirkung sei seiner Ansicht nach keine Mitbestimmung. Ministerialrat Daniels sucht den Begriff Mitbestimmungsrecht dahin zu definieren, daß dann eine Mitbestimmung vorliegt, wenn der Dienstvorgesetzte behindert wird, allein eine Entscheidung zu treffen. Abg. Morath (Dt. Vpt.) fragt die Regierung, ob die Mitbestimmung im Ortsbeamtenrat etwa so gedacht sei, daß der Ortsbeamtenausschuß über die Entscheidung des Vorgesetzten durch einen Mehrheitsbeschluß bestimme. Er könne sich denken, daß ein Mitbestimmungsrecht den Hauptbeamtenrat z. B. in Uniformfragen und bei der Neueinstellung von Beamtenanwärtern, die nicht den Vorbedingungen entsprechen, gegeben sei. Diese Anfrage des Abg. Morath beantwortet Ministerialrat Daniels dahin, daß diese Definition, ein Mit-

---

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Autorisiertes Sonderrecht für Willi Münzenberg, Berlin-Halensee.

56. (Nachdruck verboten.)

Im ganzen wurden vier Frauen verhaftet, und da am folgenden Morgen ersichtlich wurde, welche Begeisterung dieser Vorgang bei den Zeitungen hervorgerufen hatte, beschloß man, noch weiter zu gehen. Ein Dutzend von Gussens Leuten überfielen zusammen mit einem Dutzend Leuten des Staatsanwaltes die Redaktion der „Trompete“, nahmen das Redaktionspersonal, die Setzer, Drucker oder was dem Fenster, verhafteten die Maschinen, führten die Manuskripte und eine Anzahl Schriften in den Hof, um sie dort zu verbrennen. Auch das Hauptquartier der sozialistischen Bundesgruppe wurde überfallen, sieben Mitglieder des Exekutivkomitees verhaftet, die Kaution für jedes auf fünfundzwanzigtausend Dollars festgesetzt. Zum ersten Mal in der Tat brachte die „Times“ einen Artikel über Gussens Agenten, und Hearst widmete ihm einen Haufen von Material, das Peter aufmerksam las und das klar und deutlich bewies, daß Gussens Sekretär sei gleichbedeutend mit Terrorismus und Mord.

Jeden zugänglichen Beweis Peter seinem Vorarbeiter einen bezeichnenden Streich. Er erhielt die geheime Druckerei der I. W. W.; der Ort wurde gefunden, die Druckmaschine beschlagnahmt, ein halbes Dutzend Setzerinnen ins Gefängnis gesteckt. Diese Mädchen erklärten einen Hungerstreik, weigerten sich als Protest gegen die entsetzlichen Gefängnisbedingungen verhungern zu lassen. Es sind hysterische Weiber, verkündeten sich bei der Nacht, faselten von Tyrannei, Mord, Peter erfuhr, wann die Zeitungen zur Tür gehen würden, die Zeitungen wurden auf dem Postamt beschlagnahmt; dennoch war abermals eine Verschwörung vereitelt. Die Verschwörer beschlossen nun, irgendwo einfach Leute auf dem Postamt, sich die Post der Agitatoren übermachen. Wiederum meldete der Verrat erfolgen, einige verdächtigen Personen über Post nicht zurückkommen zu lassen.

Und die „Trompete“ wurde auf der Post nicht ausgeliefert. Einige Genossen überzeugten es, die Zeitungen in Automobilen in die Redaktionsräume zu befördern. Peter wurde benachrichtigt, die Verdächtigen Genossen kommen zu lassen; einer Nacht kamen Gussens Leute die Garage, zerstörten die Gummibereifung des einen Automobils, sodaß sich der Fahrer am folgenden Tag fast das Genick brach. Derart ward abermals eine Verschwörung vereitelt.

LXIX.

Peter fühlte sich glücklich; nun endlich sind die Autoritäten aufgerüttelt worden, er hat ihnen neue Daten verschafft, sieht mit Genugtuung, daß etwas geschieht. Offiziell wurde von Seiten der Regierungsagenten, der Staatsanwaltschaft oder der städtischen Polizei vorgegangen, doch wußte Peter genau, hinter den Kulissen ziehen er und die übrigen Agenten Gussens an den Schnüren. Gussens hatte Geld, arbeitete für Männer, die in American-City etwas bedeuten, Gussens war der wahre Herr. Im ganzen Lande ereignete sich das gleiche: die Roten wurden von den Geheimagenturen der Handelskammern, der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigungen verfolgt, sowie von der „Liga zur moralischen Hebung Amerikas“.

Diese Agenten konnten handeln, wie es ihnen beliebte. Das Reich befand sich im Krieg, die Kriegserregung ergriff das ganze Land wie ein Prärielauf. Man brauchte bloß einen Menschen „Bolschewik“ oder „Bolschewik“ zu heißen, dabei genügend zu schreien, und schon war der Mob bereit, ihn zu verprügeln, zu lynchen, ihn mit Teer und Federn zu bestreichen. Seit vielen Jahren hatten die großen Geschäftsleute die Agitatoren, jetzt endlich war für sie eine günstige Gelegenheit gekommen; in jeder Stadt, in jedem Geschäft, in jeder Fabrik, in jedem Bergwerk arbeiteten die Peter Gudges, die „Jimmie Higgins“ der Werben, spionierten die „Jimmie Higgins“ der Roten aus. Ueberall leiteten Mr. Gimmes und Gussens die Arbeit, hatten starke Männer mit Revolvern, mit Sheriffs- und anderen Abzeichen auf der Innenseite des Rockes, die ihnen das unbegrenzte Recht gaben, das Land vor den Verrätern zu schützen.

In den Munitionslagern gab es drei bis vier Millionen Tonnen, allwöchentlich verließen gewaltige Dampfer die östlichen Häfen, mit Truppen für „dort drüben“ beladen. Munition für Milliarden Dollars, Nahrungsmittel und alle patriotischen Schriftstücke des Landes wurden ebenfalls nach „dort drüben“ verschifft. Peter las wieder Reden, Predigten und Leitartikel, fühlte sich froh und frei, wissend, daß auch er in seiner bescheidenen Art an dem großen Abenteuer teilnahm. Wie konnte er über seine monatlichen Dollars die Woche meckern, wenn er las, daß die größten Industrie- und Finanzkapitäne für einen Dollar das Jahr dem Land ihre Dienste verkauften? Wenn die Roten auf Versammlungen oder in Flugschriften behaupteten, diese Industrie- und Finanzherren flöhen an der Spitze von Gesellschaften, die ungeheure Geschäfte mit der Regierung machten, etwa zehnmal so viel einnahmen, wie vor dem Krieg, so wußte Peter genau, er lausche den Ausbrüchen eines äußerst gefährlichen Bolschewiks, notierte sich den Namen des Redners, brachte ihn Mr. Gioney, der dann an geheimen Schnüren zog. Plötzlich verlor der Betreffende seine Arbeit, oder wurde von der städtischen Polizei belangt, weil er eine Mülltiste ohne Deckel auf die Straße gestellt hatte.

Nach einer hartnäckigen Agitation war es den Roten gelungen, den Richter zu veranlassen, Mr. Cormick und die übrigen Verschwörer gegen Erlegung einer Kaution von fünfzigtausend Dollars pro Kopf auf freien Fuß zu setzen. Dies empörte Peter, es war doch klar, daß der Einfluß eines Roten, indem er ins Gefängnis geworfen, zum Märtyrer gemacht ward, vergrößert wurde. Kam er dann frei, so wirkte seine Agitation zehnmal mehr, als zuvor. Aber die Richter sahen das nicht ein, hatten den Kopf mit Gesetzesparagraphen vollgestopft, ließen sich von David Andrews und den anderen roten Advokaten narren. Auch Herbert Ashton und seine Anhänger wurden gegen Kaution freigelassen, die „Trompete“ erschien noch immer, wurde ganz öffentlich in den Zeitungskiosken verkauft. Zwar wagte die Zeitung nicht mehr, gegen den Krieg zu schreiben, doch veröffentlichte sie alles erdenkliche Infiltrierende gegen die „ungeheure Handelsgesellschaft“, die auch unter dem Namen britisches Reich geht, gegen die „französischen Bankiers“ und die „italienischen Imperialisten“. Sie forderte für Irland, Aegypten und Indien die „Demokratie“, verteidigte auf schamlose Art die Bolschewiki, diese probeutschen Verschwörer und Nationalisierer der Frauen.

Peter sammelte weitere Beweise gegen die Redaktion der „Trompete“ und gegen die I.W.Ws. Eines Tages las er die freudige Nachricht, die Regierung habe im ganzen Land etwa zweihundert I.W.W.-Führer verhaften lassen, sowie etliche Sozialistenführer; alle waren der Verschwörung angeklagt. Dann kam der Prozeß gegen Mr. Cormick, Gud, Henderson und die übrigen. Eines Morgens las Peter in der „Times“ etwas, das ihm den Atem verschlug. Joe Engel, einer der Mitverschwörer, war Staatszeuge geworden! Er hatte dem Distrikt-Staatsanwalt nicht bloß gestanden, welche Rolle er in der Bombenverschwörung gegen Nelle Ackermann gespielt habe, sondern auch, woher das Dynamit genommen worden, wie die Bomben verfertigt worden waren, und auf welche führenden Persönlichkeiten der Stadt man es noch abgesehen hatte. Peter las, keuchend, atemlos; da er fertig war, wälzte er sich lachend auf dem Bett. Peter hatte Gussens Angestellten in eine Schwindelverschwörung verwickelt, und Gussens hatte natürlich seinen Angestellten nicht ins Gefängnis werfen können. Deshalb mußte er Staatszeuge werden und wurde nur zur Belohnung für seinen Verrat freigelassen. (Fortsetzung folgt.)

bestimmungsrecht durch Mehrheitsbeschluß des Ausschusses herbeizuführen, niemals zur Sprache gekommen sei. Einen derartigen Gedanken könne man ruhig fallen lassen. Abg. Steinkopf (Soz.) betont, daß auch die Wirksamkeit der Schlichtungsausschüsse nicht in den Erfordernissen des Dienstes und den verfassungsmäßigen Rechten des politischen Parlaments seine Grenzen finde. Allerdings denke er sich das Mitbestimmungsrecht der Beamten anders als z. B. der Abg. Morath. Nach einer Bemerkung des Abg. Allekotte, daß er sich Schlichtungsausschüsse mit weitgehenden Rechten denkt und er einen lediglich moralischen Zweck für nicht genügend halte, die Beamtenkammer aber besser als der Schlichtungsausschuß sei, wird die allgemeine Aussprache über das Beamtenrätegesetz geschlossen. Am Dienstag nachmittag soll in die einzelnen Beratungen eingetreten werden.

Die Justiz der deutschen Republik.

Am Beisetzungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin, am 19. April, hatte die Deutsche Volkspartei in Düren am Hause ihres Parteibureaus die alte Reichsflagge gehißt. Die Fahne wurde am selben Tage heruntergerissen. Die Strafkammer verurteilte deswegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten und Redakteur Rademacher und zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je drei Monaten Gefängnis.

Auch Ludendorff vom Stamme Juda.

Wir finden im „Berliner Tageblatt" folgende Zuschrift:

„Sie veröffentlichten kürzlich eine Meldung Ihres Prager Korrespondenten, wonach der Prager Studentenverein „Germania" Ludendorff zum Ehrenmitglied erwählt, Sinnes aber abgelehnt habe, weil dessen Rassenreinheit angeblich nicht einwandfrei festzustellen war. Darf ich Sie darauf hinweisen, daß, wie aus einem Artikel der „Familiengeschichtlichen Blätter", das Organ des deutschen Familienarchivs in Leipzig hervorgeht, einer der Vorfahren Erich Ludendorffs, der Stettiner Kaufmann Karl, Otto Ludendorff die Tochter eines Seidenhändlers Abraham Weilandt in Stettin geheiratet hat."

Armer Ludendorff! Was werden die Deutsch-Völkischen jetzt erst sagen? Neben v. Graefe jetzt auch Ludendorff und v. Westarp jüdischer Abstammung!

„Seine Majestät" läßt reisen.

Frau Anna Harms, geb. Lanz, reist seit längerer Zeit im Auftrage des Hauses Hohenzollern fast jede Woche von Doorn (Holland) nach Berlin mit folgender Bescheinigung:

„Hofmarschallamt
Seiner Majestät
des Kaisers und Königs
Wilhelm II.

Bescheinigung.

Frau Anna Harms, geb. Lanz, reist heute nach Deutschland und kehrt danach wieder hierher zurück. Es wird gebeten ihr auf der Hin- und Rückreise bei der Grenzkontrolle tunlichste Erleichterung zu gewähren."

Sie genießt bei ihren Reisen eine weitgehende Bevorzugung gegenüber anderen Reisenden, da die Zollkontrolle nur oberflächlich und im Zuge ausgeführt wird, während die übrigen Reisenden sich einer eingehenden Kontrolle in der Revisionsstelle unterziehen müssen.

Der Abgeordnete Bubert (Soz.) hat deshalb die Staatsregierung gefragt, ob sie bereit ist, darauf hinzuwirken, daß jede Bevorzugung des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern unterbleibt und welchen Zweck diese Reisen, bei denen ständig viel Gepäck mitgeführt wird, haben.

Daß Wilhelm von Hohenzollern sich noch immer „Majestät" nennt, ist schließlich seine Sache, dringend verlangen müssen wir aber, daß seine Beauftragten von den republikanischen Behörden nicht anders behandelt werden, als alle anderen Sterblichen.

Der internationale Gerichtshof im Entstehen

Genf, 4. Dezember. Ein Mitglied des Völkerbundssekretariats begab sich kürzlich nach dem Haag, um die Errichtung des internationalen Gerichtshofes im Friedenspalast vorzubereiten. Der Gerichtshof ist auf den 30. Januar 1922 nach dem Haag einberufen worden. Die Richter werden sich vorerst mit den Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen haben. Es ist indessen sehr wahrscheinlich, daß der Gerichtshof sich in seiner Session auch mit juristischen Angelegenheiten befassen wird, sofern ihm vom Völkerbundsrat entsprechende Fälle unterbreitet werden.

Aus der Partei.

Aufwärtsentwicklung in Schleswig. Unsere Genossen in Schleswig hielten kürzlich ihren diesjährigen Bezirksparteitag ab. Wie aus dem Bericht zu ersehen war, kann der Bezirk mit der Entwicklung im letzten Jahr durchaus zufrieden sein. Die Mitgliederzahl ist von 82 061 auf 86 287 gestiegen. Die Ortsvereine haben sich von 282 auf 304 vermehrt. 7 Ortsvereine wurden außerdem an die dänische Bruderpartei abgetreten. Sehr bemerkenswert ist es, daß gerade in den Landbezirken die Stimmenzahl erheblich gewachsen ist, so daß das Land heute die Hauptstärke der Arbeiterbewegung in Schleswig ist. Die Schleswiger Arbeiterjugend vermochte ihre Mitgliederzahl von 1600 auf 2105 zu steigern. Mit Genugtuung wurde die Mitteilung des Vorstandes aufgenommen, daß gegen einen zweiten Putsch nach dem Muster Kapps alle Abwehrmaßregeln getroffen sind.

Die Werbewoche im Bezirk Hannover-Braunschweig brachte nach den bisher gemeldeten Ergebnissen eine Zunahme von rund 3400 männlichen und 1000 weiblichen Mitgliedern. Außerdem wurden noch gewonnen 3500 neue Zeitungsleser. Von vielen Ortsvereinen ist eine Meldung bisher nicht eingelaufen. Es wird sich also die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder und Zeitungsleser noch erheblich erhöhen. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zurzeit die Arbeiterschaft besonders auch in den größeren Orten dieses Bezirks bedrücken und trotz der Hetze, die besonders von den ganz Linksradikalen gegen uns geführt wurde, ist dieser schöne Erfolg errungen. Die Genossen im Bezirk Hannover-Braunschweig dürfen stolz sein auf dieses Ergebnis. Möge es ein Ansporn zu weiterer pflichtgetreuer Arbeit in der Partei sein.

In der Werbewoche des Bezirks Niederrhein, die in der Zeit vom 13. bis 20. November stattfand, veranstaltete die Partei 52 öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Drei Jahre Republik", die in den Unterbezirken Elberfeld, Solingen, Düsseldorf, Essen, Duisburg und dem Bezirk Krefeld stattfanden. Es referierten die Berliner Genossen Otto Braun, H. Lüdemann, Ernst Heilmann, Dr. Richard Lohmann, Franz Krüger und der Genosse Leinert; Polizeipräsident Runge-Köln, Reichstagsabg. Sollmann und eine Anzahl Abgeordneten und Sekretäre des Bezirks. Die Versammlungen waren allgemein gut besucht und zeitigten überall agitatorische Erfolge. Die USP. trat in der Diskussion überhaupt nicht mehr in Erscheinung, während hier und da ein Kommunist die bekannten Phrasen drosch, jedoch nirgends Anklang fand. Alle Versammlungen verliefen ungestört, ein Zeichen dafür, daß der Gesundungsprozeß in der Arbeiterbewegung sich in dem bisher sehr stark unabhängig und kommunistisch durchsetzten industriellen Westen zu unseren Gunsten vollzogen hat.

Aus aller Welt.

Einer umfangreichen Aktienfälschung ist die Münchener Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Die Hauptbeteiligten, die sich bereits in Haft befinden, sind ein Bankierssohn und ein Versicherungsagent, beide aus München. Sie haben im Dezember 1919 in Berlin eine Sitzung zusammenberufen, in der sie phantastische Angaben über große Erdölfelder in Rumänien und deren Ausbeutung machten. Im April 1920 ließen sie in München für 15 Millionen Lei Aktien herstellen und brachten sie in Umlauf. Sie führten die Bezeichnung Teja-Erdöl-Aktiengesellschaft, Zürich-Bukarest. Bei der Festnahme des Versicherungsagenten wurde amerikanische Kriegsanleihe im Werte von 4000 Dollars vorgefunden, die dieser von einem Berliner Ingenieur zum Zweck der Hinterziehung der Stempelgebühren erhalten hatte. Der Versuch, die Papiere einzulösen, konnte vereitelt werden. Der Berliner Ingenieur stellte darauf eine größere Anzahl Schecks in bedeutender Höhe aus, ferner Anteilscheine einer angeblichen Amsterdamer Gesellschaft, die einen Nennwert von 900 000 holländischen Gulden darstellen. Die Wertpapiere wurden beschlagnahmt und dem Finanzamt überwiesen. Der Ingenieur ist nach Hinterlegung einer Kaution vorläufig aus der Haft entlassen worden.

Stark im Glauben. In Milspe bei Dortmund hat ein Schildbürger auf Grund von Weissagungen innerhalb einer kleinen Sektengemeinschaft sich bewogen gefühlt, keine Kartoffeln einzukellern, sondern im Spätherbst zu pflanzen. Er ist des festen, unerschütterlichen Glaubens, daß im Dezember eine neue Hitzeperiode (!) über den Kontinent kommen wird, die seine Kartoffeln aufgehen und vielfältige Frucht bringen lassen wird. — Die Hitzeperiode scheint bei dem Manne schon jetzt gewirkt zu haben.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Freitag, den 2. d. Mts., fand im Gewerkschaftshause eine Sitzung des erweiterten Vorstandes statt, in welcher von 43 Ortsgruppen 30 vertreten waren.

Zu Punkt 1, die politische Lage, hielt Genosse Srowig einen wohldurchdachten Vortrag und würdigte insbesondere die Gründe, die unsere Genossen der Landtagsfraktion bewegten, ihre Zustimmung zu geben zum Eintritt in die preußische Regierung. Zur Reichspolitik übergehend, stellte Genosse Srowig bei seinen Betrachtungen die Reparationsfrage in den Vordergrund. Leider sind wir gezwungen, die nächste Rate zu zahlen. Hieraus ergibt sich für die Regierung die Notwendigkeit, die Gelder zu besorgen, da das Reich selbst nicht Geldwerte genügend besitzt, ist es gezwungen, Anleihen aufzunehmen. Die Industrie erbot sich zu einer Kreditanleihe, die jedoch für uns, so lange sie ihre Gegenforderung auf Privatisierung der Eisenbahn aufrecht erhält, unannehmbar ist. Die Regierung wird dann gezwungen sein auf die Vorschläge der Sozialdemokratie, Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, zurückzugreifen. Dagegen sträuben sich allerdings alle bürgerlichen Parteien, so daß wir mit der Möglichkeit von Neuwahlen zum Reichstage rechnen müssen. Jedenfalls gilt es für uns, allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein.

Zu Punkt 2 erstattete Genosse Kleinert Bericht vom Bezirksparteitag und ging insbesondere auf die Frage der Beitragserhöhung näher ein. Nach den Beschlüssen des Bezirksparteitages beträgt der Beitrag ab 1. Januar 1922 für Männer 1 Mark und Frauen 50 Pf. pro Woche.

In eingehender sachlicher Aussprache wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkannt. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Der heute hier versammelte erweiterte Parteivorstand der S. P. D. von Breslau-Land-Neumarkt erkennt die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge an und versprechen die Versammelten mit allen Kräften für die Durchführung des Beschlusses Sorge tragen zu wollen."

Ferner wurde beschlossen, für die Hinterbliebenen des durch schweren Unglücksfall verstorbenen Genossen Tscherner aus Saara Kreis Neumarkt, in allen Ortsgruppen eine Sammlung zu veranstalten und sind die Erträge alsbald dem Sekretariat einzusenden.

Nach Erledigung mehrerer interner Fragen wurde vom Genossen Srowig die Sitzung gegen 10 Uhr geschlossen.

Kommunisten auf der Reis' . . .

Zog da am Donnerstag, den 1. Dezember d. Js., ein Kommunist namens Ulbrich und sein Versammlungsleiter aus Breslau nach Grünhübel, um der dortigen Bevölkerung das Heil zu predigen. Andächtig harrte die Menge der Dinge, die da kommen sollten. Punkt sieben Uhr setzte Herr Ulbrich mit seinem Volksgenossen ein und entschuldigte gleich zu Anfang seine Partei für die Verbrechen, die ihr böse Zungen zur Last legen.

Sie seien keine Mörder und Verbrecher, sie wollen auch den Bauern keine Kuh aus dem Stalle holen. Die Leute von Grünhübel sollen unbesorgt sein, sie gehen so wieder weg, wie sie gekommen sind. Die weitere Litanei des kommunistischen Evangeliums, die der Redner noch vom Stapel ließ, war ganz nach den Worten Radeks ein konfuses Zeug, wie Kraut und Rüben durcheinander. Ueberhaupt hatte man den Eindruck, einen richtig gehenden Kunst- und Gemüse-Kommunisten zu hören. Zum Schluß forderte Ulbrich die Landarbeiter auf, im Deutschen Landarbeiterverband zu bleiben, und die Führer für das Verbrechen an den Landarbeitern beim Streik zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Flugblatt, das die Jünger des Heils verbreiteten, hatte denselben Inhalt.

Herr Ulbrich wollte aber nicht unwidersprochen bleiben und so forderte der Versammlungsleiter nach Schluß der Predigt zur Diskussion auf, wovon Genosse Kleinert auch ausgiebigen Gebrauch machte. Zur ersten Behauptung, sie seien keine Mörder und Verbrecher, war es dem Genossen Kleinert an Hand der Zetkin-Protokolle ein leichtes, ihnen zu beweisen, daß sie zu den Mordbrennern zu zählen sind. Auf die Menge machte das Vorlesen der Protokolle tiefen Eindruck, und es verspürte niemand im Saale Lust, sich unter die Evangelisten Moskaus zu begeben. Zur Frage des Landarbeiterstreiks wurden die Ausführungen des Genossen Kleinert von den anwesenden Landarbeitern kräftig unterstützt. Die Landarbeiter sagten Herrn Ulbrich in Zwischenrufen ganz deutlich, daß sie mit ihren führenden Kollegen sehr zufrieden sind und keinerlei Anlaß zu Klagen haben.

Es scheint so, als wenn die Kommunisten von der Zentrale Anweisung erhalten haben, überall auf die Landarbeiterführer zu schimpfen, denn in allen Versammlungen leiert jeder Moskaujünger dieselbe Walze über die Landarbeiterführer ab. Nun hat ja „leider" Herr Ulbrich keine Gelegenheit mehr gefunden, im Schlußwort den Landarbeitern die „wirkliche Wahrheit" sagen zu können, denn die Volksgenossen zogen es vor, nach Hause zu gehen.

Wir würden Herrn Ulbrich empfehlen, nach Honolulu zu gehen, wo das Thermometer vornehmer ist, und sich in wesentlich höheren Graden bewegt. Vielleicht ist es ihm dort möglich, unter der Bevölkerung willigere Ohren für seine Heilsbotschaft zu finden.

Pohlanowitz. Wiederaufbau oder Staatsbankrott und Bürgerkrieg. Am letzten Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche von den Genossen aus Pohlanowitz und den umliegenden Ortschaften besucht war. In der Versammlung sprach Genosse Schneidewind aus Breslau über das Thema: „Wiederaufbau oder Staatsbankrott und Bürgerkrieg". Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wandten sich einige Kommunisten gegen die Tätigkeit der SPD., welche aber im Schlußwort des Referenten widerlegt wurden. Die Versammlung hatte einen sehr guten Verlauf. Hoffen wir, daß in Zukunft die Sache des Volkes weiter in die Herzen der dortigen Arbeiter getragen werde.

Aus der Provinz Schlesien.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt sendet uns für die Zeit vom 17.—23. November folgenden Wochenbericht:

Wesentliche Aenderungen in der Arbeitsmarktlage brachte die Berichtswoche nicht. Im großen ganzen kann das Gesamtbild des Arbeitsmarktes noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, abgesehen von den Berufen, in denen die Arbeitsgelegenheit vom Wetter abhängig ist sowie von den Zuckerfabriken, in denen nach Beendigung der Kampagne schon jetzt größere Entlassungen stattgefunden haben oder in allernächster Zeit zu erwarten stehen. Ein Teil der zur Entlassung gekommenen Arbeitskräfte konnte in der Forstwirtschaft oder bei sonstigen Arbeiten Beschäftigung zugewiesen erhalten.

Die Oderschiffahrt hat noch nicht in dem erwarteten Maße eingesetzt.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend geringer. Gesucht wurden lediglich junge Burschen und Mägde.

Im Bergbau bestand Nachfrage nach Arbeitskräften fast gar nicht.

In der Ziegelindustrie hält die Stillegung von Ziegeleien weiter an. Die Glasarbeiter in der Oberlausitz sind in einen Lohnstreik getreten, dessen Ausgang sich zurzeit noch nicht übersehen läßt.

Der Bedarf an gelernten Arbeitskräften in der Metallindustrie konnte nur unvollkommen gedeckt werden, dagegen besteht zum Teil ein Ueberangebot an Hilfsarbeitern.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der chemischen Industrie war gering. Die Textilindustrie ist voll beschäftigt. Im Reichenbacher Bezirk konnten eine Anzahl Neueinstellungen vorgenommen werden. Ein Teilstreik in diesem Bezirk zu Beginn der Woche wurde auf dem Verhandlungswege beigelegt. Neu errichtet wurde in Neu-Bertelsdorf eine Filiale der Weberei Max Brettschneider in Lauban. Es sollen dort ungefähr 30 Webstühle Aufstellung finden.

Die günstige Lage in der Papierindustrie hält weiter an. In Brieg arbeiten einige Betriebe mit Ueberstunden.

Auch in der Holzindustrie ist die Lage zurzeit noch günstig. Gesucht werden in Liegnitz (Städtisches Arbeitsamt, Fernsprecher 2110 und 2113) Tischler für die dortigen Möbelfabriken sowie Kastenmacher und Helfer für Karosseriebau. In Haynau hat die dortige Möbelfabrik ihren Betrieb wieder aufgenommen; es fanden eine Zahl Neueinstellungen statt. Ebenso haben die Weidenschälfirmen Strauß und Stütze Söhne in Brieg ihren Betrieb vergrößert. Es fanden etwa 110 Arbeitskräfte dort Einstellung.

Zum Teil nicht ungünstig ist die Arbeitsmarktlage in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Einige Neueinstellungen wurden in den Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken vorgenommen. Auch fanden eine Zahl von Neueinstellungen von Fleischern statt. Dagegen macht sich eine geringe Einschränkung in der Tabakindustrie bemerkbar, namentlich in Oberschlesien, wo in Ratibor eine größere Firma etwa 130 Arbeitskräfte entlassen mußte.

Im Bekleidungsgewerbe herrscht noch Mangel an gelernten Schneidern und Näherinnen, wogegen der Nachfrage nach Schuhmachern seitens der Schuhfabriken genügt werden konnte.

Im Baugewerbe mußten die Arbeiten infolge des Frostwetters zum Teil eingestellt werden, doch macht sich ein starkes Angebot an Arbeitskräften hier noch nicht bemerkbar.

Im Handelsgewerbe ist die Lage des Arbeitsmarktes unverändert. Außer tüchtigen männlichen und weiblichen Fachkräften herrscht Mangel an Stenotypistinnen.

Gehoben hat sich das Angebot an Arbeitskräften für die Hauswirtschaft. Trotzdem konnte der Bedarf an erfahrenen Mädchen nicht gedeckt werden. Für ungelernte Arbeitskräfte waren Arbeitsmöglichkeiten geringer als in der Vorwoche.

Im übrigen ist aus Oberschlesien zu berichten, daß im großen ganzen die Industrie gut beschäftigt ist, jedoch einen Bedarf an neuen Arbeitskräften nicht aufweist. Nachfrage nach Arbeitskräften war am größten für ungelernte Lohnarbeit und häusliche Dienste (456 Beuthen, Kattowitz, Hindenburg), geringer für die chemische Industrie, Steinindustrie und sonstige Fabrikarbeit (187 Hindenburg, Ratibor, Tarnowitz) und unbedeutend für den Bergbau (97 Hindenburg, Tarnowitz).

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt meldete sich Dienstpersonal reichlich, so daß die offenen Stellen sämtlich besetzt werden konnten.

Neudorf-Diersdorf. Ein Einbruch wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember auf dem Bahnhofe verübt. Den Dieben fielen 135 Mark bares Geld, 3 Fahrräder und 2 gefüllte Reisekörbe in die Hände. Allem Anschein nach handelt es sich um eine Diebesbande, die schon mehrere schwere Diebstähle in der Umgegend verübt hat.

Wünschelburg. Streik. Seit dem 24. Oktober streiken die Rollenzweber und Jalousiearbeiter in zwei Betrieben wegen Aufbesserung der Löhne. Mit der Firma Brehmer & Weißer ist am 26. Oktober eine Einigung erfolgt. Recht halsstarrig erweist sich jedoch noch die Firma C. Klemt (Inhaber Hoffmann). Neuerdings stellt Herr Hoffmann sich selber hin in den Betrieb und versucht mühsam, die Rollen zusammenzuflicken, unterstützt durch Frau Hoffmann, mit einem jungen Menschen von 17 Jahren, der sonst in der Sch[illegible] verwendet wurde und einem Bruder der Frau [illegible], einem Lehrer, der also vom Staate sein Gehalt bezieht und gleichzeitig Streikbrecherdienste leistet. Am Montag, den 28. November, als nachmittags die Streikposten den Betrieb verlassen hatten, schaffte Herr Hoffmann selber, dann der „streikbrechende Lehrer" und der junge Mann aus der Schreibstube, eine ganze Fuhre Pakete zur Post. Einige Streikende hatten dies doch erfahren und gingen gleich selber zur Post, um sich zu überzeugen. Als sie zur Post kamen, wurden gerade die Pakete hineingeschafft. Die Streikenden stellten sich gleich dazu, da sagte der Bruder der Frau Hoffmann, der „streikbrechende" Lehrer: „Ja, seht Euch die Pakete nur an, es sind ungefähr 50 Stück, das machen wir alles alleine." Die Streikenden antworteten darauf: „Das ist ja sehr schön, daß sich ein Lehrer zu solchen Arbeiten hergibt." — Wir wir weiter erfahren, ist der Bruder von Frau Hoffmann als Lehrer in O.-S. tätig gewesen. Er bezieht also sein Gehalt vom preußischen Staate weiter. Wenn ihm das zu wenig ist, soll er das Gehalt ganz verweigern und sich eine andere Arbeit suchen, aber nicht sich vom preußischen Staate Gehalt bezahlen lassen und daneben sich einen Judaslohn als Streikbrecher verdienen. Er muß sich doch sagen, daß zu seinem Gehalte auch die Steuergroschen der Streikenden mitverwendet werden. Die Streikenden verlangen deshalb von der vorgesetzten Behörde des Lehrers, insbesondere dem Kreisschulinspektor, daß hier eingegriffen wird und fragen, was gedenkt die vorgesetzte Behörde in diesem Falle zu tun.

An solchen Vorkommnissen ist aber auch zu sehen, daß dem Firmeninhaber kein Mittel zu schlecht ist, um es gegen die Arbeiter anzuwenden. Die Streikenden werden deshalb noch fester zusammenstehen in dem Bewußtsein, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter ihnen steht und daß sie für eine gerechte Sache kämpfen. — Die Bevölkerung ersuchen wir jedoch dringend, solange wie der Streik dauert, jeden Einkauf von Holzrollenz und Jalousien zu unterlassen, auch wenn ihnen von Reisenden oder Geschäftsinhabern vorgetäuscht werden sollte, daß die Ware aus anderen Betrieben herrührt. Helft alle alle, auch den Rollenzwebern, ein menschlicheres Dasein zu erringen.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Bezirksleitung Bunzlau.

Ottendorf. Ein geschlachtetes Kalb wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember vom Schlächtermeister Baumgart gestohlen.

Wüstebriefe. Beim Langholzfahren verunglückten die Wagenlenker August Eisenberger und Bruno Friebrich aus Warmbrunn, die beide Beinbrüche erlitten und dem Krankenhause in Warmbrunn zugeführt werden mußten.

Ruba-Seife
Beste Hauswaschseife.
Rudolph Balhorn
Seife- und Parfümerien-Fabrik.

Stadt-Theater.
Montag 7½ Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Dienstag 7½ Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
Mittwoch 7½ Uhr: Schwanengesang.

Schauspielhaus.
Lauenzienplatz. Tel. Ring 2545.
Montag und Donnerstag 7½ Uhr:
Das Holländweibchen.
Dienstag, Mittwoch, Freitag 7½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male
Die Tanzgräfin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Förster-Christel.
Sonntag 7½ Uhr:
Die Tanzgräfin.

Zeitgarten
Variété.
Täglich 7½ Uhr:
Der vollständig neue Spielplan. 9596

Dominikaner!!!
Täglich 7½ Uhr Täglich:
Das Unerhörte
Weihnachtsfieber
und jedermann neu!
Zeitig kommen gut. Platz

Großer Weihnachtsmann
HEUTE MITTWOCH SCHLUSS
TANZ

Frauen-Artikel!
Spülspritzen
Irrigatoren
Leib- und Kopfkissen
Gummiwaren
für Damen und Herren.
Katalog
Fr. Barthel

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen
Karasinski & Co.
Neumarktstr. 2, I.

Hochmoderne
Anzüge von 375 Mk.
Jaquets von 475 Mk.
Mäntel von 490 Mk.
fertig und nach Maß, reiche Auswahl u. beste Verarbeitung, fordern Sie durch neue Zusendung
Gebr. Hänel
Herrenkleiderfabrik und Maßschneiderei
Renmarkt 13, I. Etage.
Eingang Schmiedebrücke.

Bettfedern
und Daunen empfiehlt
Herrle,
Reichsstr. 100, I
a. Marienplatz, Nähe Sch.

Bitte bei allen Einkäufen Preise die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

SCHAUBURG
VIKTORIA-THEATER
Beginn ½5 Uhr
DK

Heute letzter Tag: Erstaufführung!
Eddi Polo und **Harry Piel**
in
Der geheimnisvolle Bolo
36 Akte 4944

Der Sturz ins Verderben — Grausame Hände — Raubgierige Feinde — 6 Akte
Wenn London schläft — Schottlandflucht — 6 Akte

Variéteschau:
Pia- und Coco-Truppe
Fliegende Musik

Heute letzter Tag: Der
Riesen-Amerikaner:
Das Panzergeschoß
36 Akte

Verrat über Verrat — 6 Akte
Im Wasser und unter der Erde — 6 Akte

Variéteschau:
Persönliches Gastspiel
des Original-Indianer-Häuptlings
Chief Hallstorm: Kriegstänze
und Indianer-Gebräuche.

Die Auszahlung des Mitgliedersparrabatts
KSV VORWÄRTS

erfolgt in den Warenabgabestellen, wo die Rabattmarken abgeliefert wurden und zwar am

Dienstag, den 6. u. Mittwoch den 7. Dezember,
und
Dienstag, den 13. u. Mittwoch, den 14. Dezember,
in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und ½3—5 Uhr nachmittags.
Nach 5 Uhr findet keine Auszahlung statt.

Das Mitgliedsbuch ist bei Abhebung des Geldes vorzulegen. Ohne dem erfolgt keine Auszahlung.

Diejenigen Mitglieder, die durch unsere Mitarbeiter Einzahlungen auf den Geschäftsanteil geleistet haben, und noch im Besitze von Quittungen sind, haben diese Quittungen ebenfalls mit vorzulegen.

Diejenigen Mitglieder, die den Geschäftsanteil noch nicht voll eingezahlt haben, verweisen wir auf § 42 Abs. II des Statuts.

Es liegt im eigenen Interesse der Mitglieder, die Rückvergütung möglichst vormittags abzuheben. 9605

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barras.

Lobe-Theater. Ring 874. **Thalia-Theater.**
Montag, den 5. Dezember, abends 7½ Uhr:
Ausgewählte Serie G. 3. Vorstellung
„Liliom"
Einmalige Reihe
„Gretchen"

Handelskammer Breslau.
Vortrag
Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr,
im großen Börsensaal, Graupenstraße 15.
Reichstagsabgeordneter **Kolnatz**, über:
„Reichsfinanzen und Reichssteuern."
Eintrittskarten zum Preise von 5 Mk., für die ganze Vorlesungsreihe 20 Mk., sind in Büro der Handelskammer, Graupenstraße 15, erhältlich. 4943

Friedens-Limonaden
nahrhaft und bekömmlich
nur mit Zucker gesüßt, werden von unterzeichneten Fabrikanten wieder hergestellt.
Zuckerlimonaden sind durch ein besonderes Etikett gekennzeichnet.
A. Braun. B. Czaya. Ph. Deinert. H. Engel. Gesundbrunnen, Herm. Heinze. Herm. Hamm. Joh. Konopka. C. G. Müller, Deutsch Lissa. **P. Niepel. Dr. Struve & Soltmann. Speck & Säring. Reinh. Thomas. Otto Wendorff.** 9204

Konzerthaus
Wappenhof
Inh.: Fritz Sent. Telefon: Ring 5907.

Heute Montag:
Wappenhof-Ball
Breslauer Tonkünstler-Orchester
Direktion: Max Neumann
Dienstag, den 6. Dezember:
Groß. Lieder-Abend
Mittwoch, den 7. Dezember:
9595 **Walzer-Abend**
Donnerstag, den 8. Dezember:
Auf vielseitigen Wunsch:
Operetten-Abend

Noch billige, praktische Weihnachtsgeschenke
in
Glas, Porzellan u. Haushaltungsartikeln.
Berthold Gensert,
Klosterstraße 42. 9597

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von Georg Schmidt
Preis nur 60 Pfg.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Arbeitsmarkt

4—6 gute Tischler
auf Zeichnung für nur feine Möbel, bei höchstem Lohn sofort gesucht. 9021
Erich Steinmüller, Breslau, Bayerer Straße 44.

Bei durch **Feuerbrunst** verursachter Zerstörung meiner über sämtliche Wasch- und Gummiwaren
Günstigste Preise
in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülspritzen, Gesundheitsbetten, Kinderunterlagen, Kneipp-Bedarfsartikel usw.
Versand gegen 30 Pfg.-Marke
Franz B. Zander,
Breslau 2.
Schweidnitzerstr. 53, 1. Eingang Ecke der Reichsstraße.

Zu kaufen gesucht
Alt-Metalle
kauft u. zahlt höchst. Preise
Otto, Kaiserstr. 8.

Drahtbettstellen, Betten, **Kinderwagen** aller Art, auch defekt, Matratzen, Kinder-Gummibetten kauft sofort
Wolkes, Erlenstraße 11.

Arbeit gesucht
verkaufen Sie zu höchsten Preisen
Altmetalle
(Messing, Kupfer, Zinkblech, Blei usw.) an
Breslauer Metall- u. Eisen-Verwertung
Freiburgerstraße 3a.

Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Klingelhöfer, Gartenstraße 4.

Zum Verkauf
Trauringe
verkauft billig
Goldschmiedemeisterschaft Breslau, Gr. Fischerstr. 5.

Auffallend billig!!
Kinderwagen, Sportwagen, Kinder-Metall-Bettstellen
Polster- und Federwaage
Kaufmannsladen
Friedr.-Wilhelmstr. 17.

Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülspritzen
Irrigatoren usw.
Leib- und Mutterbinden
keine Imitation.
Frauenartikel
Katalog gegen Einsendung von 1.— Mark
Frau L. Schauer
Breslau 7, Julianstr. 1, II.
Eine Spezialität-Fabrik.

Anzüge Schlüpfer
in noch ganz neuwertigem Zustand und billigen Preisen, die Selbstherst.
Nähmaschinen aller Art
Nähmaschinen
ganz, gut und billig, nur Kaiserstraße 15, III.

Alles billiger!
Herren-Anzüge von 22.50 Mk. an, Damen-Mäntel von 22.50 Mk. an, Gabardinemäntel von 24.50 Mk. an, Kostüme von 24.50 Mk. an, Kleiderstoffe von 2.50 Mk. an
Gebr. Fabrikanten
Gerberstraße 30, Ecke Ohlauerstr.

Wir suchen
Schneider
auf gute Sakkos und Schlüpfer
bei höchsten Löhnen.
Meldungen mit Ausweis und Probearbeit von 8—4 Uhr.
Aktiengesellschaft für Oberkleidung und Bekleidung
Gartenstraße 7

Nachdem der Beschluß der Generalversammlung vom 10. November 1921 betr. die Erhöhung des Geschäftsanteils auf Mk. 1000.— durch gerichtliche Eintragung rechtswirksam geworden ist, machen wir bekannt, daß wir von **jedem Mitgliede** Einzahlungen auf **Geschäftsanteil**
bis zur Höhe von Mark 5000.— annehmen.
Wir bemerken hierbei, daß die auf unsere Geschäftsanteile entfallende **Dividende** von der **Kapitalertragsteuer** befreit ist.
Breslau, im Dezember 1921
Handels- und Gewerbebank Breslau
e. G. m. b. H.
(vorm. Vorschuß-Verein).

Im ersten Drittel des Monats Oktober d. J. veröffentlichten wir in den Tageszeitungen, daß wir unsere Abnehmer nach der Explosion im Kraftwerk Tscheehnitz wieder voll mit elektrischer Arbeit beliefern könnten **mit Ausnahme des Bedarfes für Getreidedrusch.**

Wir haben ab 15. Oktober d. J. den Getreidedrusch derart rationiert, daß das Dreschen in den Kreisen **Neurode, Reichenbach, Frankenstein, Hauptsch** und **Oels** in den **ersten drei Tagen jeder Woche,** dasjenige in den Kreisen **Strehlen, Ohlau, Brieg** und **Breslau** in den **letzten 3 Tagen jeder Woche** erlaubt wurde.

Diese Einschränkungsbestimmungen werden von dem weitaus größten Teil der Abnehmer elektrischer Arbeit für Getreidedrusch nicht beachtet, wodurch unser gesamter Betrieb infolge starker Ueberlastung unserer Anlagen stark gefährdet wird.

Wir bitten die Abnehmer elektrischer Arbeit für Getreidedrusch im allgemeinen und auch
im eigenen Interesse dringend,
in der jetzigen Zeit der großen Ansprüche, die an unser Unternehmen gestellt werden, sich an obige Vorschriften zu halten und bitten gleichzeitig die Gesamtheit aller unserer Abnehmer, an den Wochentagen in den Zeiten **von vormittags 7—11 Uhr und von nachmittags 1—5 Uhr ihren Bedarf nach Möglichkeit einzuschränken.**

Breslau, den 3. Dezember 1921. 4942

Elektrizitätswerk Schlesien Akt.-Ges.

Soeben erschienen:
Vorwärts-Almanach
der
Arbeiter-Familien-Kalender 1922
reich illustriert
Preis 4.— Mark
Buchhandlung Volkswacht,
Breslau, Neue Graupenstraße 5.

Auzüge Schlüpfer
in noch ganz neuwertigem Zustand und billigen Preisen, die Selbstherst.
Nähmaschinen aller Art
Nähmaschinen
ganz, gut und billig, nur Kaiserstraße 15, III.

Alles billiger!
Herren-Anzüge von 22.50 Mk. an, Damen-Mäntel von 22.50 Mk. an, Gabardinemäntel von 24.50 Mk. an, Kostüme von 24.50 Mk. an, Kleiderstoffe von 2.50 Mk. an
Gebr. Fabrikanten
Gerberstraße 30, Ecke Ohlauerstr.

Monteure
für Heizungs- und sanitäre Anlagen
Dauerstellen, vollständig arbeitsfähig, Zimmerl., nicht gesucht.
Schlepitzki & Co., Neue Taschenstr. 19

Mädchen 9597
zum Mitfahren v. Kindern, auf Farm-Güter nach Indien gesucht. Meldung bei
L. Bibel, Kaiserstraße 11, 2 Treppen, I. Etage.

Lehrling 9597
für kaufmänn. Büro, sofort gesucht. Schriftliche Angebote an
K. A. Liberts,
Schweidnitzerstraße 108.

Sinalco
mit Zucker
Familiengetränk.
nicht allein wohlschmeckend und bekömmlich, sondern da gesättigt, auch nahrhaft, daher das vollendete, alkoholfreie Getränk. Lassen Sie sich aber beim Verlangen von „SINALCO" nicht andere Getränke vorsetzen oder verabreichen. 9086

Verantwortlich: Redakteur Emil Jenner. — Redaktion: Tauentzenstraße 4. — Geschäftsstelle: Zimmerstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., Breslau in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. Dezember.

Sozialdemokratischer Verein.

Morgen Dienstag, den 6. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Exner, Mauritiusplatz 2,

Partei-Funktionär-Versammlung.

1. Genosse Dr. Hamburger spricht über: **Das Reparationsproblem.**
2. Die Beitragserhöhung.

Parteifunktionäre sind: Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirkskassierer, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Betriebsvertrauensleute, Pressekommission, Bildungsausschuß, Stadtverordneten. Parteimitgliedsbuch und Ausweis ist an der Türkontrolle vorzuzeigen.

* * *

Post- und Telegraphenbeamte und -Beamtinnen!

Heut abend 8 Uhr

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal.
Reichstagsabgeordneter Max Seppel spricht.

* * *

Donnerstag, den 8. Dezember,

6 Volksversammlungen.

Alles nähere in morgiger Nummer.

* * *

Distrikt 4 und 5. Heut Montag, abends 7½ Uhr, bei Metzke, Siebenhufener Straße 10, Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Fräulein Erna Münz.

Unterschleife in der Schutzpolizei!

Aus Polizeikreisen wird uns geschrieben:

Wie wir hören, sind bei der Luftfahrt-Ueberwachungsabteilung hier größere Unterschlagungen aufgedeckt worden, an denen in der Hauptsache ein technischer Oberbeamter beteiligt sein soll. Der Führer der Abteilung, der aus den Kapp-Putschtagen, namentlich in Berlin, sattsam bekannte Polizeimajor Zimmer-Vorhaus, einer von den Herren, die der von dem damaligen Leiter der Schutzpolizei Preußens, Geheimrat von Priesdorff, zur Untersuchung der gegen Polizeioffiziere erhobenen Anschuldigungen auf Beteiligung an dem Kappverbrechen aufgestellte Untersuchungsausschuß weißgewaschen hat, soll sich nun veranlaßt gesehen haben, dem Unterbeamten, der an der Aufdeckung der Unterschleife regen Anteil nahm, anstatt ihm dankbar zu sein, jugendlichen Unverstand und andere derartige Liebenswürdigkeiten an den Kopf zu schleudern, nur einzig und allein deswegen, weil er die Angelegenheit nicht ihm, sondern an vorgesetzter Stelle zur Kenntnis brachte. Ein Zeichen besonderen Vertrauens ist das Vorgehen allerdings nicht. Major Zimmer-Vorhaus wird aber wohl wissen, warum der Beamte diesen Weg eingeschlagen hat.

Wie wir hören, soll bei der Luftfahrt-Ueberwachungspolizei noch manches andere faul sein und vielleicht ist es ratsam, auch in diesen Winkel, wo es noch königlich preußische Majore, Hauptleute usw. geben soll, mit einem republikanischen Scheinwerfer einmal hineinzuleuchten, und, wenn notwendig, dann mit einem eisernen, demokratischen Besen auszufegen.

Die letzte demokratische Tat des Ueberdemokraten Dominicus.

Vor längerer Zeit haben wir an dieser Stelle gegen eine Befehlsmaßnahme des hiesigen Kommandeurs der Schutzpolizei, Oberst de le Roi, Stellung genommen. Es handelte sich damals um eine von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten der Polizei einberufene Versammlung, die Oberst de le Roi kurzer Hand unter einem Erlaß des damaligen Polizeiministers oben angegebenen Namens, unseligen Angedenkens, fallen ließ, der den Polizeibeamten das Besuchen von parteipolitischen Versammlungen in Uniform außerdienstlich verbietet. Gestützt auf diesen Erlaß, verbot Oberst de le Roi den Polizeibeamten seinerzeit, auch diese nur für Polizeibeamte zugängige Versammlung, in Uniform zu besuchen. Unsere Ansicht, die fragliche Versammlung falle nicht unter den Erlaß des Ministers, wurde damals auch von maßgebender Stelle geteilt.

Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amte hat es nun Herr Dominicus fertig gebracht, einen neuen Erlaß herauszugeben, der darin gipfelte, daß auch solche Spezialversammlungen von den Polizeibeamten in Uniform außerdienstlich nicht besucht werden dürfen. Interessant wäre es, zu hören, was der unmittelbare Anlaß zu diesem letzten Erlaß war. Geradezu haarsträubend ist aber die Begründung für dieses neue Vorgehen. Die Kameradschaft unter den Polizeibeamten würde durch die Parteipolitik in ihren Reihen untergraben, die allgemein gewünschte und unbedingt notwendige Entpolitisierung der Schutzpolizei würde durch derartige Versammlungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Ist die Polizei überhaupt jemals unpolitisch gewesen, Herr Dominicus? Sie glauben es ja wohl selbst nicht und Ihr Eingehen auf diese Forderung der Gegner der Republik — die nur gestellt ist, um der Republik auch die letzte Stütze zu nehmen — beweist nur den hohen Grad Ihrer Naivität.

Minister Severing weiß hoffentlich, daß die sozialdemokratische Polizeibeamtenschaft in dem letzten Erlaß seines Amtsvorgängers ein Ausnahmegesetz gegen sie erblickt mit dem Ziele, sie ihres Vereins- und politischen Rechts in einer der Verfassung widersprechenden Weise zu berauben, und sie erwartet von ihm, daß er diesen, der Demokratie hohnsprechenden Willkürakt, unverzüglich außer Wirkung setzt.

* **Sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte.** Heute Montag, den 5. Dezember, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause: **außerordentlich wichtige Sitzung.** Beschlußfassung über die Forderung der Gemeindearbeiter. Das Erscheinen aller Stadtverordneten und Stadträte ist unbedingt erforderlich.

* **Straßenunfälle durch Kraftfahrzeuge,** die in letzter Zeit wiederholt infolge rücksichtslosen, unvorschriftsmäßigen Fahrens dieser Fahrzeuge hervorgerufen wurden, veranlassen den Polizeipräsidenten, die Führer solcher Fahrzeuge erneut und mit allem Nachdruck auf die Beachtung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, hinzuweisen, wonach auf unübersichtlichen Wegen, bei Dunkelheit, Straßenkreuzungen, scharfen Straßenkrümmungen, beim Durchfahren enger Brücken und Tore, sowie schmaler oder abschüssiger Wege, der Lenker des Fahrzeuges so langsam und vorsichtig zu fahren verpflichtet ist, daß das Fahrzeug sofort und jederzeit zum Halten gebracht werden kann. Der Polizeipräsident bemerkt zum Schluß, daß er die ihm unterstellten Außenbeamten zur strengen Aufsicht über die Beachtung dieser Vorschriften angewiesen und angeordnet hat, Zuwiderhandelnde unnachsichtlich anzuzeigen.

Sport am Sonntag.

Fußballsport.

Stern I — Süd I 0:0.

Nach Anstoß entwickelt sich ein schönes, schnelles Spiel, welches Stern zunächst in Angriff sah. Ein Elfmeter für Stern wird von Höhne blendend gehalten. Nach Halbzeit ist Süd mehr im Angriff. Beiden Parteien ist es nicht vergönnt, etwas Zählbares zu erreichen. Schiedsrichter Treske war dem Spiel ein einwandfreier Leiter, und dürfte dieses Spiel dem Arbeiter-Sport wieder neue Anhänger geschaffen haben.

Britannia I — Sturm I 3:0 (0:0).

Mit dem Anstoß von Britannia, bringen diese den Ball gut vor, der Schuß aber sitzt daneben. Es entwickelt sich ein schönes Mittelfeldspiel, das Sturm zunächst etwas mehr in Angriff sieht. Mit 0:0 ging es in die Pause. Nach Halbzeit übernahm Britannia durch Elfmeter die Führung. Ein scharfer Schuß des Rechtsaußen bringt den zweiten Erfolg. Sturm läßt merklich nach, und verlegt sich nur auf einzelne gefährliche Durchbrüche, welche von der guten Britannia-Verteidigung erledigt werden. Nach guter Kombination schießt der Mittelstürmer von Britannia Nummer 3, und dabei bleibt es bis zum Schluß. Der Sieger stellte eine gute Mannschaft, aus der besonders Mittelläufer und Halblinks hervorragen.

Sturm fiel durch schnelle Flankenläufe angenehm auf, nur müßte der Linksaußen schneller abgeben. Der Schiedsrichter war einwandfrei.

Sparta I — Silesia I 7:0 (2:0).

Das Spiel nimmt anfangs einen schönen schnellen Verlauf und wird bis Halbzeit offen gehalten. Nach Halbzeit übernimmt Sparta das Kommando und Silesia läßt merklich nach, zuletzt sah es eher einem Kaffeekränzchen ähnlich, aber keinem Fußballwettspiel. Wenn auch Protestgründe mitsprechen sollten, deswegen braucht man nicht die Hände in das Jersey einwickeln und denken, daß das übrige eine große Wurst ist.

F. T. Brieg I — F. T. Oels I 1:1.

Beide Turnermannschaften brachten ein schnelles, flüssiges Spiel zu Tage. Brieg in ihrer bekannten Draufgängerweise, dem Oels nicht viel nachstand. Oels brachte eine schnelle Mannschaft mit, welche sich in dieser Serie wohl noch etwas heraufarbeiten wird.

Diana I — F. T. Ohlau I 6:2 (1:2).

Diana tritt mit nur 9 Mann an, Ohlau vollständig und ist auch die erste Zeit überlegen, kann aber nichts erzielen. Diana hat sich vervollständigt und das Spiel wird ausgeglichen. Ohlau findet zuerst den Kasten, Diana läßt aber prompt den Ausgleich erfolgen. Ohlau erreicht noch einen Erfolg, dann geht Diana aus sich heraus. Bis Halbzeit ändert sich aber nichts an dem Resultat. Nach Halbzeit ist Diana ständig im Angriff und Ohlau beschränkt sich mehr auf die Verteidigung. In kurzen Abständen erzielt Diana noch 5 Tore, dem Ohlau nichts entgegensetzen kann. So bleibt es bis zum Schluß.

Freie Sportfreunde I — Union I 2:2 (2:0).

Nach Anstoß zieht Union mächtig los, aber Sportfreunde ist auf der Hut. Beide Torleute bekommen mächtig Arbeit, die sie aber gut bewältigen.

Von einer Ecke heraus erzielt Sportfreunde das erste Tor und bald darauf aus einem Gedränge das zweite Tor.

Nach Halbzeit hat Union mehr vom Spiel und kann bis Schluß das Resultat auf 2:2 stellen, wobei das 2. Tor für Union das schönste des Tages war.

Möve I — Falke I 6:0.

Der jüngste Verein unserer Bewegung, Möve, weilte in Neukirch, um gegen Falke ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Möve stellte eine gute ausgeglichene Mannschaft, welche bis Halbzeit dreimal erfolgreich ist. Nach Halbzeit verlegt sich Falke auf Durchbrüche, die aber von der guten Hintermannschaft von Möve erledigt werden. Möve kann noch 3 Tore anbringen, während Falke, dem ein Ehrentor vergönnt gewesen wäre, leer ausgeht.

Gesellschaftsspiele.

Möve II	gegen	Süd III	8:2
Sturm III	„	West III	4:1
„ II Jgd.	„	„ II Jgd.	4:1
Falke I Sch.	„	West I Sch.	6:0

Weitere Resultate: Serienspiele.

Vorwärts I	gegen	Wacker I	4:0
Kickers I	„	Strehlen I	4:0
Stern II	„	Süd II	kampfl. f. Stern
Britannia II	„	Sturm II	1:2
Sparta II	„	Silesia II	4:1
Brieg II	„	Oels II	3:2
Diana II	„	Ohlau II	7:1
Wacker II	„	Vorwärts II	kampfl. f. Wacker
Silesia I Jgd.	„	Sparta I Jgd.	0:0
Britannia I „	„	Brieg I Jgd.	1:1
Sturm I Jgd.	„	Diana I Jgd.	2:0
West I Jgd.	„	Union I Jgd.	3:0 kpfl. f. West
Fr. Sportfr. II	„	Union II	kampfl. f. Fr. Sp.

Wochenzettel der Arbeiterjugendheime.

Vom 4. bis 11. Dezember.

Heim 1. Bis auf weiteres geschlossen.

Heim 2: Ofenerstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Gesangsabend. — Freitag: Spiel- und Uebungsabend. — Sonntag: Geselligkeit.

Heim 4: Yorkstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Einüben neuer Volkstänze. — Freitag: Frageabend. — Sonntag: Halbtagswanderung. Das Heim ist von 5 Uhr nachmittags ab geöffnet.

Heim 5: Anderssenstraße, Schulhaus. Dienstag, den 6. Dezember: Mitgliederversammlung. — Freitag: Frageabend. — Sonntag: Spielabend. — Für Nichtmitglieder der Arbeiterjugend bleibt das Heim bis auf weiteres geschlossen.

Heim 6: Krischkestraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Generalprobe bei Bräuer, Pöpelwitzstraße. — Freitag: Heim-Weihnachtsfeier.

Heim 7: Steinstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 7. Dezember: Geselligkeit. — Sonntag: Ausflug nach dem Kirschberg. Näheres im Heim.

Allgemeines: Die Heime 8, 9 und 10 haben nichts gemeldet — Die Jugendbibliothek im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ist jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends geöffnet.

Meldungen für den nächsten Wochenzettel müssen bis Dienstag abgegeben werden, sonst finden sie keine Berücksichtigung.

30502 Wohnungssuchende.

Mit Bezug auf die Verhandlungen in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erhalten wir folgende Mitteilung: Im Laufe des November gingen beim Wohnungskommissariat 329 Meldungen über frei gewordene Wohnungen ein, die restlos vermittelt werden konnten. Im gleichen Zeitraum wurden 965, insgesamt, seit Bestehen des Wohnungskommissariats bis zum 30. November 51384 Wohnungssuchende eingetragen. Zugewiesen wurden, gleichfalls insgesamt, 15327 Wohnungen; nach allen Vermittelungen, Wohnungstausch- und anderen Maßnahmen waren am 30. November noch 30502 Wohnungssuchende vorhanden.

* **Zum Bau des Krematoriums in Breslau** sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß eine gemeinsame Kommission aus einem größeren Teil von Magistratsmitgliedern und der Friedhofsdeputation jetzt gebildet worden ist, die bereits ihre Arbeiten aufgenommen hat und sich der Frage energisch annehmen wird. Gedacht ist die Anlage in einem Anbau an die auf dem Friedhof in Gräbschen befindliche Gierth'sche Kapelle.

* **Gewerbelegitimationskarten.** Die Anträge auf Erteilung solcher für 1922 werden zweckmäßig schon jetzt gestellt. Hier wohnhafte Reisende überreichen den schriftlichen Antrag ihres Geschäftsinhabers selbst im zuständigen Polizeirevier; für auswärts wohnende stellen die Inhaber der Geschäfte die Anträge (für jeden einzelnen Reisenden besonders) schriftlich beim Polizeipräsidium, Abteilung IV. G.

* **Die Volksberatungsstelle im Rathaus,** eine Treppe, (Ratszimmer) wurde im Monat November von 595 Personen, 321 Männern, 274 Frauen besucht. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedener Art 297, Arbeiterversicherung 26, Angestelltenversicherung 3, Arbeits- und Dienstvertrag 23, bürgerliches Recht 158, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 53, Strafrecht 30, Privatversicherung 2, Handels- und Gewerbesachen 2, Diverses 1. Außerdem wurden 31 Schriftsätze angefertigt und in 118 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfrage erteilt.

* **Tödlich abgestürzt!** In der Nacht zum 3. d. Mts. ist der Berliner Straße 39 wohnhafte Kraftwagenführer Karl Feller, ein 37 Jahre alter Mann, der in der zweiten Morgenstunde heimkehrte von der Haustreppe über das Geländer abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden. Die Leiche wurde in das Schauhaus verbracht.

* **Erschossen** hat sich am 3. d. Mts., vormittags, in einem Gasthof der Siebenhufener Straße der Soldat Paul Krause. Er stammt von auswärts, soll schwer geschlechtskrank gewesen sein und sich ein Zimmer im Gasthof gemietet haben, um ungehindert seinem Leben ein Ende zu machen. Die Leiche ist in das Schauhaus überführt worden.

Gerichtliches.

Die vergrabenen Selbstschutzwaffen.

Einem Breslauer Kommunisten wurden im August d. J. von zwei jungen Leuten eine größere Menge Waffen angeboten. Da ihm mitgeteilt wurde, die Waffen seien in der Nähe von Falkenberg vergraben, kam ihm die Sache bedenklich vor und er machte der Kriminalpolizei Mitteilung. Diese versah nun zwei Beamte mit Geld und Ausweisen als Kommunisten, und diese erklärten nun den jungen Leuten, die Waffen kaufen zu wollen. Sie fuhren zusammen nach Falkenberg, und an einem entlegenen Ort wurden die Waffen ausgegraben und von den Beamten bezahlt. Auf dem Wege zur Bahn wiesen sich die Beamten dann aus und verhafteten beide Burschen. Es waren die früheren Selbstschutzleute, der Schauspieler Bockhacker und der Schlosser Viehhoff. Nun sollte das Verfahren wegen Landesverrat gegen sie eingeleitet werden. Das war aber nicht möglich, weil der Selbstschutz keine staatliche Einrichtung, sondern ein Privatunternehmen ist. Gegen beide wurde nun die Anklage wegen Diebstahl erhoben. Das Schöffengericht erkannte gegen jeden auf drei Monate Gefängnis.

Eine Vertrauensstellung beim Freikorps Kühne.

Der Oberjäger Robert Remy aus Wattenscheid, Kreis Gelsenkirchen, genoß beim Freikorps Kühne in Carlowitz großes Vertrauen. Er wurde in der Propagandaabteilung beschäftigt, wo er eifrig den Gedanken propagierte, ein Jägerheim zu bauen. Die übrigen stimmten ihm zu, und es wurden ihm auch 2000 Mark als Grundstock ausgehändigt. Zur Aufbringung des übrigen Geldes wurde ein Vergnügen veranstaltet, dessen Ausführung fast vornehmlich in den Händen des Remy lag. Dieser verkaufte die Eintrittskarten und nahm auch das sonst vereinnahmte Geld von noch 1975 Mark an sich und verschwand dann. Zuvor stahl er einem Kameraden aber noch den Paß, einem Leutnant den Koffer mit Kleidungsstücken und einem Gefreiten den Gummimantel.

Als die Polizei dann seiner habhaft wurde, stellte es sich heraus, daß er ein ziemlich schwerer Junge ist. Obwohl der Sohn eines begüterten Rittergutsbesitzers, ist er in Berlin bereits wegen Raubes zu zwei Jahren Gefängnis und wegen Diebstahl zum Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Jetzt stand Remy vor dem Breslauer Schöffengericht, um sich wegen Unterschlagung und Diebstahl zu verantworten. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Der Sicherheitsdienst im Gericht.

Vor einigen Tagen kam ein Herr Rühl in das Justizwachtmeisterzimmer des Amtsgerichts und verlangte den Vormundschaftsrichter zu sprechen, hierbei ließ er die Aeußerung fallen, daß er den Richter niederknallen würde, wenn er seinen Wünschen nicht nachkäme. Die Justizwachtmeister Baudner und Bauch führten den Mann dem zuständigen Richter, Amtsgerichtsrat Werner vor. Kaum hatten sie das Zimmer betreten, als Rühl einen Revolver zog und ihn auf den Amtsgerichtsrat mit den Worten richtete: „Herr Richter, ich bin hierher gekommen, daß Sie mir helfen; wenn nicht, dann knalle ich Sie nieder". Die Justizwachtmeister entrissen dem Tobenden die Waffe. Eine Prüfung derselben ergab, daß sie geladen und entsichert war.

Auch dieser Vorfall zeigt, daß eine Bewaffnung der Justizwachtmeister mit neuzeitlichen Waffen und eine Ausbildung im Jiu-Jitsu ein Gebot der Stunde ist. Unverständlich ist das lange Zögern der Justizverwaltung, diesen Wünschen der Justizwachtmeister nachzukommen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Vereinigte Theater. Heute, Montag, findet als dritte Vorstellung für Serie G der Kunstgemeinde, Molnars „Liliom" statt. Dieses Werk gelangt am Montag zum letzten Male zur Aufführung. Am Dienstag hat die Serie A der Kunstgemeinde ihre vierte Vorstellung, Schillers „Maria Stuart".

Im Thalia-Theater wird Montag und Dienstag abend die Groteske „Grethen" wiederholt.

Vereinskalender.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands. 1. Bezirk. Sonntag, den 11. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr: Bezirkstagung bei Gellrecht, Langegasse 62. Sportklub Hera 1910. Die Delegierten und Vertrauenskassierer treffen sich Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr, im gleichen Lokal. Bezirkskassierer anwesend. Wichtige Tagesordnung. **Wolff.**

Gewerkschaftsbewegung.

Eine neue Korruptions-Zentrale.

Wer schon vor dem Kriege im politischen Leben stand, erinnert sich noch des Treibens des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der im Volksmunde allgemein kurz „Reichslügenverband" genannt wurde. Dieser „Reichslügenverband" hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften durch Flugblätter, Agitations-Versammlungen usw., zu vernichten. Der Erfolg war, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften immer stärker wurden und an Einfluß gewannen. Der „Reichslügenverband" hat mit Beginn des Krieges offiziell seine Tätigkeit eingestellt und ist auch unter diesem Namen nicht wieder in die Erscheinung getreten. Jetzt betreibt man ein anderes System der Bekämpfung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Die Groß-Industrie — unter der Führung Stinnes — reitet eine der bürgerlichen Zeitungen nach der anderen an sich und die Hunderttausende von Lesern aus den Arbeiter- und Angestellten-Schichten erfahren gar nicht, daß sie eine im Sinne der Unternehmerkreise zurechtgemachte Lektüre vorgesetzt bekommen.

Soeben gelangen wir in den Besitz eines Schnorrbriefes, von eine „Propagandastelle zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums" — gez. Henry Seifert, Hamburg, Schanzenstraße 75 — am 22. September 1921 an eine große Masse von Firmen versandt hat. Das Schreiben und die Richtlinien sind so bedeutungsvoll, daß wir sie im Wortlaut wiedergeben:

Arbeitsmethode der Werbestelle.

Aufklärung durch den Schriften-Vertrieb an Angestellte und durch Auslage in Gastwirtschaften, Kaffees usw.

Aufklärung durch Werbebilder an Angestellte und Arbeiter.

Aufklärung durch Vorträge (siehe Sonderdruck).

Aufklärung durch das Kino (auch Haus- und Wanderkino).

Aufklärung durch die rationelle Verbreitung eingekleideter Unternehmerzeitungen und -Zeitschriften.

Die Kontrolle

erfolgt durch einen beeidigten Bücherrevisor und die, die Propaganda empfehlenden Arbeitgeber-Verbände werden zur Prüfung gebeten. Jedem Förderer wird Einblick in alle Bücher und Abrechnungen gewährt.

Auch auswärtige Firmen bitten wir, ihre Hamburger Plakatsäulen oder besonders Hamburger Firmen zu beauftragen, Einblick in unsere Bücher und Abrechnungen zu nehmen.

Die Werbestelle legt Gewicht darauf, nicht nur den Beweis zu erbringen, daß die Abrechnungen wahlenmäßig stimmen, sondern es ist in der Lage nachzuweisen, daß durch die prozentuale Werbe-Spesen und durch die Klein-Kolportage die Schriften wirklich in die Kreise kommen, für welche sie bestimmt sind.

Richtlinien.

1. Rationelle, planmäßige Verbreitung von eingekleideten Unternehmerschriften. — Die Blätter werden nicht nur an Unternehmer gesandt, sondern dienen auch zur Auslage in Restaurants, Kaffees, Hotels, Speisehäusern usw. als Gegengewicht gegen die vielen ausliegenden sozialistischen Schriften. Aufklärungsschriften an Angestellte und Arbeiter mit der Zielsetzung, zum Abonnement vom neutralen Verlag und Schriftleitung fernstehender Personen, die bereits in ihre Privatwohnung die Vorbenommenen geschickt bekommen haben, um sie durch persönliche Unterhaltung zum Abonnement zu bewegen.

2. Außer diesen Flugschriften kommen als Werbemittel zur Verwendung:

eine Wochenschrift „Die logische Frage",
eine Halbmonatsschrift „Die Brücke",
und eine Monatsschrift „Hamburger Werkstatt" (in Vorbereitung).

Ferner Aufsätze aus der Wochenschrift für Erziehung „Der Jungen". Diese Zeitschrift ist besonders wichtig, weil die Schulkinder, die noch nicht sozialistisch gesinnt sind, gefördert werden sollen durch umfassende Propaganda; denn die Lehrer haben nicht nur in ihrer Eigenschaft als Schulmeister große Bedeutung, sondern durch die viele freie Zeit, über die sie verfügen, die diese Lehrer und Damen in Vereinen und Verbänden als Geschäftsführer usw. tätig sind.

3. Dauernde Fühlungnahme mit der Zeitschrift „Der leitende Angestellte", Organ der Vereinigung der leitenden Angestellten. Hierdurch ist dafür Gewähr gegeben, daß eine Brücke geschlagen wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gerade die leitenden Angestellten sind die gegebenen Vermittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Angaben der führenden Köpfe der Angestellten und Arbeiter erbeten.

4. Gründung einer Zeitschrift für die Neudeutschen (Wandervögel). Dieser Zeitschrift wird ein längerer Anhang aus der „Sozialen Frage" in jeder Nummer beigegeben.

5. An solche Personen, welche durch Anfragen Abonnement usw. zu erkennen geben, daß ein besonderes Interesse vorhanden ist, werden „Extraschriften" versandt, nicht ganz kostenlos, sondern unter besonderen Gründen und Hinweisen.

6. Romanvertrieb. Der Vertrieb von sogenannten Unternehmer-Romanen ist bisher ganz dem Zufall überlassen gewesen. Die von uns ausgewählten Romane werden von uns ganz planmäßig verbreitet und durch volkstümliche Bibliotheken, nicht durch Versand an die Angestellten direkt. Ueber die Einzelheiten dieses Spezialvertriebs geben wir nur unseren bisherigen Förderern in einem eingeschriebenen Brief Auskunft.

7. Werbebilder werden in solchen Fällen verschickt, wo anzunehmen ist, daß Schriften keine Beachtung finden.

8. Vorträge. Veranstaltungen von Vorträgen durch politische oder gar parteipolitische Vereine ist meistens ein Drehen im Kreise. Es kommen gewöhnlich nur die Freunde und Anhänger derselben — und doch will man ja eigentlich durch die Vorträge gerade die Gleichgültigen und bisherigen Gegner überzeugen. — Deswegen werden Vorträge veranstaltet in Form von Unterhaltungsabenden, durch Verbindung von Ernstem und Heiterem. Das Neue unserer Werbearbeit liegt nur darin, in dem ersten Teil anstatt dramatische Vorträge, ernste Lieder usw., einen Prologvortrag über die sozialen Fragen der Zeit, natürlich unter volkstümlichen Titel, zu bringen, der zweite Teil unseres Programms Humoristisches.

Die Werbestelle veranstaltet nicht nur Vorträge, sondern vor allem hilft sie berufsmäßigen, bekannten ersten Künstlern im ganzen Reiche bei der Zusammenstellung der Programme und der Ueberwindung der Schwierigkeiten aller Art, die sich den Veranstaltungen von Vorträgen und Herstellung von Drucksachen entgegenstellen.

9. Kino. Gewinnung von Einfluß auf die Herstellung und den Vertrieb der Filme, sowie Sicherstellung der Aufführungen solcher Filme, die in obigem Programm passen.

Zweck der Propaganda ist, den Glauben an die Unfehlbarkeit der sozialistischen Theorien zu zerstören.

* * *

Die Arbeiter und Angestellten müssen also die Augen offen halten. In Gastwirtschaften, Kaffees, bei Vorträgen und im Kino, im Buchhandel und beim Einkauf von Romanen und Schriften. Überall wird ihnen die verkappte Propaganda der Werbestelle zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums entgegentreten.

Es gilt, diesen sauberen Unternehmerplan in den weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft zu verbreiten. Nur dann ist Aussicht vorhanden, daß auch dieser neue Plan zur Korrumpierung der öffentlichen Meinung zerschellt.

Verkehrsbeamtenversammlung.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat in Erkennung der Tatsache, daß eine Bewegung auf Regierung und Parlament nur dann Eindruck machen kann, wenn sie eine gewaltige Masse hinter sich hat, den Deutschen Verkehrsbund gegründet, in dem sämtliche Verkehrsbeamten, -angestellten und -arbeiter organisiert sind. Durch ein solches Zusammenarbeiten werden die Grenzstreitigkeiten aufhören und die Arbeit wird eine ersprießliche sein.

Die hiesige Beamtenabteilung des Deutschen Verkehrsbundes hatte die Beamten der Eisenbahn, Post, Telegraphen, Straßen- und Kleinbahn am Sonntag vormittag nach den Zentral-Festsälen zu einer Verkehrsbeamten-Versammlung eingeladen, in der Reichstagsabgeordneter Theodor Kaznr-Berlin, Vorstandsmitglied des Deutschen Verkehrsbundes, das Referat übernommen hatte. Redner beschäftigte sich zunächst mit der allgemeinen Lage der Beamten und ging dann auf die letzten Forderungen der Beamtengewerkschaften ein. Als ein Erfolg muß es bezeichnet werden, daß die Regierung nun endlich dem Wu[illegible] der Breslauer Beamten Rechnung tragen und sie in die Ortsklasse A einreihen wird. Bedauerlich aber ist die Zerfahrheit in der Beamtenbewegung. Ehe Verhandlungen zustande kommen, entwickeln sich erst stundenlange Debatten über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission, und diese Zerrissenheit macht sich dann auch bei allen Verhandlungsfragen bemerkbar, die natürlich auf das Resultat keinen günstigen Einfluß haben können. Das sollten sich auch alle Beamten sagen und nur dem Verkehrsbund anschließen; denn die Zukunft gehört der freien Gewerkschaftsbewegung.

Der Referent wies sodann darauf hin, daß die Beamten gerade jetzt alle Ursache hätten, sich um ihre Interessen zu kümmern und die Versammlung zu besuchen. Ist man doch jetzt daran, das Arbeitszeitgesetz für Reichs- und Privatbetriebe auszuarbeiten. Auch das Beamtenrecht ist noch ein wunder Punkt. Sieht doch das vorliegende Gesetz nicht Beamtenräte, sondern Beamtenausschüsse vor. Die Grundlage einer gesunden Besoldungsordnung aber ist nur das Beamtenrätegesetz. Darum sollten die Beamten nun endlich aufwachen und sich einer Organisation anschließen, die ihre Interessen voll und ganz vertritt und das ist für die Verkehrsbeamten der Deutsche Verkehrsbund.

Kollege Führmeister wies zum Schlusse noch darauf hin, wie klein die Schar 1916 war, als sie den Deutschen Eisenbahner-Verband gründete, die aber nun zu einem gewaltigen Faktor im Wirtschaftsleben angewachsen ist. Genau so wird es mit dem Verkehrsbund sein, er wird groß und mächtig werden; denn der Weg, den man als richtig erkannt ist, soll man auch gehen.

Verschmelzungsbestrebungen bei den Textilarbeitern in den Vereinigten Staaten.

Wie Newyork Call berichtet, sind unter den organisierten Textilarbeitern in den Vereinigten Staaten Bestrebungen im Gange, alle unabhängigen und fortschrittlichen Gewerkschaften in einer einheitlichen Organisation zu vereinigen, die den Namen Vereinigte Verbände der Textilarbeiter Amerikas (Federated Textile Unions of America) führen soll. Außer den Vereinigten amerikanischen Textilarbeitern (Amalgamated Textile Workers of America) und dem Nationalverband der Textilarbeiter (American Federation of Textile Operatives) haben acht andere Verbände diesem Plan bereits zugestimmt. Neun anderen Verbänden ist der Plan zur Abstimmung unterbreitet worden. Von diesen Verbänden gehört nach der letzten Jahresliste keiner dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund an.

Auf dem dritten Kongreß der Vereinigten Textilarbeiter, der am 15. Oktober in Newyork eröffnet wurde, wurden die Satzungen der geplanten Einheitsorganisation angenommen und den Lokalverbänden zur Annahme empfohlen. Die Delegierten gaben in einer Resolution ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Zusammenschluß mit den Vereinigten Bekleidungsarbeitern von Amerika (Amalgamated Clothing Workers of America) nicht erfolgt ist und sprachen die Hoffnung aus, daß es doch noch zu einem mächtigen Industrieverband der Textil- und Bekleidungsarbeiter kommen werde.

Der Kongreß sprach sich gegen Akkordarbeit und für eine Arbeitswoche von 44 Stunden aus.

Generalstreik im slowakischen Buchdruckgewerbe. In der Slowakei ist wegen Lohnforderungen der Generalstreik der Setzer und Drucker ausgebrochen. Alle Druckereibetriebe außer den staatlichen sind lahmgelegt.

Wasserstand

vom 5. Dezember 1921.

Ratibor	1,04	Breslau (Ober-Pegel)	4,[illegible]
Krappitz	0,79	„ (Unter-Pegel)	−2,[illegible]
Kosel	—		
Brieg (Malkenkran)	1,42	Ransern (Ober-Pegel)	3,0
Kottwitz	0,26	„ (Unter-Pegel)	1,6
Neißemündung (Ober-Pegel)	2,05	Treichen	0,0
Neißemündung (Unter-Pegel)	0,32	Dyhernfurth	+1,[illegible]

Wassertemperatur: + 0°

Familiennachrichten

Israelitische Kultusgemeinde, Breslau
Am Freitag, den 2. Dezember, verschied unser Kollege, der Beamtenhalter
Josef Bell
im Alter von 32 Jahren.
Ihr stetes Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. 9611

Praktische Weihnachtsgeschenke.
Volksschutzhaus Neustraße 16 18.

Feldgraue Hosen
Ingra, Breslau, Piastenstr. 8, pt.

Schicke Herrenkleidung
nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider wenden und umarbeiten lassen. Telefon 1507. 9851
Militär-Mäntel
werden aus in tadelloser Ausführung zu dicken Sportpaletots oder Röcken umgearbeitet. Reichhaltiges Stofflager in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen. Eilige Bestellungen binnen drei Tagen. Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt.
Jaschonek & Kleiner, Schneidermeisterhaft, Graiserstraße 2.

Briefmarken-Spezialhaus
mit Prüfungsstelle, Schuhbrücke 7
einziges Spezialgeschäft in Breslau
kauft, verkauft, tauscht, vermittelt und übernimmt Abschätzungen.
Briefmarkenfreunde erhalten bereitwilligst jede Auskunft. 7232

Abreiß-Kalender-Block 1922
Stück 1.70 Mk.
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 2.

In den meisten Fällen
Schmerzlose Zahnziehen!
R. Berthelt, Dentist
Ecke Schweidnitzerstraße Poststr. 1 Zahnpraxis

Anständige Frau,
39 Jahre, möchte einfachen Witwer die Wirtschaft führen, nur Breslau. Zuschriften unt. C. 689 an die Buchhandlg. Volkswacht erbeten.

Emser Wasser
gegen Katarrh, Husten usw.

Arbeits-
Jacken, schräg u. gerade, sow. Hosen nur sehr gute Qualitäten.
O. Dobenel, Neumarkt 45. Auswärts Musk.-Versand

Kleine Anzeigen
in der Volkswacht sind billig und erfolgreich

„Der wahre Jakob"
Heft 1 Mark.

Trotz 50% Frachterhöhung
immer noch billigste Preise
in der
Nordsee
Geschäftsführer Feodor Trapp.
Nur Schmiedebrücke 10, rechts vom Ringe aus. Fernspr. Ring 5290/91.
Nur Neue Schweidnitzer Straße 5a, rechts v. d. Gartenstr. Fernsprecher Ring 4223.
Montag ein Kühlwaggon mit 7000 Pfund
Dienstag ein Kühlwaggon mit 7500 Pfund

2. Portions-Schellfisch	Pfd 490 ₰	ff. Goldbars ohne Kopf	Pfd. 590 ₰
ff. Lengfisch im Schnitt	Pfd 590 ₰	ff. Seelachs im Schnitt	Pfd. 630 ₰
ff. Kabeljau im Schnitt	Pfd. 650 ₰	Feinste, große Rotzunge	Pfd. 650 ₰

Steinbutt, Heilbutt, Seezunge
geschlagene Zander und Hechte.
Lebende Karpfen, lebende Schleien, lebende Hechte.
Feinste Fett-Vollbücklinge
Feinste Fettsprotten 9592
1/4 Pfd. 300 ₰

Groß-Hochberg
Kinder's Gasthaus
Jeden Sonntag: Tanz.

Kaulfer's Gasthaus
Schön. Garten. Kegelbahn. Sonntag u. Montag: Tanz.

Schultz's Gasthaus
Schön. Garten. Kegelbahn. Sonntag: Tanz.

Kleinsendorf
Gastwirtschaften
Kleinig, Paul, Kaiserstraße 20

Erscheint 4 mal monatlich

II. Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen

Kalenderwaren
Gartner, Fritz, Dorfstr. 3

Zigarren u. Zigaretten
Sommer, Max, Brod. Str. 1

Kl.-Masselwitz
Gemischtwaren
Koch, Paul

Gastwirtschaften
„Zur Hummerei", Paul Sala-Nachfolger
Jeden Sonntag Tanz.
Tanzsaal mit Parkettboden empfiehlt Vereinen, Gesellschaften usw. Tanzsaal 2. Etage.

Ottwaschin
Gastwirtschaften
Zentral-Gasthaus
Inh.: Karl Kokula
Jeden Sonntag: Tanz
Zum schwarzen Bären Inhaber: Paul Schreiber
Jeden Sonntag Tanz.
Kolonialwaren
Gottlieb, Gustav

Oswitz
Kolonialwaren
Jeh. Augustin, Kolonialwaren, Dingen, Zorbiner, Oswitz Nr. 14

Kaufmannsläden
Bensch Etablissement
Sonntag u. Donnerstag Tanz
Döring's Festsäle
Jeh. Sonnt. u. Donnerst.: Tanz
Hoffmanns Garten
Kegelbahn. Jeden Sonntag Tanz.
„Preußischer Hof" W. Löffler
Jeden Sonntag und Donnerstag Tanz

Sonntags Paradies
Jeh. Sonnt. u. Donnerst. Tanz
Tivoli Inhaber: Gnoth
Jeh. Sonntag u. Donnerstag: Tanz.
Pyka's Etablissement
Fürstenstr. Jeh. Sonntag u. Donnerstag: Tanz. Saal für kleine Vereine zu vergeb.

Pilsnitz
Kolonialwaren
Martin, August, Pilsnitz 6a

Kl.-Sägewitz.
Fleischereien
Glor, Karl, Fleischermeister

Gr.-Tschansch
Gastwirtschaften
Reichsadler Inhaber Peter.
Jeden Sonntag Tanz.
Gemischtwaren.
Wenzel, Pauline, Chausseestr. 3
Kolonialwaren
Bellner, Marie, Dorfstr. 54

Kolonialwaren aller Art
Johann Kendzia Chausseestraße 36.
Schuhmacherparfumerie.

Möbel und Ladeneinrichtungen
P. Wenzel, Breslau, Gr.-Tschansch
Telefon Ring 11248.

Kl.-Tschansch
Fleischereien
Weiß, Wilhelm, Chausseestr. 21
Kolonialwaren.
Fleischer, Agnes, Dorfstr. 16
Schuhwaren und Schuhmacher
Burkes, Paul, Chausseestr. 25

Woischwitz
Gastwirtschaften.
Adolf Jaschke's Gasthof